

Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

Politische Berichte



5. September 1987
Jg. 8 Nr. 18

G 7756 D

Preis:
2,50



Honecker-Besuch: Die „operative Wiedervereinigungspolitik“ gegen die DDR kommt unbehindert voran Seite 4



Zivilschutznovelle: Sprangers Dienstpflichtforderung: Ein Test, was mit der FDP drin ist Seite 8



Lastwagenverkehr: Schwere Unfälle, aber keine Maßnahmen zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen der Fernfahrer Seite 19

Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten (BWK)

Herausgegeben von der Bundesdelegiertenkonferenz des BWK, 5000 Köln 1, Zülpicher Str. 7, Telefon 0221/216442
Erscheint vierzehntäglich bei: GNN Gesellschaft für Nachrichtenerfassung und Nachrichtenverbreitung, Verlagsgesellschaft
Politische Berichte m.b.H., 5000 Köln 1, Zülpicher Str. 7, Telefon 0221/211658. Preis: 2,50 DM

Aktuelles aus Politik und Wirtschaft

Honecker-Besuch: Die „operative Wiedervereinigungspolitik“ der BRD gegen die DDR kommt unbehindert voran 4

Rudolf Heß tot: Neuer Stoff für die „Historikerdebatte“ 7

VW-Streik Mexiko: Lohnabschluß – Expansionismus blieb unkritisiert 7

Zivilschutznovelle: Spranger's Dienstpflichtforderung: Ein Test, was mit der FDP drin ist 8
Zivilschutzgesetzentwurf vom 14.11. 1984 9

Landtagswahlen Schleswig-Holstein: CDU-Konzept: Flexible, billige Arbeitskräfte und ländliche Idylle für High-Tech 10
CDU-Politik hat zu einer miserablen sozialen Lage auf dem Land geführt 11

Auslandsberichterstattung

Türkei: Die Angehörigen kämpfen an der Seite der politischen Gefangenen 12

Kanada: Regierung will Flüchtlingen Einwanderung erschweren . . 13

Jugendkrawalle in Schweden: Stockholmer Polizei und Staatsorgane sind ratlos 14

Streikbewegung in Südkorea: Für Gewerkschaftsfreiheit und bessere Arbeitsbedingungen 14

Südafrika / Azania: Bergarbeiterstreik nach drei Wochen beendet . 15

Indien: Droht eine Dürrekatastrophe? – Wachsender Druck auf R. Gandhi 15

Internationale Meldungen 16

Aus Verbänden und Parteien

Veröffentlichungen:

13 Thesen der NGG: gesunde Lebensmittel in gesunder Umwelt
Billige Wohnungen statt Kasernen und Panzern 18
DGB-Studie zur Gesundheitspolitik
„Der Spezialist“ gegen „Terrorismus“ 19

Lastwagenverkehr: Schwere Unfälle, aber keine Maßnahmen zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen 19

Unterstützt die Aktionen zum Jahrestag des Militärputsches in der Türkei!

Zum siebten Jahrestag des mit massiver Unterstützung von BRD und NATO durchgeführten Militärputsches in der Türkei werden vielfältige Protestaktionen stattfinden. ATIF, Av. Dev-Genc, Devrimci Isci, DİDF, Kurtulus und andere rufen zu einer Demonstration in Köln auf. Feyka Kurdistan demonstriert ebenfalls in Köln. Birlik Yolu, KKDK, KOMKAR und andere rufen zu Kundgebungen vor den türkischen Konsulaten auf. Darüber hinaus sind verschiedene örtliche Aktionen geplant. Einheitliche Aktionen wurden nicht angestrebt. Alle Aktionen verdienen Unterstützung.

Alle Organisationen wenden sich gegen die Hilfe, die der westdeutsche Imperialismus dem türkischen Regime angedeihen läßt. Sie greifen die Behauptung an, in der Türkei herrsche Demokratie, und kritisieren die elenden Lebensverhältnisse und die brutale Unterdrückung der Lohnabhängigen und Bauern, insbesondere die Unterdrückung der kurdischen Nation.

Alle Organisationen beziehen sich auf den wachsenden Widerstand der Arbeiter und Bauern in Türkisch-Kurdistan und in der Türkei, sie würdigen den Kampf der politischen Gefangenen. – (rül, uld)

Aufruf von ATIF, Av. Dev-Genc, Devrimci-Isçi, DİDF, TKP/ML, TSK-DK

Die faschistische Junta, die am 12. September 1980 die Macht an sich riß, praktiziert seit sieben Jahren einen intensiven Terror gegen die Arbeiterklasse, die werktätigen Völker und deren Organisationen in der Türkei und Türkisch-Kurdistan ... Die Äußerung der herrschenden Klassen „Wir haben seit 1983 den Übergang zur Demokratie vollzogen“ ist eine große Lüge ...

Das Schweigen in den ersten Jahren der faschistischen Junta wird immer mehr gebrochen. Unsere Arbeiterklasse schafft eine Streikwelle, die mit NETAS anfing und mit DER-BY weitergeht ...

Auf der anderen Seite weht heute wie auch gestern die Fahne des Widerstandes in den Gefängnissen. Die politischen Gefangenen ... führen in den Gefängnissen einen entschiedenen Kampf.

Der nationale und der Klassenkampf in Türkei-Kurdistan gegen den Türkischen Staat intensivieren sich. Der bewaffnete Kampf ist in der Türkei und Türkei-Kurdistan legitim. Der wachsende Kampf unserer Völker ist die Kraft, die den Faschismus stürzen und die revolutionär-demokratische Macht errichten wird ...

Im allgemeinen ist der nationale und der klassenmäßige Kampf in Kurdistan gerecht und legitim. Die nationalen Forderungen des kurdischen Volkes müssen erfüllt werden, und, wichtiger noch, die kurdische Nation muß ihr Recht bekommen, ihr eigenes Schicksal zu bestimmen.

Als Teil der Pläne des Imperialismus hinsichtlich des Mittleren Ostens vertieft der türkische Staat die Feindschaft gegen die Völker der Nachbarländer ... Es kann zwischen den Völkern des mittleren Ostens keine Feindschaft geben, die Feindschaft wird vom Imperialismus und seinen Handlangern geschürt ... Die Türkei

muß die Angriffsorganisation NATO des Imperialismus sofort verlassen ...

Das reaktionäre Ausländergesetz muß abgeschafft, den ausländischen Arbeitern gleiche Rechte eingeräumt werden, das aktive und passive Wahlrecht muß eingeführt werden. Das Kommunale Wahlrecht, das in Hamburg für die Ausländer eingeführt wurde, muß in allen Bundesländern eingeführt werden ...

– Stoppt die Hilfen der Bundesrepublik an die Junta

– Zurücknahme der Einladung Weizsäckers an den faschistischen Chef Evren in die BRD

Demonstration, 12. September, 11 Uhr, Köln, Neumarkt.

Aufruf von Feyka-Kurdistan

Mit der Aufnahme des bewaffneten Widerstandes in Kurdistan unter Führung der PKK (Arbeiterpartei Kurdistans), ERNK (Nationale Befreiungsfront Kurdistans) und ARGK (Volksbefreiungsarmee Kurdistans) am 15. August 1984 hat sich die Repression in Kurdistan erheblich gesteigert! Über Zweidrittel der kolonial-faschistischen Armee sind in Kurdistan stationiert, wovon sich die meisten in ständiger Bewegung befinden und einen Krieg gegen das kurdische Volk führen. Die Methoden des „Spezial-Krieges“, die hierbei durchgeführt werden, legen den wahren Charakter dieses Regimes dar. In den letzten sechs Monaten wurden 15000 kurdische Bauern deportiert, weitere 100000 sollen folgen. Ein großer Teil von ihnen wird in den sogenannten strategischen Dörfern interniert. Bei den drei großangelegten Bombardements in den letzten drei Jahren wurden über 500 Zivilisten getötet. Eine aus über 10000 Mann bestehende Elite-Einheit ist z.Zt. an den Operationen ständig beteiligt. Eine weitere 25000 Mann starke Legion aus bezahlten Söldnern soll demnächst aufgestellt werden ...

In Kurdistan dehnt sich der bewaff-



nete Nationale Befreiungskampf intensiv aus. Die Ziele der Angriffe vergrößern sich, und die versetzten Schläge werden quantitativ wie qualitativ immer größer...

In dieser Zwickmühle schreit das faschistische Regime nach Hilfe von seinen Freunden im Ausland. Auf Forderung der faschistischen Türkischen Republik werden patriotische Kräfte und Personen aus Kurdistan, die im Ausland leben, von den verbündeten Staaten willkürlichen und anti-demokratischen Maßnahmen ausgesetzt. So wurde in der BRD Anfang August des Jahres insbesondere unsere Föderation Opfer dieser Maßnahmen. Diese Maßnahmen dienen dazu, der Türkischen Republik etwas mehr Luft zu verschaffen. Durch grundlose Vorwürfe sind die Mitglieder und Vereine unserer Föderation mit böswilligen Verleumdungen und Schikanen konfrontiert...

– Nieder mit der kolonial-faschistischen türkischen Junta!

– Nieder mit dem Imperialismus, Kolonialismus und jeglicher Reaktion!

– Hoch die internationale Solidarität!

Demonstration: 12. September,

10 Uhr, Köln, Ebertplatz

Kundgebung: 13 Uhr Neumarkt

**Aufruf von Birlik Yolu,
Dibaf, Gercek ADK,
KKDK, Komkar, Kurdkom**

Die faschistische Diktatur, die revolutionären und patriotischen Menschen den abscheulichsten Folterungen aussetzt, läßt sie unter menschenunwürdigen Gefängnisbedingungen leben, um sie physisch und psychisch zu vernichten...

In letzter Zeit haben Hunderte von Gefangenen für die Durchsetzung folgender Forderungen in den Gefängnissen Antalya, Erzinca, Sigmalcilar, Metris, Geaziantep, Bursa, Eskisehir, Adana und Diyarbakir mit Hungerstreiks begonnen:

Verbesserung der unzureichenden

und schlechten Ernährung,

– Einstellung der in den Gefängnissen praktizierten Folter und Unterdrückung,

– Aufhebung der Zwangsmaßnahmen für das Singen der Nationalhymne,

– Aufhebung der Zwangsmaßnahmen für Einheitskleidung...

Entgegen der lügnerischen Propaganda des Regimes und seiner westlichen Verbündeten über die „Rückkehr zur Demokratie“ sind Überfälle auf Dörfer und Gemeinden in Türkei-Kurdistan in vollem Gange. Die Bevölkerung ist Massenfolterungen und -prügeln ausgesetzt... Das Hab und Gut der Bevölkerung wird beschlagnahmt und vernichtet. Unterdrückung und Verbot der kurdischen Sprache und Kultur werden fortgesetzt...

Das Evren-Özal-Regime verfolgt mit Sorge die Entwicklung in anderen Teilen Kurdistans... Gleichzeitig wurden... Pläne über die Besetzung der Gebiete Kirkuk und Mossul entsprechend den US- und NATO-Plänen im Falle eines iranischen Sieges durchgeführt. Die Angriffe auf Irakisch-Kurdistan waren eindeutige Proben dieser Pläne. Aus dem gleichen Grund wurden das Wintermanöver der türkischen Armee und das „Aurora-Express-Manöver“ der NATO-Streitkräfte, darunter auch die BRD, im Juni 1987 in Türkei-Kurdistan durchgeführt. Dem kurdischen Volk und den fortschrittlichen Kräften in der Region wurde offener Krieg angesagt.

Das faschistische Regime propagierte... die Vorteile des „Projektes für Südostanatolien“. Bis jetzt hat man aber in Türkisch-Kurdistan nur für Stacheldraht... Minenfelder, Beleuchtung der Grenze sowie für militärische Einrichtungen und Gefängnisse Gelder ausgegeben...

Protestaktionen am 12. September,

von 11 – 13 Uhr vor

den Türkischen Konsulaten in
Hamburg, Düsseldorf und Nürnberg

Reportagen und Berichte regional

Regionale Nachrichten 21

Bürgerschaftswahlen Bremen:

Die Deutsche Volksunion – Liste D
und ihre Unterstützer 22

Honecker-Besuch: Maueranschläge sollen Stimmung machen 22

Roma und Sinti: Berechtigte Forderungen der Roma und Sinti unterstützen 23

Spänex-Betriebsbesetzung: Belegschaft fordert sofortige Aufnahme der Produktion 23

Koalitionsvereinbarung Hamburg: Von der „Standortpolitik“ zur „Arbeit für Hamburgs Metropolfunktion“ 24

Baden-Württemberg: CDU und Regierung wollen Abtreibungsverbot verschärfen 25

Nazi-Zentrum in Bielefeld: Vorbereitungstreffen für landesweite Demonstration 25

Asylpolitik in Bayern: Die Flüchtlinge boykottieren die Sammelverpflegung 26
Keine Abschiebung ins Sammelager! 27

Nachrichten aus der Arbeiterbewegung 28

Leistungsbeurteilung bei Nixdorf: „Spielraum in der individuellen Leistungsbewertung“ 29

Aus Kultur und Wissenschaft – Diskussionsbeiträge

documenta 8 in Kassel: Auf der Suche nach sozialer Rechtfertigung 30

Mittelschichten: Neubelebung der Mundart am Beispiel Kölsch . . . 31

CDU/CSU: Bewirkt die Flügelbildung eine Schwächung der Rechten? 32

Spezialberichte

Befreiungskampf in Kurdistan: Die BRD ist „eine derjenigen Kräfte, deren Interessen in Kurdistan am meisten bedroht sind“ 34

Titelbild: Foto, mas, HH

Honecker-Besuch

Die „operative Wiedervereinigungspolitik“ der BRD gegen die DDR kommt unbehindert voran

Auf Einladung des Bundeskanzlers Kohl wird sich eine Delegation der DDR unter Leitung ihres Staatsratsvorsitzenden Honecker vom 7. bis 11. September in der BRD aufhalten. Einer im Spiegel veröffentlichten Meinungsumfrage (31.08.87) zufolge begrüßten eine ausreichende Zahl von Bundesbürgern diesen Besuch (54 von je hundert Befragten), und nur wenige Leute sind entschieden dagegen (6 von 100). Einerseits sucht die Bundesregierung diesem vorherrschenden Zustand der öffentlichen Meinung Rechnung zu tragen, indem sie auf einen Kurs der weitgehend konflikt- und eklatanten Abwicklung dieses Besuchs bedacht ist. Andererseits wiederum erleichtert dieses Vorgehen die Einkleidung ihrer erheblich gesteigerten Aggressionsvorbereitungen gegenüber der DDR in den Mantel absoluter Friedfertigkeit. Um einen geschichtskritischen Maßstab für die Beurteilung der bundesdeutschen Annektionspolitik zu gewinnen, ist es notwendig, kurz näher auf die reichsdeutsche „Anschlußpolitik“ gegenüber Österreich zurückzugreifen.

Als das Kabinett des Reichskanzlers Hitler 1933 die Regierungsgeschäfte übernahm, konnte es sich hinsichtlich der angestrebten „Wiedervereinigung Österreichs mit dem Deutschen Reich“ auf eine langjährige Kontinuität der entsprechenden Staatsarbeit im Auswärtigen Amt stützen. Das in diesem Ressort ausgearbeitete strategische Konzept bündelte drei Ebenen der Aggressionsvorbereitungen. Zu-

nächst galt es, auf militärischer Ebene so zu erstarken, daß die Grenzrevisionspolitik entsprechend handlungs- und durchsetzungsfähig wurde. Sodann mußte auf der Ebene der Außenpolitik das Zustandekommen einer Einheitsfront gegen die reichsdeutsche Annektionspolitik verhindert werden. Und schließlich mußte Österreich durch die Etablierung einer bilateralen Sonderdiplomatie schrittweise aus seiner Verbindung mit der übrigen Staatengemeinschaft herausgelöst und somit einverleibungsreif gemacht werden. Mit dieser konkreten Aufgabe wurde v. Papen beauftragt. Er war ab Sommer 1934 als (nicht dem Auswärtigen Amt, sondern dem Reichskanzler direkt unterstellter) Gesandter unterhalb der normalen Botschafterebene in Wien tätig.

Die Charakterisierung seines spezifischen Auftrags durch v. Papen selbst ist von aktuellem Interesse: „Hitler ... war einverstanden, dieses delikate Problem von deutscher Seite her mit größter Behutsamkeit zu behandeln, denn nur so würde es möglich sein, eine internationale Anerkennung des Gedankens vom Recht der Selbstbestimmung (des deutschen Volkes, d. Red.) ... zu erreichen ... (Daher) würde es mein Bestreben sein, die Lösung der Deutschen Frage dem Eingriff auswärtiger Mächte mehr und mehr zu entziehen. Denn sie ist ein innerdeutsches Problem ... Der beste Weg, die Großmächte von dem Recht unserer Auffassungen zu überzeugen, würde es sein, zu beweisen, daß Deutsch-

land keinerlei aggressive Intentionen habe und nur den Interessen des europäischen Friedens dienen wolle“ (ders., „Der Wahrheit eine Gasse“, München 1952, S. 384f). Dem Kontext dieser reichsdeutschen Anschlußpolitik gegenüber Österreich entstammt das wesentliche Repertoire der bundesdeutschen Wiedervereinigungsbegrifflichkeit, wie beispielsweise: „Das deutsche Volk beiderseits der Grenze“, „Die gesamtdeutsche Aufgabe“ und der „Modus vivendi zwischen beiden Ländern“.

Wenn man vor dem Hintergrund dieser geschichtskritischen Vergewisserung den aktuellen Stand der Politik der „friedlichen Wiedervereinigung“ der BRD gegenüber der DDR überprüft, dann läßt sich ein erheblicher Fortschritt in Gestalt der Bündelung der Außen-, Deutschland- und Militärpolitik zu einer integrierten operativen Aggressionsvorbereitung feststellen. Das Auswärtige Amt und das Innerdeutsche Ministerium betreiben die sukzessive Herauslösung der DDR aus der internationalen Staatengemeinschaft sowie die Gewöhnung der internationalen Öffentlichkeit an eine übergreifende („besondere“) Beziehung zwischen der DDR und der BRD. V. Papen nannte seinerzeit als Ziel (dieses Typs der diplomatischen Isolierung des Aggressionsopfers) die Gewöhnung des Auslands daran, „die deutsch-österreichische Frage als eine häusliche Auseinandersetzung von zwei Vettern zu betrachten“ und „die Regelung unseres Verhältnisses (als)

Trauer um zwei hingerichtete azanische Widerstandskämpfer

1.9.1987. In den Morgenstunden hat das südafrikanische Rassistenregime das Todesurteil gegen zwei azanische Widerstandskämpfer, den 21jährigen Moses Jantjies und den 22jährigen Wellington Mielies, vollstreckt. Moses Jantjies und Wellington Mielies waren beschuldigt, in Uitenhage im März 1986 einen mit dem Regime kollaborierenden Stadtrat getötet zu haben. Zwei Tage zuvor hatte dort die Polizei bei einer Beerdigung 20 Menschen erschossen; als eine erzürnte Menschenmenge vor dem Haus des Stadtrats demonstrierte, hatte dieser geschossen, woraufhin er getötet wurde. Anklage und Urteil basierten hauptsächlich auf den Aussagen eines ungenannten Zeugen. Unter ähnlichen Umständen und Anklagen sind weitere 30 azanische Widerstandskämpfer zum Tode verurteilt. Ihnen allen

droht die Hinrichtung. Für die in erster Instanz zum Tode verurteilten Sechs von Sharpeville findet am 10. September vor dem Obersten Gerichtshof in Bloemfontein die Berufungsverhandlung statt. Machtvoll Proteste gegen Todesurteile und Hinrichtungen sind jetzt dringend erforderlich. – (scc)

Herbstmanöver BRD-Frankreich

Vom 17. bis 26.9. werden das II. Korps der Bundeswehr aus Ulm und die 1. französische Armee in Teilen von Bayern und Baden-Württemberg im Rahmen der Herbstmanöver die bislang größten gemeinsamen Militärmanöver beider Staaten abhalten. Von französischer Seite aus nehmen 20000 Mann teil, darunter die vor allem für Kolonialeinsätze und neokoloniale Interventionen gebildete „Schnelle Eingreiftruppe“, „Force d'Action Rapide (F.A.R.)“, von BRD-

Seite 55000 Mann, darunter Luftstreitkräfte und Teile des Territorialheeres. „Ein besonderer Übungszweck liegt in der Erprobung der Einsatzmöglichkeiten der Force d'Action Rapide. Diese Übung dient damit zugleich der Glaubwürdigkeit der Abschreckung“, teilt das Verteidigungsministerium mit. Beide Staaten unterstreichen durch diese aggressive Großübung ihre Bereitschaft zum Militärbündnis – gegen die Staaten des Warschauer Paktes und der Dritten Welt. – (rül)

Grüne kündigen Arbeitszeitgesetz an

Die Fraktion der Grünen will ein Arbeitszeitgesetz in den Bundestag einbringen. Dieses werde „Raum für eine arbeitnehmerorientierte Flexibilisierung vorsehen, ohne auf die notwendigen gesetzlichen Sicherungen und Regeln zu verzichten“, kündigte Grünen-MdB Hoss an. Dem Regierungsentwurf stehen damit je ein Gesetzent-



Bei einem Überfall auf die DDR könnte der BGS (Bild) die Aufgabe übernehmen, die Betriebskampfgruppen der DDR zu bekämpfen.

eine rein innerdeutsche, gewissermaßen (als) eine Familienangelegenheit“ aufzufassen (a.a.O., S. 419 u. S. 459).

Der bundesdeutsche Außenminister Genscher und sein Ressort haben mit (bis in die DDR hineinreichendem) Erfolg unter dem Begriff der „Verantwortungsgemeinschaft“ nicht nur eine moderne Formulierung jenes Isolierungsziels international populär gemacht, sondern er hat dieser tatsächlichen Umklammerung auch freiwilligen Zuspruch von Seiten der DDR verschaffen können. Außerdem ist es Genscher und dem Auswärtigen Amt gelungen, der damit verknüpften Zergliederung des Warschauer Pakts (auf der Ebene des begrifflich gefaßten Selbstverständnisses der betroffenen Staaten) zwei weitere hinzuzufügen und auch diesen Begriffen auswärtigen Zuspruch zu verschaffen: „Mitteleuropa, zu dem wir Deutschen uns zählen, endet erst an der polnischen

Ostgrenze, und dort beginnt nicht Westasien, sondern Osteuropa“ (Bulletin, 19.3.86). Man darf tatsächlich die erhebliche meinungsbildende Wirkung dieser begrifflichen Dreiteilung „Deutsche Verantwortungsgemeinschaft – Mitteleuropa – Osteuropa“ nicht unterschätzen. Ein solcher Prozeß ist der ideale politische Nährboden für die ideologische Verantwortung regionaler (Neu-)Einteilungen.

Aufgrund der bislang bekanntgewordenen Einzelheiten zum Besuch der DDR-Delegation kann man außerdem einen erheblichen Erfolg der bundesdeutschen Seite hinsichtlich der Etablierung jener „innerdeutschen Sonderbeziehungen“ zwischen den beiden Staaten annehmen. Der Spiegel (31.08.87) berichtet, daß „Außenminister Genscher ... (es) sich nicht nehmen (läßt), seinen DDR-Kollegen Oskar Fischer, der zunächst nur mit der Innerdeutschen Ministerin Doro-

thee Willms vorlieb nehmen sollte, demonstrativ im Gästehaus des Auswärtigen Amtes ... zu empfangen“. Der DDR-Außenminister Fischer ist protokollarisch vereinbartes Mitglied der Delegation des DDR-Staatsratsvorsitzenden Honecker; der BRD-Außenminister Genscher ist nicht Mitglied der gastgebenden Delegation des BRD-Bundeskanzlers Kohl. Kanzleramtsminister Schäuble hat sich ganz eindeutig dazu geäußert: „Daß zu Kohls Delegation die Ministerin für innerdeutsche Fragen, Dorothee Willms, und nicht Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher zähle, unterstreiche ... den bestehenden besonderen Charakter der innerdeutschen Beziehungen“ (Die Welt, 17.07.87). „Bei dem Besuch ... gibt (es) auch Gespräche der Fachpolitiker, etwa zwischen der Innerdeutschen Ministerin Dorothee Willms und DDR-Außenminister Oskar Fischer“ (Spiegel, 24.08.87). Protokollabmachungen zwischen Staaten sind sehr wesentliche Sachen: Wie will die DDR verhindern, daß Bundeskanzler Kohl mit derselben Delegation zum Gegenbesuch anreist – also anstelle eines Außenministers, wie es zwischen Staaten internationaler Standard ist, mit einer „innerdeutschen Ministerin“? Den Nicht-Botschaften in Gestalt der Ständigen Vertretungen wäre ein weiteres institutionelles Element hinzugefügt, und damit wäre die von der BRD angestrebte Inlandsdiplomatie fest etabliert.

Hinsichtlich der militärischen Seite der „operativen Wiedervereinigungspolitik“ lassen sich für den Zeitraum seit der Publikation des Beitrags „Die Deutsche Frage als ein Kernproblem der Friedensordnung in Europa“ (Oberst i.G. Hubatschek – Europäi-

wurf von Grünen und SPD gegenüber. Im letzten Bundestag kam es zu keiner Einigung von SPD und Grünen. Das erschwerte den Widerstand der Gewerkschaften gegen das Flexibilisierungsprogramm von Regierung und Kapitalisten erheblich. – (rül)

Adler-Kapitalisten heuern Bischöfe

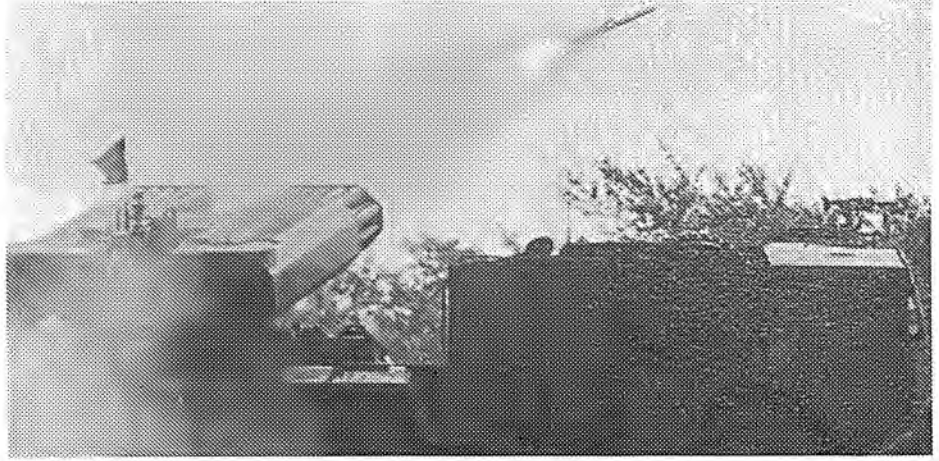
Hochgeistlichen Segen für die schroffe Ausbeutung in Südkorea will sich die Adler Bekleidungswerke AG verschaffen. Die Firmenleitung hat die Deutsche Katholische Bischofskonferenz gebeten, die Arbeitsbedingungen im Unternehmen „Flair Fashion“ in Südkorea zu überprüfen. Die „Flair Fashion“ arbeitet weitgehend im Auftrag der Adler AG. Mitte August hat die „Rote Zora“ auf acht Verkaufsniederlassungen in der BRD Brandanschläge durchgeführt und zur Begründung die Arbeitsbedingungen im Adler-Zweigwerk angeführt. Die Bi-

schofskonferenz wandte sich an die südkoreanische Bischofskonferenz mit der Bitte, eine Untersuchung vor Ort durchzuführen. Offiziell, um den Ausgang der Untersuchung abzuwarten, will Adler AG vorderhand keine Aufträge mehr nach Südkorea vergeben, weshalb jetzt dort kurzgearbeitet wird. Tatsächlich wird das die Untersuchung der wahren Zustände erschweren, der Druck auf die Arbeiterinnen steigt, und die Bischöfe brauchen nur Gutes berichten. – (uld)

Bangemann schreibt Brief gegen Boykott Südafrikas

Bundeswirtschaftsminister Bangemann versichert dem BDI, dem DIHT, dem Bundesverband Deutscher Banken, dem Bundesverband der Volks- und Raiffeisenbanken und dem Deutschen Sparkassen- und Giroverband in einem Brief: „Wie Sie wissen, haben wir mit den Spitzenverbänden der Wirtschaft in Aussicht genommen,

die Aussetzung von Direktinvestitionen in der Republik Südafrika durch eine Selbstverpflichtung der Betroffenen ... durchzuführen ... Falls sich dies als ausreichend erweist, könnte sich der Erlaß von Rechtsvorschriften erübrigen.“ Bangemann beruft sich auf die EG-Beschlüsse vom September 1986, in denen die Regierungen verpflichtet werden, Neuinvestitionen zu verbieten. Davon ausgenommen sind jedoch Investitionen zum „Erhalt“ der vorhandenen. 261,5 Mio. DM haben westdeutsche Kapitalisten 1986 (das sind etwa 50% mehr als 1985) nach Angaben von „Marche Tropicaux“ investiert. BMW, Siemens, VW und andere behaupten laut „Welt“ vom 28.8., daß sie nur zur „Erhaltung“ investiert hätten. Bangemanns Brief ist also eine Ermunterung: Solange die Kapitalisten so expansiv „erhalten“, wird die Bundesregierung keine gesetzlichen Schritte unternehmen. – (uld)



Hinter der verbindlichen Fassade gegenüber der DDR verfolgt die Bundesregierung ihr Konzept einer „operativen Wiedervereinigungspolitik“ zielstrebig. Der Leiter des „Gesamtdeutschen Instituts“, D. Kühn (FDP), formulierte dieses Konzept auf einer Festveranstaltung der bayerischen FDP Anfang des Jahres so: Es gelte, „Militärs wie auch Deutschland- und Außenpolitiker zusammen(zu)bringen, um Denkmodelle“ für die Lösung der „deutschen Frage“ zu entwickeln.

sche Wehrkunde 4/84) ebenfalls unbehinderte Fortschritte feststellen. Im November 1985 publizierte die Europäische Wehrkunde „Ein Plädoyer für operative Führung – Forderung nach der Fähigkeit, die Abwehrschlacht zu schlagen“. Im März 1986 folgte die Veröffentlichung von „Forderungen an die Vorverteidigung – Mangel an Geld keine Fessel des Geistes“ und im April 1987 schließlich wurde in der selben Zeitschrift der Beitrag „Die vergessene Gefahr der strategischen Überraschung“ publiziert. Ähnlich wie beim Hubatschek-Artikel (H. gilt in der Presse als Wörner-Intimus) war der Verfasser nicht irgendwer, sondern der für die Kriegsführungsdoktrin verantwortliche Abteilungschef im Führungsstab des Heeres, Brigadegeneral Hanno Graf von Kielmannsegg. Schon in seinem ersten Beitrag knüpfte er bewußt an die in der Heeresdienstvorschrift von 1936 niedergeleg-

ten Grundsätze der blitzmäßigen Anaktionskriegsführung an und vertrat die Auffassung, daß letztlich der Angriff die beste Verteidigung sei. Im zweiten Beitrag konkretisierte er diese Auffassung dahingehend, daß das DDR-Territorium „kein Sanktuarium“ sei. Und im dritten Beitrag schließlich propagierte er die Verbesserung der „Fähigkeit zur sehr schnellen Mobilmachung“. Die als Reaktion auf seine Beiträge in der Europäischen Wehrkunde abgedruckten Leserbriefe machen deutlich, daß es gegenwärtig noch Verunsicherung und Widerstand gegen diese Ausrichtung im Offizierskorps der Bundeswehr gibt. Ein Oberstleutnant beispielsweise schrieb: „Wer wohnt eigentlich im ‚Sanktuarium‘ ...? Werden diese Deutschen es sein, denen wir und auf deren Territorium wir ‚dynamisch vorwärts‘ ... die ‚entscheidende Abwehrschlacht‘ liefern? ... Der Eisberg, der sich da

auftut, ich hoffe, er treibt südwärts in nordatlantische Gewässer und verliert sich im Golfstrom“ (EW, 6/86).

Von solchen Kritiken läßt sich die Bundeswehrführung nicht beirren. Ihre militärische Planung zielt darauf, sich in die Lage zu versetzen, blitzschnell vollendete Tatsachen zu schaffen und die UdSSR vor die Entscheidung zu stellen, ob sie wegen der „längstfälligen Wiedervereinigung“ unbedingt einen dritten Weltkrieg anfangen will. Mit den Worten des Präsidenten der Bundesanstalt für Gesamtdeutsche Aufgaben (Innerdeutsches Ministerium), D. Kühn: Die Sowjetunion „hätte mit der DDR einen hohen Preis zu zahlen ... Es ist unsere Aufgabe, der sowjetischen Führung zu der Erkenntnis zu verhelfen, daß sie diesen Preis zahlen muß, um ihre vitalen Interessen zu wahren.“ (Deutschland-Archiv, 6/87) – (huh)

Gefangene: Hungerstreik gegen Entmenslichungsmaschinerie

Fünf Frauen aus Haus V der Haftanstalt Plötzensee sind am 12.8. in einen unbefristeten, 27 weitere Frauen in einen befristeten Hungerstreik getreten. In Haus V der „modernsten Haftanstalt Europas“ sind drogenabhängige Frauen inhaftiert. Für sie gelten – über Videokameras und Gegensprechanlagen, extra gesicherte Abschirmstationen, völlig schallisolierte Arrestzellen mit an den Pritschen fest eingelassenen Verankerungen für die Fesselung hinaus – besonders harte Haftbedingungen: Trennscheibe bei Besuchen, Beschränkung oder Entzug von Lesestoff, Besuchseinschränkung bis hin zum Verbot, Urlaubssperre etc. Die Hungerstreikenden fordern: „Unzensierten Briefverkehr! Unzensiertes Lesematerial! Auch für BtMerinnen Besuche ohne Trennscheibe und/oder Bespitzelung durch Bewacher! Kein

entwürdigendes Urinkontrolleprogramm und dazugehörigen Seelenexhibitionismus bei ‚Vollzugslockerungen‘ ...! Freie Entscheidung über politische Kontakte! Freie Entscheidung über das *wie und mit wem* Zusammenleben innerhalb des Knastes; das soll auch heißen: Aufhebung der Iso- und Ghettohaft, Telefonate ohne Bespitzelung.“ – (scc)

Genscher und Hupka als „Baltikum-Freunde“

Daß Dr. Hupka, Vorsitzender der Schlesier und der ost- und mitteldeutschen Vereinigung der CDU/CSU, Genscher lobt, ist nicht häufig. Am 27.8. gab's im „Deutschland-Union-Dienst“ ein solches Lob. Hupka: „Das Auswärtige Amt hat, wie erst jetzt ... bekannt wurde, der ‚Baltic World Conference‘ in Washington eine deutliche und überzeugende Antwort bezüglich der Haltung der Bundesrepublik Deutschland zur Annexion der

baltischen Staaten durch die Sowjetunion erteilt. Gleich im ersten Satz des ... Briefes des Auswärtigen Amtes vom 12. März 1987 heißt es: ‚Die Bundesrepublik Deutschland hat die Annexion der baltischen Staaten durch die Sowjetunion 1940 bis heute nicht anerkannt und hat auch nicht die Absicht, dies zu tun.‘ Wenn es um die großdeutsche Revision der Nachkriegsgrenzen in Europa geht, sind sich FDP und Vertriebene einig! – (rül)

Zimmermann: Volkszählung läuft nach Planung

Wie hoch die Boykott-Quote bei der laufenden Volkszählung schließlich tatsächlich sein wird, ist auch der Bundesregierung noch nicht bekannt. In einer Antwort auf eine Kleine Anfrage der Grünen erklärte Zimmermann Mitte August zum Stand: Umfragen bei Statistischen Ämtern hätten Ende Juli ergeben: In

Rudolf Heß tot

Neuer Stoff für die „Historikerdebatte“

Am 17.8.1987 starb der Gefangene Rudolf Heß in einem britischen Militär Lazarett an den Folgen eines Selbstmordversuches. Er war 1946 in den Nürnberger Prozessen zu lebenslanger Haft verurteilt worden – die Sowjetunion hatte die Todesstrafe gefordert. Heß wurde an einem – bisher unbekannten Ort – beigesetzt. Die Alliierten hatten ihre ursprüngliche Absicht, die Leiche von Heß zu verbrennen und die Asche „in alle Winde“ zu verstreuen, fallengelassen. Relativ unbeteiligt durch Polizei und Staatsschutz veranstalteten seither faschistische Parteien Aufmärsche mit Nazi-Propaganda. Sie fordern u.a. die Vergabe des Friedensnobelpreises an Heß.

Der Versuch, durch Legendenbildung um Heß Geschichtsfälschung zu betreiben, währt lange. Die Debatte um Heß hatte neuen Stoff erhalten, als Bundespräsident v. Weizsäcker Weihnachten 1986 die Freilassung von Heß als „Geste der Menschlichkeit“ von der Sowjetunion forderte und einige Monate später der „SPIEGEL“ die Falschmeldung in Umlauf brachte, Gorbatschow wolle Heß begnadigen. Gorbatschow erklärte damals, die Sowjetunion werde nie einer Freilassung von Heß zustimmen.

Das Schema: konservative Historiker und Politiker heizen faschistische Bandenbildung an, läuft auf folgendes hinaus: Der 2. Weltkrieg sei eigentlich ein Verteidigungskrieg der Deutschen gegen den Expansionismus der Sowjetunion gewesen, Stalin sei schlimmer als Hitler und die heutige UdSSR sowieso noch viel schlimmer. Woraus

logisch folgt, daß heute noch mehr Gründe für einen Krieg gegen die Sowjetunion gegeben sind. Enno v. Loewenstern schreibt unter der Überschrift „Die Gnadenlosen“ in der „WELT“ vom 19.8.87:

„So wurde der alte Häftling in vieler Augen eher zu einem Symbol für sowjetische Unbarmherzigkeit als zu einem Mahnmal der eigenen Vergangenheit. Sein Tod erinnert wieder an die Verbrechen, die das von ihm mitgetragene System begangen hat, aber auch daran, daß wir alle daraus gelernt haben sollten, Unterdrückung und Verbrechen uneingeschränkt zu verabscheuen, nicht nur, wenn sie von einer bestimmten Couleur sind ... Und so erinnerte der Häftling von Spandau jahrzehntelang an die eigentliche Vier-Mächte-Verantwortung: den Friedensvertrag mit Deutschland zu schließen. Den Friedensvertrag, der nicht mit ‚zwei deutschen Staaten‘ geschlossen werden kann. Zumal da, ob man die heutige Praxis auch als zwei deutsche Staaten beschreiben mag, es nur ein Deutschland gibt, von dem ein Teil sowjetisch besetzt und seines Rechts freier Selbstbestimmung beraubt ist.“

Heß paßt in diese Propaganda, weil er angeblich ohne Auftrag am 11. Mai 1941 versucht haben soll, mit England zum Friedensschluß zu kommen. Tatsächlich hatten die deutschen Faschisten versucht, mit Großbritannien zu einer Übereinkunft zu kommen, um gemeinsam, oder doch mit Duldung durch die Briten, die Sowjetunion zu überfallen. Am 22. Juni 1941 überfielen die faschistischen Truppen die Sowjetunion. Heß, der bis zum letzten Atemzug die deutsche Politik verteidigt hat, war keineswegs ohne Einfluß im Nazistaat, wie es z.B. die BILD-

Zeitung in einem Aufsatz des rechtsradikalen Historikers David Irving verbreiten läßt. Heß war am Kapp-Putsch (1923) führend beteiligt. Er dürfte der „Ghostwriter“ des Hitler zugeschriebenen Buches „Mein Kampf“ sein. Als Privatsekretär verfertigte er den Entwurf des Buches während der 18-monatigen Festungshaft, die er zusammen mit Hitler wegen des Putschversuches verbüßen mußte. Er war Gründungsmitglied der NSDAP und neben Himmler und Hitler der Dritte im Bunde, als am 4.1.1933 im Hause des Barons v. Schröder die Regierungsübernahme durch die NSDAP mit dem Bankkapital ausgehandelt wurde. Später war er verantwortlich für die innere Organisation der NSDAP und Stellvertreter Hitlers.

Solche Tatsachen sind nicht nur in der Sowjetunion nicht vergessen worden. So überschrieb die britische überregionale Tageszeitung „Daily Express“ den Leitartikel zum Tod von Heß mit der Zeile „Hanging that was 41 years too late“ (41 Jahre zu spät aufgehängt). – (tob)

VW-Streik in Mexiko

Lohnabschluß – Expansionismus bleibt unkritisiert

Nach acht Wochen Streik ist jetzt ein Abschluß zwischen VW de Mexico und den streikenden Gewerkschaftern getroffen worden. Nach Angaben eines Sprechers der „Unabhängigen Gewerkschaft der Arbeiter von Volkswagen“, die alle 10500 Beschäftigten im Werk vertritt, wurde eine Lohnerhöhung von insgesamt 78% vereinbart. Diese setzt sich zusammen aus 32% genereller Erhöhung, einem Inflations-

Bayern und Schleswig-Holstein fehlten insbesondere in ländlichen Bezirken nur noch 1% der ausgegebenen Fragebögen, in mittleren und kreisfreien Städten in Bayern, Hessen und im Saarland zwischen 2% und 5%. Keine Angaben machte Zimmermann über die Antwortquoten in Hamburg, Bremen, Westberlin, NRW und Baden-Württemberg. Allerdings scheint insbesondere in sehr großen Städten die Fehlerquote hoch zu sein: in Westberlin und Hamburg zwischen 10% und 14%. In NRW wurde bekannt, daß gerade in den Großstädten die Antwortquote durch mangelhafte und nichtdurchgeführte Zählertätigkeit niedrig ist, in Köln müssen z.B. fünfzehn Bezirke erneut gezählt werden. Dennoch rechnet Zimmermann mit einem ordnungsgemäßen Abschluß der Zählung, im Zweifelsfall durch gerichtlichen Zwang. (Bundestagsdrucksache Nr. 11/694 – uld)



Eine „Arbeitsgruppe“ aus Vertretern der Familie von Bismarck (links), des Bundesinnenministeriums, des Kultusministers (Bendixen, rechts) und der Staatskanzlei von Schleswig-Holstein soll eine „angemessene Pflege und Weiterführung des Bismarck-Erbes“ prüfen und Mittel lockermachen. Das Erbe Bismarcks, so Zimmermann, sei von „historisch-politischer Bedeutung“. Zimmermann, schon für die Geschichtsschreibung in Sachen „Vertreibung“ zuständig, kann nun auch auf die geschichtliche Würdigung von z.B. dem Sozialistengesetz Einfluß nehmen. – (rül)

ausgleich von 23% (um diesen Prozentsatz waren die mexikanischen Mindestlöhne am 1. Juli erhöht worden) sowie weiterer 23% als Vorwegnahme der für Oktober erwarteten nächsten staatlichen Mindestlohnerhöhung. „Wir sind sehr zufrieden, denn dies ist ein Sieg der ganzen Arbeiterbewegung“, erklärte dazu F.A. Ochoa, Sekretär der Gewerkschaft.

Nach Ankündigung des Unternehmens über beabsichtigte Lohn- und Sozialleistungskürzungen und Entlassungen waren die Arbeiter am 1. Juli in Streik getreten. Die Inflationsrate lag in den letzten zwölf Monaten in Mexiko bei 130%. VW zahlt Niedrigstlöhne, die Arbeitsbedingungen sind miserabel. Die streikenden Arbeiter hatten in den letzten Tagen die Panamericana-Straße zum VW-Werk in Puebla besetzt. Dabei war es zu Polizeieinsätzen gekommen. Der Streik war von großer Solidarität der Bevölkerung begleitet gewesen. In einem Ford-Werk in Mexiko wird zur Zeit ebenfalls um Lohnerhöhung gestreikt.

Der Gesamtbetriebsrat der Volkswagen AG hatte den Vorstand mehrmals aufgefordert, in Mexiko für ein „vernünftiges“ Lohnangebot zu sorgen und beschloss, keine Mehrarbeit für etwa ausbleibende Teillieferungen aus Mexiko zu genehmigen. Im VW-Werk Salzgitter ließen 600 Beschäftigte am 18. August die Bänder etwa eine Stunde lang ruhen aus Protest gegen das Verhalten des Konzerns in Mexiko. Der Betriebsrat im Werk Kassel mußte eine Entscheidung zurücknehmen, eine dritte Schicht für Hilfsrahmen einzuführen. Diese Teile werden in Mexiko hergestellt. Keine Kritik scheint in der IG Metall und den VW-Betriebsratsgremien aufzukommen gegen die Expansionspolitik des Konzerns. Eine Meldung in der Metall-Zeitung erweckt gar den Eindruck, Verständnis für die angeblich schwierige Lage des Konzerns in Mexiko zu wecken. Auf einer Tagung des Internationalen Metallarbeitergewerkschaftsbundes für den VW-Konzern im letzten Herbst konnte dessen Sekretär Rebhan den Konzern denn auch als „sozialen Pionier im Bereich der Arbeitsbeziehungen“ preisen. Der Streik bei VW de Mexico um „nur eine teilweise Angleichung der Löhne an die gestiegenen Lebenshaltungskosten“, so ein dortiger Gewerkschaftssekretär, hat gezeigt, daß die mexikanischen Arbeiter nicht vom Konzernexpansionismus profitieren. Und der weltweite Arbeitsmarkt drückt auf die hiesigen Arbeitsbedingungen. Binsenwahrheiten eigentlich. Ein Ansatz der IG Metall wenigstens an den vor Jahren mal bescheiden vorhandenen Kritiken am Wirken der „Multis“ ist dringend überfällig.

Quellenhinweis: taz, 28.8.; HB, 28.8.; Nachrichten Stahl- und Metallindustrie 44/86; Metall, 7.8. (gka)

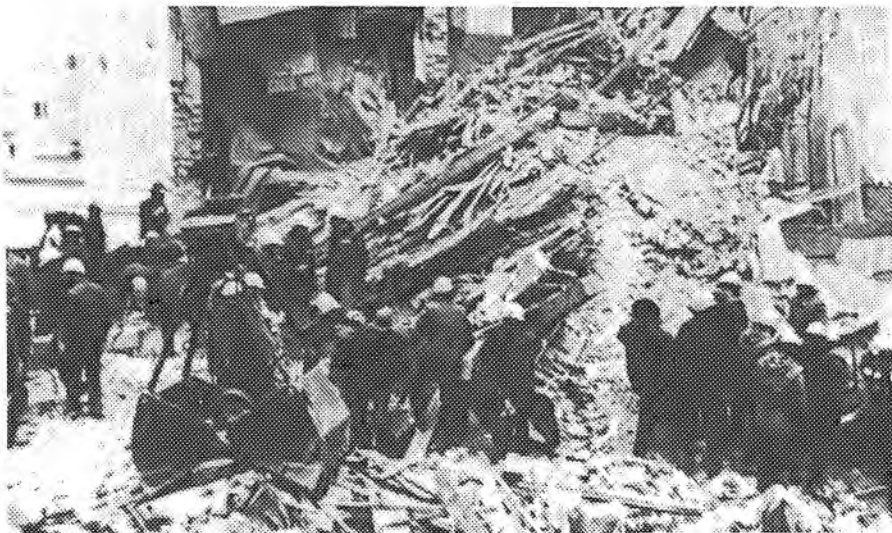
Zivilschutz-Gesetzesnovelle

Spranger's Dienstpflichtforderung: Ein Test, welcher „Kompromiß“ mit der FDP drin ist

Anfang August präsentierte das Innenministerium angebliche „Neuigkeiten“ in Sachen Zivilschutz: der parlamentarische Staatssekretär Spranger (CSU) verkündete auf einer Pressekonferenz in Bonn am 29. Juli (lt. Frankfurter Rundschau vom 1.8.87) folgende Pläne:

- 1.) Einführung einer Zivilschutz-Dienstpflicht in Krisenzeiten, die alle Männer bis zu 65 Jahren, welche nicht zum Wehrdienst eingezogen werden, betreffen soll. „Geprüft werde auch, ob Frauen für eine solche Verpflichtung in Frage kämen.“ (FR).
- 2.) Anpassung des Beamtenrechts „an die Erfordernisse einer Krise“.
- 3.) Maßnahmen zur Gesundheitssicherstellung und Erfassung sämtlicher Hilfspersonals.
- 4.) Schaffung einer gesetzlichen Grundlage für die Bundesanstalt Technisches Hilfswerk (THW) und Umwandlung des Bundesverbandes für den Selbstschutz in eine nicht rechtsfähige Bundesanstalt.
- 5.) Die mögliche Einführung einer

tik des Innenministeriums sind: Volkssturmartige Mobilmachung von Mann wie Frau an der Heimatfront, endlich gesetzliche Durchsetzung der Militarisierung des gesamten Gesundheitswesens, Ausbau der diktatorischen Vollmachten des Innenministeriums im gesamten Zivilschutz, gesetzliche Vorbereitung und Absicherung von Besatzertätigkeit des Beamtenapparates und technischer Truppen „im Ausland“. Sowohl über die diesbezüglichen Änderungen des Beamtenrechts als auch über die Neuaufnahme im Aufgabenkatalog des THW („Leistung technischer Hilfe im Auftrag der Bundesregierung außerhalb des Geltungsbereichs dieses Gesetzes“) werden unverhohlenen expansionistische Einmischungsabsichten in anderen Ländern deutlich. Die Geschichte des THW ist hierbei besonders erhellend: sein Vorläufer „Technische Nothilfe“ war von den Faschisten direkt der SS unterstellt, Teile davon als „Technische Truppen“ in die Wehrmacht eingegliedert worden.



Vorläufer des THW (Bild): die „Technische Nothilfe“. Teile davon waren als „Technische Truppen“ an der Ostfront „im Einsatz“.

Bunkerbaupflicht für öffentliche und private Gebäude bleibe, so Spranger, weiter im Gespräch.

„Neu“ sind diese Vorhaben keineswegs: sie entsprechen genau dem Gesetzentwurf zur Novellierung des Zivilschutzgesetzes von 1984 (siehe Kasten). Außerdem hatten sich CDU/CSU und FDP in den Koalitionsvereinbarungen darauf verständigt, auf jeden Fall einen neuen Anlauf zur Novellierung dieses Gesetzes zu unternehmen. Offensichtlich wollte Spranger mit seiner Pressekonferenz das Startzeichen hierfür geben.

Die Hauptziele der Zivilschutzpoli-

Kein Wunder, daß sie, wie der gesamte Luftschutz, von den Alliierten 1945 verboten wurde. Trotz dieses Verbots und trotz eindeutig fehlender Bundeskompetenz wurde das THW 1953 vom damaligen Innenminister Heinemann „auf dem Erlaßwege“ gegründet! Das Oberverwaltungsgericht Hamburg hat in einem Urteil 1980 gerügt, „daß die Errichtung von Dienststellen des Technischen Hilfswerks in den Ländern einer bundesgesetzlichen Regelung bedarf.“ Dies soll im Rahmen der Gesetzesnovelle jetzt erledigt werden, dahinter steckt natürlich auch die gesetzliche Absicherung der direkten

Zivilschutzgesetz- Entwurf vom 14.11.1984:

§4 Aufbau, Förderung u. Leitung des Selbstschutzes durch die Gemeinden

(1) Aufbau, Förderung und Leitung des Selbstschutzes der Bevölkerung ist Aufgabe der Gemeinden. Sie sollen zu diesem Zweck 1. das Gemeindegebiet in Wohnbereiche einteilen, 2. die Einrichtung einer Beratungsstelle in jedem Wohnbereich vorbereiten ... 4. Selbstschutzberater bestellen sowie aus- und fortbilden.

§20 Gesundheitlicher Zivilschutz

Ergänzende Maßnahmen der gesundheitlichen Versorgung im Zivilschutz sind 1. die Bereitstellung von Hilfskrankenhäusern, 2. die Bevorratung von Sanitätsmaterial, 3. die Aufstellung und Fortschreibung eines Plans zur Kapazitätserweiterung von Krankenhäusern ... 4. die Ermittlung des personellen und materiellen Bedarfs für den Betrieb der Einrichtungen der gesundheitlichen Versorgung im Verteidigungsfall ...

§23 Planung und Nutzung vorhandener Einrichtungen

... Sie (die kreisfreien Städte und Kreise) können die Träger und Inhaber von Krankenhäusern verpflichten, abgestimmte Einsatz- und Alarmpläne zur Bewältigung eines Massenfalls von Verletzten und Erkrankten im Verteidigungsfall aufzustellen ... Kammern der Ärzte, Zahnärzte und Apotheker, sowie kassenärztliche und kassenzahnärztliche Vereinigungen sind verpflichtet, ... in Abstimmung mit den Trägern und Inhabern von Krankenhäusern einen Ausgleich von ambulanter und stationärer Versorgung vorzusehen ...

§24 Bedarfsermittlung

(3) Der Bundesminister für Arbeit

und Sozialordnung wird ermächtigt, durch Rechtsverordnung mit Zustimmung des Bundesrates ... eine Meldepflicht der nicht berufstätigen Angehörigen der Gesundheitsberufe einzuführen ...

§30 Zivilschutzdienstpflicht

(1) Wehrpflichtige können nach Maßgabe des Artikels 80a des Grundgesetzes bis zum vollendeten 60. Lebensjahr zum Dienst im Zivilschutz in Einheiten und Einrichtungen des erweiterten Katastrophenschutzes verpflichtet werden ...

(3) Verpflichtungsbehörde ist die kreisfreie Stadt oder der Kreis, in deren Gebiet der Dienstpflichtige seinen jeweiligen Aufenthalt hat.

(7) Personen, bei denen eine Verpflichtung nach Absatz 1 geprüft werden soll, haben sich nach Aufforderung zu melden, vorzustellen und auf ihre geistige und körperliche Tauglichkeit untersuchen zu lassen sowie die notwendigen Auskünfte zu erteilen.

§37 Bundesanstalt Technisches Hilfswerk

(1) Das Technische Hilfswerk (THW) ist eine nicht rechtsfähige Bundesanstalt mit eigenem Verwaltungsunterbau im Geschäftsbereich des Bundesministers des Inneren mit folgenden Aufgaben: 1. Mitwirkung im Zivilschutz, 2. Leistung technischer Hilfe bei der Bekämpfung von Katastrophen und anderen Schadensfällen, soweit die Regelungen der Länder es vorsehen, 3. Leistung technischer Hilfe im Auftrag der Bundesregierung außerhalb des Geltungsbereichs dieses Gesetzes.

(2) Zur Erfüllung seiner Aufgaben stellt das Technische Hilfswerk Einheiten aus freiwilligen und ehrenamtlichen Helfern auf. Der Bundes-

minister des Innern wird ermächtigt, durch Rechtsverordnung ohne Zustimmung des Bundesrates die Rechtsverhältnisse der Helfer zu regeln.

§44 Änderung von dienstrechtlichen Vorschriften

3. Das Beamtenrechtsrahmengesetz ... wird wie folgt geändert:

§133a (1) Der Beamte kann für Zwecke der Verteidigung auch ohne seine Zustimmung zu einem anderen Dienstherrn abgeordnet oder zur Dienstleistung bei einer zivilen Dienststelle der NATO verpflichtet werden.

(3) Der Beamte ist bei einer Verlegung der Behörde oder Dienststelle – auch außerhalb des Geltungsbereichs dieses Gesetzes – zur Dienstleistung am neuen Dienstort verpflichtet.



Spranger (CSU): für die totale Mobilmachung im Zivilschutz

und umfassenden Weisungsbefugnis durch das Bundesinnenministerium wie auch die alleinige Bundeskompetenz in Sachen „Auslandseinsätze“. Ähnlich verhält es sich mit der rechtlichen Umwandlung des bisher selbstständigen Bundesverbandes für den Selbstschutz in eine „nicht rechtsfähige Bundesanstalt“.

Wie sind die Erfolgsaussichten zu bewerten, wenn jetzt die CDU/CSU im Eiltempo die Gesetzesnovelle durchziehen will? Merkwürdigerweise konnte man aus den Reihen der FDP vernehmen, sie halte Sprangers Plan einer allgemeinen Dienstpflicht für einen verspäteten „Aprilscherz“. Keineswegs ist die FDP gegen weitere Militarisierung, sie hat nur Probleme mit Zwangsverpflichtungen und Erfassungen aus den Reihen ihrer Wählerschaft, weswegen z.B. die Baden-Württembergische FDP dem Landeskatastrophenschutzgesetz der Späth-Regierung im Februar 87 die Zustimmung

verweigerte. Originalton Enderlein (FDP) im Landtag: „Ich bin kein Mediziner, ich habe aber mit einer ganzen Reihe von Ärzten gesprochen. Da sind sehr viele dabei, die genau wie unsere Fraktion einen ernsthaften Katastrophenschutz wollen ... Ich meine, hier haben wir gar keine andere Möglichkeit, als auf die Verantwortung der Ärzte zu rekurrieren, als diesen Ärzten und ihrem Berufsethos zu vertrauen. Wir wissen, daß das letztlich auch eine persönliche Entscheidung ist, die der einzelne Arzt treffen muß, aber ich habe gerade in solchen Fragen hohen Respekt vor dieser ärztlichen Ethik.“ Die CDU hatte noch versucht, der FDP entgegenzukommen, indem die Datenerfassung sämtlicher Ärzte als Kannbestimmung modifiziert wurde, alle übrigen Heilberufe müssen erfaßt werden. Man muß sich also seitens der FDP auf derartige ständische Spaltungsmanöver gefaßt machen.

Und die SPD? Ihre Reaktion lt. FR war: Sprangers Pläne seien „nicht durchsetzbar, sondern absurd“, weil die Mehrheit der Bevölkerung eine solche Zivilschutzdienstpflicht ablehne, sie signalisiert aber gleich Bereitschaft zur Zusammenarbeit bei den „wirklich kritischen Punkten und Aufgaben im Zivilschutz“. In den Beschlüssen des Nürnberger Parteitages heißt es: „Alle über den Katastrophenschutz hinausgehenden Zivilschutzmaßnahmen für den Kriegsfall, insbesondere für den Atomkrieg, sind einzustellen.“ Die SPD Baden-Württemberg fordert „Verzicht auf Zivilschutz, insbesondere Schutzraumbau“ als „Bestandteil vertrauensbildender Maßnahmen“, Streichung aller staatlichen Zuschüsse und Steuererleichterungen für Bunkerbau, Ablehnung einer allgemeinen Dienstpflicht. Die Grünen haben bisher solche Gesetzesnovellierungen als Kriegsvorbereitung angegriffen und abgelehnt. (mab)

Landtagswahlen Schleswig-Holstein

CDU-Konzept: Flexible, billige Arbeitskräfte und ländliche Idylle für High-Tech

Die CDU-Landesregierung unter Ministerpräsident Uwe Barschel sieht der Wahl am 13. September gelassen entgegen. Sie tritt mit einem Konzept an, welches die von den Konzernen geforderte Umstrukturierung der Wirtschaft berücksichtigt und welches gleichzeitig die unterschiedlichen reaktionären Richtungen des Bürgerblocks zur Geltung kommen läßt.

In den letzten vier Jahren haben die Kapitalisten die Hälfte der Produktionskapazitäten der Werften abgebaut und die Beschäftigten auf die Straße geworfen. Die Agrarpolitik der Bundes- und Landesregierung hat die Konkurrenz unter den Bauern immens verschärft und zwingt immer mehr zur Hofaufgabe.

Die CDU hat darauf mit einem Programm reagiert, welches das Interesse der Konzerne an staatlicher Subventionierung der geplanten Umstrukturierung zum Gesamtinteresse erklärt: „Neue Technologien sind der Schlüssel zur Zukunft.“ Zur Unterstützung eines solchen Programms haben Vorstandsmitglieder westdeutscher Konzerne und Banken einen „Beirat“ gebildet, in dem die Esso AG, Bayer AG, Pirelli Deutschland AG, Westdeutsche Landesbank und der Zentralverband der Elektronischen Industrie Deutschlands vertreten sind.

Die CDU bietet zur Unterstützung hohe Subventionen und Forschungskapazitäten. Das Zentrum für marine Geowissenschaften „Geomar“ wird in Kiel gebaut. Die private Nordische Universität forscht direkt für die Kapitalisten. Technologiezentren werden in Flensburg, Quickborn, Lübeck, Eutin und Büsum errichtet. Ins Hamburger Umland soll das europäische Hochtechnologie-Forschungszentrum mit angeschlossener Produktionsstätte „Joint European Silicon Submicron Institut“ (Jessi), mit dem die Konzerne Philipps, Siemens und Thomson einen neuen Micro-Chip in Konkurrenz zu Japan und den USA herstellen wollen.

Die Landesregierung selber beteiligt sich an dieser Entwicklung, indem sie aus der Werft HDW, an der sie zu einem Viertel beteiligt ist, die Ausgliederung einer „Salzgitter Elektronik GmbH“ betrieben hat.

Der Schleswig-Holsteinische Adel und Großgrundbesitz sieht gute Möglichkeiten, einen Teil seiner Ländereien in Geld umzusetzen, indem er den benötigten Boden für die Industrieareale stellt.

Die geplanten und im Aufbau befindlichen Industrien sind sehr kapitalintensiv. Die Kapitalisten wünschen

sich deshalb flexible und billige Arbeitskräfte, die an sieben Tagen möglichst Tag und Nacht zur Verfügung stehen sollen. Die Landesregierung forciert mit Arbeitsplatzprogrammen und ihrer Arbeitsplatzoffensive, ihrem Landesfrauenprogramm die Auflösung von Normalarbeitsverhältnissen. Sie fördert Teilzeitarbeit auf breiter Front und fängt selbst im Öffentlichen Dienst damit an. Sie unterstützt die Vergabe von befristeten Arbeitsverträgen und gibt dafür Lohnkostenzuschüsse. Die CDU-Regierung zahlte dafür allein 1986 170 Millionen DM.

Die Reaktion will die Landtagswahlen nutzen, um dieses Programm gegen die Gewerkschaftsbewegung durchzusetzen. Sie will die lohnabhängige Mittelklasse gewinnen, um die sozialen Interessen der Arbeiter völlig zu isolieren. Sie bietet der Intelligenz „lohnende Tätigkeiten“, so daß



Was diese auskochen, müssen die Arbeiter bezahlen.

sie in Schleswig-Holstein gleichzeitig „arbeiten, wohnen und Urlaub machen“ kann. Die CDU verspricht diesen Schichten, daß in den hochtechnologischen Industrien deren Fachwissen gefragt ist, daß ihre Verantwortung und Leistung dann auch in Schleswig-Holstein wieder angemessen bezahlt werden könne.

Deren Familien bietet die CDU die ländliche Idylle, sie will das „kulturelle Angebot in allen Landesteilen eindrucksvoll erhöhen“. Sie fördert den Ausbau und Neubau von Museen, die Restauration alter Schlösser und Gutschhöfe. Sie finanziert seit zwei Jahren das Schleswig-Holstein-Musik-Festival mit 200 klassischen Musikveranstaltungen im ganzen Land.

Handwerker und Kleinkapitalisten sind mit der Politik der CDU-Landes-

regierung unzufrieden. Sie sehen sich gegenüber den Konzernen benachteiligt. Ein Ausdruck dieser Widersprüche ist, daß dem Vertreter der CDU-Mittelstandsvereinigung bei der Aufstellung der Landesliste ein sicherer Platz verweigert wurde und er „unter Berücksichtigung des Selbstwertgefühles des Mittelstandes“ auf einen Listenplatz verzichtete.

Die CDU braucht gar keine Wahlempfehlung für die FDP auszusprechen. Die kann diese Politik und Propaganda direkt in Wählerstimmen ummünzen. Sie wird nicht nur von ihrem Klientel aus der leistungsbewußten lohnabhängigen Mittelklasse gewählt werden, sondern auch von enttäuschten bisherigen CDU-Wählern.

Die UWSH (Unabhängige Wählergemeinschaft Schleswig-Holstein) ist mit dem Hauptziel angetreten, „eine rot-grüne Mehrheit“ zu verhindern. Ihre Kandidatur trifft die Grünen empfindlich. Die Grünen benötigen nämlich in Schleswig-Holstein zur Überwindung der 5% Klausel auch Stimmen aus der ländlichen Opposition, die sie bei den letzten Bundestagswahlen und Kommunalwahlen auf

Kosten der CDU gewonnen hatte. Diese werden jetzt aber von der UWSH aufgesogen.

Die Propaganda der reaktionären Parteien ist so weit für Interpretationen nach rechts offen, daß alle in Frage kommenden faschistischen Organisationen zu Gunsten „einer weiteren bürgerlichen Regierung auf eine Kandidatur“ verzichteten.

Die SPD kämpft ebenfalls um Stimmen aus der lohnabhängigen Mittelklasse. Sie will „High Tech ins Land holen, neue Märkte erschließen und die Idee der Hanse neu beleben“. Flexibilisierung der Arbeitsbedingungen und Lohnrückerei kritisiert sie nicht. Als Wirtschaftsprogramm vertritt sie nichts anderes als CDU und FDP – nur nicht ganz so brutal. Wie will sie so die Wahl gewinnen? – (kaq, hei)

CDU-Politik hat zu einer miserablen sozialen Lage auf dem Land geführt

Die Politik der von Barschel geführten Landesregierung hat dazu beigetragen, daß sich die Lebens- und Arbeitssituation der arbeitenden Menschen in den Gebieten Schleswig-Holsteins, die wirtschaftlich eng mit der Landwirtschaft verflochten sind, enorm verschlechtert hat.

In Flensburg war im 1. Quartal 1987 jeder Fünfte arbeitslos! Und im Grunde sind diese Zahlen noch geschönt. Sämtliche ABM- und Umschulungsmaßnahmen, die vom Arbeitsamt bezahlt werden, erscheinen in der Statistik nicht, Arbeitslose sind das ja aber auch. 26000 Erwerbslose erhielten 1986 überhaupt keine Leistungen mehr vom Arbeitsamt und rutschten damit in die Sozialhilfe ab. Die Zahl der Sozialhilfeempfänger hat in den letzten Jahren auf über 120000 zugenommen – bei einem Regelsatz für Alleinstehende von 386 DM im Monat.

U.a. ist es diese rasante Zunahme der Sozialhilfe, die zu einer völligen Aushöhlung der kommunalen Finanzen geführt hat. Viele Gemeinden und Städte sind praktisch pleite und werden nur noch durch Umschuldungsmaßnahmen und Hilfen von Bund und Land finanziert. Die kommunale Selbstverwaltung ist damit zur Farce geworden, drängende Maßnahmen im sozialen Bereich, auf dem Bildungssektor, bei der Wirtschaftsförderung bleiben auf der Strecke.

Schleswig-Holstein ist das mit Lehrern am schlechtesten versorgte Bundesland; wöchentlich fallen aufgrund des Lehrermangels 30000–40000 Unterrichtsstunden aus. Nach einem Gutachten der GEW besteht ein Bedarf von 350 zusätzlichen Lehrerstellen. Die langen Wege zu Schulen und Kindergärten sind auf dem Land privat kaum zu organisieren. Mit Schulbussen sind die Kinder oft stundenlang unterwegs und müssen lange Wartezeiten auf sich nehmen. Kleinkindergruppen gibt es so gut wie gar nicht; Mütter, die nach der Geburt eines Kindes schon bald wieder arbeiten müssen oder wollen, organisieren die Betreuung ihrer Kinder zwangsweise in der Regel privat. Das hat große finanzielle Belastungen und viel Fahrerei zur Folge.

Die Altenpflege wird ebenfalls überwiegend privat organisiert. Nach einer Umfrage des Landfrauenverbandes versorgen 18% der 6000 befragten Haushalte auf dem Land pflegebedürftige Personen. In fast 90% der Fälle wurde die Pflege ausschließlich durch die Familie vorgenommen, ohne Inanspruchnahme von Sozialstationen oder anderen Einrichtungen. Alters- und Pflegeheime werden oft deshalb nicht in Anspruch genommen, weil sie entweder zu teuer sind oder man die alten Leute dort nur mit schlechtem Gewissen lassen kann, weil es mehr Aufbewahrungsalternative als Pflegeheime sind.

Die Wirtschaftspolitik der Landesregierung hat sich in der Vergangenheit auf Schwerpunktförderung beschränkt. So sind nur noch in einigen Zentralorten Arbeitsplätze durch Dienstleistungsunternehmen oder Klein- und Mittelbetriebe zu finden. Das flache Land ist ausgeblutet worden; der Begriff „Schlafdorf“ hat sich eingebürgert. Das kleine Handwerk, Kaufmannsläden, Bäcker und Schlachter sind größtenteils verschwunden, die Bauern werden immer weniger. Einkaufsmöglichkeiten und Arbeitsplätze bestehen hauptsächlich in den größeren Orten und Städten, was lange Anfahrtswege zur Folge hat. Die Auswirkungen dieser Schwerpunktförderung lassen sich am besten am Beispiel Brunsbüttel aufzeigen. Milliarden sind in den Ausbau des Industriegebietes Unterelbe geflossen, sind den Konzernen wie Bayer Leverkusen in den Rachen geschmissen worden. Von den versprochenen 14000 neu zu schaffenden Arbeitsplätzen sind ganze 2000 rausgekommen. Die Menschen und die Natur in dem Raum müssen mit erheblichen Umweltbelastungen

fertigwerden. So klagen z.B. Bauern aus dem Raum gegen die Landesregierung, weil wegen der Versorgung des Industriegebietes mit Wasser unter ihrem Land der Grundwasserspiegel so weit abgesenkt ist, daß sie erhebliche Ertragsverluste haben.

Ein anderes Beispiel für die Wirtschaftspolitik der Landesregierung ist die Zentralisierung der Meiereien. Früher klassisches Beispiel für dezentrale, selbstverwaltete Wirtschaft soll heute eine Zentralmeierei für ganz Schleswig-Holstein geschaffen werden. Beschlußmäßig ist das bisher nur vom Bauernverband und Raiffeisenverband benannt worden. Die Landesregierung stellt dafür aber Mittel aus der Marktstrukturförderung zur Verfügung. Das wird Hunderte von Arbeitsplätzen kosten und steht der von der CDU so gern betonten Förderung von Klein- und Mittelbetrieben diametral entgegen.

Die Landwirtschaftspolitik der Landesregierung entpuppt sich bei näherem Hinsehen als Verlängerung der Bonner und Brüsseler Strukturpolitik. Z.B. müssen Betriebe, die an Zinsverbilligungen aus dem Landeskonsolidierungsprogramm ranwollen, erst die langfristige Existenzfähigkeit ihres Betriebes nachweisen. Wer das kann, braucht die Gelder eigentlich sowieso nicht mehr. Ähnlich ist es mit den Zuschüssen zum Landkauf: sie begünstigen denjenigen, der noch Land kaufen kann. Dem, der verkaufen muß, wird bestenfalls das Sterben etwas erleichtert.

Reaktionäre Parteien zur Lage der Bauern und der ländlichen Bevölkerung

CDU: Wir stehen zu den Bauern. Schleswig-Holstein ist ohne eine leistungs- und lebensfähige bäuerlich strukturierte Landwirtschaft nicht vorstellbar. Wir verbinden deshalb die Zukunft unseres Landes mit dem Schicksal unserer Bauern. Um unseren Landwirten eine realistische Zukunftsperspektive geben zu können, muß die Agrarpolitik auf ihre ursprünglichen Aufgaben zurückgeführt werden: Sicherstellung der Versorgung der Bevölkerung mit gesunden Nahrungsmitteln zu angemessenen Preisen bei Vermeidung von Überschüssen. Die in einer schweren Krise steckenden EG-Agrarpolitik wird diesen Grundsätzen nicht gerecht ... Wir widersetzen uns dieser Politik.

... Wir treten für eine Agrarpolitik ein, die den bäuerlichen Familien ihr Eigentum und ihre Selbständigkeit sichert, ein angemessenes Einkommen gewährleistet, ihre Leistungs- und Risikobereitschaft belohnt, eine langfristige berufliche Zukunftsperspektive aufzeigt.

FDP: In Schleswig-Holstein werden 75% der Fläche landwirtschaftlich genutzt. Die Landwirtschaft mit den ihr vor- und nachgelagerten Wirtschaftsbereichen stellt 22% der Arbeitsplätze. In einigen ländlichen Regionen ist fast jeder Arbeitsplatz mit der Landwirtschaft verbunden.

Eine leistungsfähige, ökonomisch und ökologisch gesunde Landwirtschaft liegt im Interesse aller. Auch Landwirtschaft ist unsere Umwelt ... Ein grundsätzlicher Wandel der Agrarpolitik ist nötig ... Es ist falsch, dem Teil unserer Vollerwerbsbetriebe, die keine dauerhaften Chancen haben, durch Sonderquoten und Sonderkredite ein Überleben in der Agrarproduktion vorzugaukeln ... Wir treten für eine Förderung der Umstellung zum Nebenerwerbsbetrieb durch die Schaffung neuer Arbeitsplätze im ländlichen Raum ein.

UWSH (Unabhängige Wählergemeinschaft Schleswig-Holstein): Die UWSH möchte an einer Realpolitik mitwirken, die die bisherige unsinnige EG-Agrarpolitik ablöst, notfalls durch eine neue Interpretation der EG-Verträge und durch Sondermaßnahmen, die der spezifischen Situation der Schleswig-Holsteinischen bäuerlichen Landwirtschaft Rechnung tragen.

... Die UWSH ist gegen die Einfuhr von landwirtschaftlichen Produkten aus Ländern, in denen Hungerkatastrophen vorherrschen.

Türkei

Die Angehörigen kämpfen an der Seite der politischen Gefangenen

In mehreren Gefängnissen der Türkei und Türkei-Kurdistan befinden sich politische Gefangene seit Anfang Juli im Hungerstreik. Den Angehörigen der politischen Gefangenen ist es gelungen, sich in einem „Solidaritätsverein mit den Angehörigen von Verurteilten und Inhaftierten“ (Tutuklu Ve Hükümlü Aileleri Yardımlasma Derneği, TAYAD) zu organisieren und diesen Zusammenschluß gegenüber dem türkischen Staat durchzusetzen. Im Laufe dieses Hungerstreiks führten Familienangehörige (TAYAD-Mitglieder und Unorganisierte) Solidaritätsaktionen zum Hungerstreik durch. Diese wurden von der Polizei brutal zerschlagen, so wurden z.B. Angehörige, die einen Sitzstreik vor dem Justizministerium durchführten, verhaftet und befinden sich zum Teil immer noch im Gefängnis. In dieser Situation lud der Solidaritätsverein TAYAD dazu ein, eine Delegation aus der BRD in die Türkei zu entsenden, die sich vor Ort informieren und der ersten Mitgliederversammlung dieses Vereins beiwohnen sollte.

In Hamburg wurde daraufhin von Dev Genc eine fünf-köpfige Delegation zusammengestellt, die aus Einzelpersonen, Mitgliedern bzw. Vertretern von folgenden Organisationen bestand: Avrupa da Dev Genc, Bund Westdeutscher Kommunisten, Freie Arbeiter-Union/Rätekommunisten, Grün-Alternative Liste, Volksfront. In Istanbul stießen dann noch eine Abgeordnete der Alternativen Liste West-Berlin und eine Dolmetscherin hinzu. Die Delegation hielt sich vom 14.8. bis zum 20.8. in Istanbul auf und führte in dieser Zeit Gespräche mit Vertretern von Tayad, Familienangehörigen, ehemaligen Gefangenen, Rechtsanwälten und Gewerkschaftern der sich gerade im Streik befindlichen Ledergewerkschaft. In der türkischen Presse wurde fast täglich über diese Delegation berichtet.

Der Zusammenschluß der Angehörigen

Am 3. Februar 1986 wurde die Satzung von Tayad bei den zuständigen Behörden vorgelegt, die diese ohne Begründung ablehnten. Nur durch das beharren der Gründer und Mitglieder dieses Vereins konnte dieser organisierte Zusammenschluß der Familienangehörigen durchgesetzt werden. Am 26. Februar 87 wurde der Verein offiziell anerkannt und führte nach einem halben Jahr am 15. August 87 seine erste Mitgliederversammlung durch. Zu dieser Mitgliederversammlung waren über 100 Personen anwesend,

u.a. die Delegation aus Hamburg/ West-Berlin, der „Verein zur Unterstützung der politischen Gefangenen in der Türkei und deren Angehöriger“ aus Bielefeld und türkische Presse. Außerdem wurden Grußtelegramme aus verschiedenen Gefängnissen verlesen, und die Gewerkschaft der Lederarbeiter sandte einen großen Blumenstrauß als Zeichen der Solidarität. Während der Mitgliederversammlung befanden sich ständig Polizisten im Raum, die auch in den Ablauf der Mitgliederversammlung eingriffen.

Das Ziel dieses Vereins ist es, die Rechte der Gefangenen zu vertreten und Öffentlichkeitsarbeit zu leisten, wobei nicht ausschließlich politische Gefangene vertreten werden, sondern alle, die sich im Knast für eine menschenwürdige Behandlung und gegen die Folter einsetzen.

Darüberhinaus strebt TAYAD den Zusammenschluß möglichst aller Angehörigen von Inhaftierten an. Gleichzeitig wird verbreitet, es handele sich

Die Situation der politischen Gefangenen

Aus der Erklärung von Ali Aslan und Ertugrul Mavioglu:

„Wir sind keine Sklaven, wir sind politische Häftlinge.“

Wir sind politische Häftlinge im Gefängnis Sigmalcilar. Wir befinden uns jetzt (25. Juli) 19 Tage im Hungerstreik ... Uns ging das Papier aus bei den vielen schriftlichen Eingaben an Stellen, die wir als zuständig für die Lösung unserer Probleme ansehen (denn die Beschaffung von Papier ist ein weiteres Problem). Aber wir haben keine positive Antwort bekommen. Was sind eigentlich unsere Probleme? Unerfüllbare Forderungen oder Wünsche vernünftiger Menschen?

Hier sind die wichtigsten:

Wir fordern die Aufhebung der Anordnung, Einheitskleidung tragen zu müssen, und die Zulassung von Zivilkleidung. Die Öffentlichkeit kennt die Sache mit der Einheitskleidung genau. Das Tragen der Einheitskleidung wurde uns als ein Kettenglied in einer Reihe von Maßnahmen, wie das Singen von Märschen, soldatische Disziplin usw. auferlegt, damit die fortschrittlich-revolutionär gesinnten Häftlinge sich ergeben und ihre



Blumen der Delegation für die Hungerstreikenden durften nur vor das Gefängnistor gelegt werden.

bei diesem Verein ausschließlich um einen Zusammenschluß von Angehörigen inhaftierter Dev Sol (Revolutionäre Linke) Mitglieder, was sich auf die Organisierung möglichst vieler Angehöriger nachteilig auswirkte. Allerdings waren außer Angehörigen von Angeklagten im Dev Sol-Prozeß keine anderen Personen bereit, die sieben Personen, die für die Vereinsgründung nötig sind, zu stellen.

Tayad will sich den akuten Problemen der politischen Gefangenen und deren Angehöriger widmen und vertritt, daß das am besten in einem eigens dafür gegründeten Verein zu erreichen ist.

menschenliche und politische Identität aufgeben, und zwar als das letzte Glied im Rahmen der Operation zur Vereinheitlichung. Aber diese Angriffe auf unsere politische Identität haben wir seit sieben Jahren mehr oder weniger zurückgeschlagen. Wir haben uns bemüht, unsere menschenliche und politische Ehre zu erhalten, auch um den Preis zu sterben.

Wir haben die Einheitskleidung, die in den Gefängnissen ein Symbol für die Übergriffe und Willkürakte darstellen, die in den Polizeizentralen mit Folterungen beginnen, nicht akzeptiert und akzeptieren sie nicht. Deshalb haben wir die Aufhebung

dieser Maßnahme gefordert und fordern sie noch. Schließlich wurde diese Maßnahme in einigen Gefängnissen aufgrund der entschlossenen Haltung aufgehoben. Unter Nennung von Beispielen (Aydin Özel, Gaziantep, Metris) haben wir dies auch gefordert. Aber die Antwort, die wir daraufhin erhielten, bestand aus dem Verbot, Besuch zu empfangen, mit den Rechtsanwälten zu sprechen und an der Gerichtsverhandlung teilzunehmen. Natürlich wird dies unter dem Vorwand von irgendwelchen Vorschriften gemacht. Aufgrund derselben Vorschrift werden wir beim Gang zum Gericht wie Sklaven im Mittelalter zu 20-30 Personen zusammengeketteter. Aber auch diese Vorschrift gilt nur für das Gefängnis Sigmalcilar. Wenn wir zum Justizgebäude gebracht werden, werden wir von morgens 8.30 Uhr bis abends 18.30 Uhr in der Haftzelle des Justizgebäudes gelassen, ohne daß wir unsere Notdurft verrichten können, mit blau angeschwollenen Handgelenken. Und dies nennen sie eine Sicherheitsmaßnahme. Wir haben mehrmals darum bei den zuständigen (Behörden) nachgesucht, daß diese mit der Menschenwürde unvereinbare Maßnahme aufgehoben wird. Aber anstatt daß dieses Problem gelöst wird, wurde uns das Recht auf Verteidigung entzogen, weil wir gegen diesen Willkürakt Stellung bezogen haben. Die zwei- bis dreitägigen Hungerstreiks, die durchgeführt wurden, um unsere Probleme an die Öffentlichkeit zu bringen und gegen diese Willkürakte zu protestieren, wurden nur dazu benutzt, um Ordnungsstrafen zu verhängen.

Die Gefängnisleitung verbietet uns ganz oder teilweise aufgrund willkürlicher Beschlüsse und Maßnahmen frei verkäufliche Publikationen. Regelmäßig erscheinende Zeitschriften, die wir abonniert haben, werden nicht ausgegeben. Solche Publikationen, die wir noch einen Monat oder eine Woche vorher erhalten haben, werden fortlaufend verboten.

Obwohl die Verwaltung uns mehrmals mündlich und schriftlich mitgeteilt hat, daß es keine Beschränkungen bei frei verkäuflichen Schriften gibt, sofern sie nicht pornografischen Inhalts sind, gibt sie ankommende Bücher und Zeitschriften entweder zurück oder läßt sie verschwinden. So wird eines unserer Grundbedürfnisse, Fortbildung und Information, eingeschränkt. Der Tagessatz, den uns das Ministerium für unsere Ernährung zuteilt, beträgt 325 TL. Während man draußen dafür nicht einmal eine Suppe bekommt, soll dies unseren gesamten Bedarf decken. Für dieses Geld werden uns ein Brot und drei Mahlzeiten gegeben. Natürlich kann man sich vorstellen, wie das aussieht. Es ist klar, daß wir uns davon nicht ernähren und unsere Gesundheit erhalten

können. Zu jeder Mahlzeit gibt es nur ein Essen, morgens und abends normalerweise Suppe, und zwar in geringer Menge und schlechter Qualität. Wir können uns nicht natürlich ernähren und erkranken deswegen oft. Deshalb fordern wir die Verbesserung des Essens hinsichtlich der Auswahl, Menge und Qualität, damit es dem Bedarf eines Menschen angepaßt wird.

Oder aber, daß die Nahrung, die unsere Familien von draußen bringen, wie Marmelade, Eingemachtes usw. (weil ihre Zubereitung besser ist) durchgelassen wird. Außerdem fordern wir, daß der Obst- und Gemüsestand in regelmäßigen Abständen kommt und der vom Ministerium verfügte Verkauf von Tee zu 16000 TL, dessen Marktpreis 1600 TL ist, eingestellt wird. Unter diesen Bedingungen, unter denen wir oft krank werden, reichen unsere materielle Lage und unser auf einen Betrag von 8000 TL eingeschränktes Geld für die zur Behandlung notwendigen Medikamente nicht aus. Wir fordern, daß entweder die Kosten für die Medikamente von der Verwaltung übernommen oder die von unseren Familien besorgten Medikamente durchgelassen werden.

Während wir auf die Lösung unserer Probleme warteten, begann man uns daran zu hindern, vor Gericht zu erscheinen, weil wir die Einheitskleidung ausgezogen und das Anlegen der Ausgangsketten abgelehnt haben. Man läßt uns nicht mit unseren Rechtsanwälten und Familien zusammenkommen. Sogar in Notfällen wurde unter dem Vorwand, daß wir keine Einheitskleidung trügen, unsere erkrankten Kameraden, die der Arzt aus Krankenhaus überwiesen hatte, nicht ins Krankenhaus gebracht und dem Tod überlassen. Nur weil wir laut dagegen protestierten, wurden die Krankentransporte doch noch durchgeführt.

Aus all diesen Gründen und als letztes Mittel haben wir einen unbefristeten Hungerstreik begonnen. Wir sind entschlossen, diesen Hungerstreik, den wir als letztes Mittel am 8. Juli 1987 begonnen haben, unbefristet durchzuführen, bis wir das Recht auf Verteidigung und Besuch durch unsere Familien und Rechtsanwälte erhalten, unsere Forderungen durchgesetzt und die willkürlichen Maßnahmen aufgehört haben. Der unbefristete Hungerstreik, an dem sich 40 der 45 politischen Häftlinge des Gefängnisses Sigmalcilar beteiligen (fünf können wegen Krankheit und ähnlicher Gründe nicht mitmachen), wird andauern, bis wir unsere Rechte erkämpft haben.

Wir erwarten von der Presse, daß sie nicht unbeteiligt unseren Problemen und vor allem dem Entzug des Bildungs- und Informationsrechtes zu-



Einheitskleidung wird vorm Knast Sigmalcilar verbrannt.

schauf. Wir fordern, daß sie 'Halt' dazu sagt, daß ihre eigenen Erzeugnisse aufgrund willkürlicher Zensur ihren Lesern und Abonnenten nicht zugestellt werden. Sich gegen jede Unterdrückung zu wenden, ist nicht nur unsere Pflicht, sondern die der Presse und aller fortschrittlichen Kreise. Wir sind keine Sklaven, sondern politische Gefangene! Wir werden keine Einheitskleidung tragen!

Grüße!

Ali Aslan, Ertugrul Mavioglu
25. Juli 1987, Sigmalcilar

Kanada

Regierung will Flüchtlingen Einwanderung erschweren

Die kanadische Regierung ist dabei, Flüchtlingen die Einwanderung nach Kanada zu erschweren. Als Vorwand dafür wird die erneute Landung eines Schiffes Ende Juli in Neufundland hergenommen, an Bord 174 Sikhs, die angaben, auf der Flucht aus Indien zu sein. Die kanadische Regierung veranlaßte, daß zunächst alle verhaftet wurden und erst nach Prüfung des Einzelfalls und gegen Hinterlegung hoher Bürgschaftszahlungen – bis zu 7000 Dollar – ins Land gelassen wurden. Einige, die als „Sicherheitsrisiko“ eingestuft wurden, blieben in Haft. Soweit etwas über ihr Schicksal bekannt wurde, sind sie in Indien mißhandelt und gefoltert worden. Einige kamen aus der BRD, wo sie teils über 3000 Dollar für die Überfahrt in einem Schiff bezahlten, das für Personentransport nicht eingerichtet ist. Entgegen der kanadischen Verfassung gab die Regierung ihre Personalien einschließlich Fingerabdrücken an die indische Regierung weiter, um belastende Informationen zu erhalten, die die Verweigerung der Einwanderung oder auch die Abschiebung begründen sollten.

Premierminister Mulroney war sich sicher: „Es handelt sich hier nicht um Flüchtlinge oder Einwanderer.“ Er wollte ein Exempel statuieren. Ein erster Anlauf im Parlament zur Durchsetzung eines beschleunigten Asylverfahrens mit der Möglichkeit rascher Abschiebung war im Mai an dem Widerstand zahlreicher Bürgerrechtsorganisationen gescheitert. Jetzt geht die Regierung aufs Ganze, und als Ende Juli das Gerücht in Umlauf gesetzt wurde, ein weiteres Schiff, das Fischerboot Walvis, sei mit Sikhs von Amsterdam aus nach Kanada unterwegs, veranlaßte Einwanderungsminister Bouchard eine tagelange Suche mit Schiffen und Flugzeugen (Kosten 1 Mio. Dollar pro Tag), um die Landung zu verhindern. Die Nachricht erwies sich dann als Ente; die Walvis lag in der Straße von Calais.

Nach derzeitiger Rechtslage gibt es bis zu sieben Instanzen, die ein Flüchtling durchlaufen kann oder muß, bis ihm die Einwanderung erlaubt wird. Das kann bis zu sieben Jahren dauern. Jetzt will die Regierung diese Stufen auf drei reduzieren und die Höchststrafe für „Menschenschmuggel“ von zwei Jahren und 2000 Dollar auf bis zu 10 Jahre und 500000 Dollar heraufsetzen. Illegale Einwanderer, die als „Sicherheitsrisiko“ eingestuft werden, sollen kein Recht auf Asylverfahren haben, sondern sofort abgeschoben werden. Wer ohne Papiere einreist, soll fast unbegrenzt eingesperrt werden können, bis seine Identität überprüft ist. Die bestehende Arbeitserlaubnis für Asylsuchende wird damit unterlaufen. Quellenhinweis: Maclean's, 3.-24.8.87 - (mfr)

Jugendkrawalle in Schweden

Stockholmer Polizei und Staatsorgane sind ratlos

Am Abend des 7. August kam es zu Auseinandersetzungen in der Stockholmer Innenstadt. Einige hundert Jugendliche hatten sich in der Straße Kungsträdsgården versammelt. Es handelt sich in der Masse um Schuljugendliche, die kurz vor dem Feriende stehen. Aus der Versammlung heraus kam es zu Auseinandersetzungen mit der Polizei des Norrmalm-distrikt. In der Nacht zum Freitag waren zunächst 60 Beamte dort im Einsatz. Das sogenannte Phänomen von Auseinandersetzungen am Ende der Ferien ist an sich nicht neu, nur fanden die bislang unter den Jugendlichen selbst statt. In diesem Jahr war neu, daß die Jugendlichen die Polizei angriffen. Außerdem wurden Geschäfte geplündert und Autos umgestürzt, sowie Molotowcocktails geworfen. Die Polizei sah als erste Reaktion nur den

Weg der Verstärkung aus anderen Distrikten, um ihrerseits der Lage Herr zu werden. In den Auseinandersetzungen der ersten Nacht wurden dann 17 junge Leute festgenommen. Die öffentliche Diskussion ging um die Ursachen des Problems; eine Antwort der Stadt ging erst um die Frage genügender Repräsentanz der Polizei in dem Innenstadtbereich Stockholms zum Ende der Ferienzeit. Dabei wurde lamentiert, daß die Polizisten zu viel Überstunden leisten müßten und gerade zu der Zeit viele selbst in den Ferien wären.

In der folgenden Nacht setzt die Polizei berittene und zivile Kräfte ein. Offiziell hatten die Polizisten den Befehl, „Ruhe zu bewahren“. Die Jugendlichen sahen das anders: Sie sollten aus dem Bereich des Kungsträdsgården vertrieben werden und setzten sich zur Wehr. So ließen die Jugendlichen ihre Wut an verschiedenen Objekten aus. Es flogen Flaschen auf Polizeiautos, zwei Geldtransporter wurden umgeworfen und ein Schickeriacafe demoliert. Als die Versammlung in Richtung Norrlandsgatan getrieben wurde, kam es fast zur Panik durch die Härte des Polizeieinsatzes.

In der Presse zitierte Polizisten waren verwundert, daß sie von den Jugendlichen als Nazischweine beschimpft werden. In der Nacht wurden insgesamt neunzehn Jugendliche festgenommen. Durch die eingesetzten Zivilen werden ihnen Sachbeschädigung und widerrechtliche Bedrohung von Beamten zum Vorwurf gemacht. In den nächsten Nächten gingen die gleichen Auseinandersetzungen vor sich. Es kam immer wieder zu Festnahmen. Am Dienstag setzte die Polizei ein neues Konzept ein: Sie trieb die Jugendlichen auf einen Friedhof und umzingelte sie dort. Nach Personalienfeststellung kamen die Jugendlichen heraus, wenn sie von ihren Eltern abgeholt wurden.

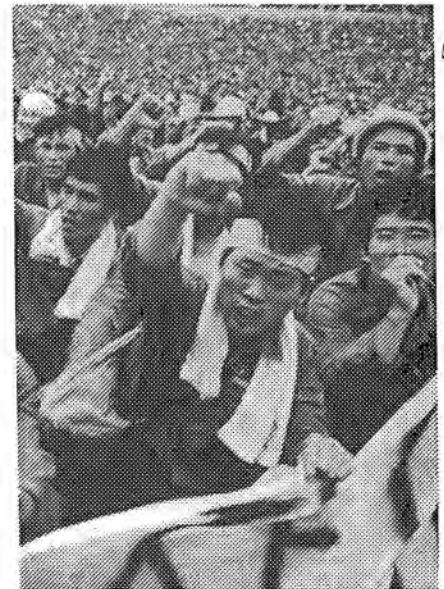
Indes verstärkte sich die Diskussion um die Maßnahmen der Polizei. Immer häufiger wurde darauf verwiesen, daß die Auseinandersetzungen am Ende der Ferien in Stockholm nicht neu wären und die massive Polizeirepräsentanz Auslöser der Zielrichtung war. In den vierziger Jahren gab es die Auseinandersetzungen im Götgatan, in den fünfziger im Berzelii Park und vor zehn Jahren versammelten sich „Mods“ am Hörorget. An allen Plätzen hat es immer sogenannte Krawalle gegeben, erzählten Ältere.

Zwei Dinge werden jetzt diskutiert: Die im Sommer geschlossenen Freizeiteinrichtungen sollen vor dem Ende der Ferien geöffnet werden und junge Sozialarbeiter tätig werden. Im Bereich staatlicher Kontrolle sollen Änderungen sein. Hier sollen öffentliche Wächter Aufgaben der Polizei wahrnehmen. Die sollen öffentliche Plätze überwachen. - (uwb)

Streikbewegung in Südkorea

Für Gewerkschaftsfreiheit, bessere Arbeitsbedingungen

Seit dem 1. Juli gab es in Südkorea über 650 Streiks, an denen sich hunderttausende Arbeiterinnen und Arbeiter von Großbetrieben bis zu Kleinbetrieben beteiligten. 50% der Streiks hatten die Durchsetzung der Streikziele als Ergebnis. Die Regierung beziffert die Verluste durch die Streiks auf etwa 500 Mio. DM. Die Forderungen der Streikenden: Erhöhung der Löhne und Gehälter um bis zu 50%, die Verkürzung der Arbeitszeit (1986 betrug nach einer ILO-Statistik die durchschnittliche Wochenarbeitszeit über 57 Stunden) sowie Gewerkschaftsfreiheit. Der politische Kampf gegen die südkoreanische



Militärdiktatur, der Ende Juni das Regime zu Zugeständnissen wie der Ankündigung freier Wahlen zwang, hat der Arbeiterbewegung in Südkorea Raum geschaffen, ihre dringendsten Forderungen zu erheben. Nach den südkoreanischen Gesetzen sind die jetzt stattfindenden Streiks allesamt illegal. Arbeitskämpfe dürfen nur von dem staatlich kontrollierten Gewerkschaftsverband FKTU bzw. seinen betrieblichen Gliederungen ausgerufen werden, und das auch nur mit staatlicher Genehmigung, die niemals erteilt wurde. Folglich gab und gibt es keine legalen Streiks, und bei allen Streiks der vergangenen Jahre riefen die Unternehmen Polizei und Armee zur Zerschlagung der Streiks. Tausende Arbeiter wurden in den letzten Jahren inhaftiert. Das Militärregime hat es aber nicht gewagt, die jetzige Streikbewegung zu unterdrücken – das Ergebnis wäre gegenwärtig nur eine weitere Verschärfung der Widersprüche in der südkoreanischen Gesellschaft.

Die enorme Ausbreitung der Streiks erklärt sich aus der unerträglichen Lage der Arbeiterinnen und Arbeiter. Die Zahl der Arbeitsunfälle insgesamt und der mit tödlichem Ausgang ist die höchste in der Welt. Die Arbeitszeiten sind weltweit die längsten. Der Stundenlohn einer Arbeiterin liegt bei umgerechnet knapp zwei DM, der eines Arbeiters bei vier DM. Lohnzahlungsrückstände von drei bis fünf Monaten sind an der Tagesordnung. Die Lohnkosten machen gerade 10% der Kosten der südkoreanischen Industrie aus. Die Hauptforderung der Streikenden ist die Forderung nach Gewerkschaftsfreiheit, konkret: die Anerkennung gewählter und nicht von dem staatlichen FKTU eingesetzter Vertreter. Unklar ist, ob die gegenwärtige Streikbewegung zum Aufbau von unabhängigen Industriegewerkschaften anstelle des FKTU führen soll; diese Position wird von vielen christlichen Basisgruppen und revolutionären Organisationen vertreten, die keine Chance zur Reform des FKTU sehen. Diese Strömungen haben in den letzten Jahren in vielen Betrieben am Aufbau einer illegalen Gewerkschaftsorganisation gearbeitet. Kirchenkreise erwägen die Gründung einer christlichen oder sozialdemokratischen Arbeiterpartei.

Die Führungszirkel der südkoreanischen Großindustrie und der im Lande vertretenen ausländischen Monopole sehen die Beseitigung der zahllosen gesetzlichen Schranken der Gewerkschaftsfreiheit inzwischen als unausweichlich an. Sie wollen aber unbedingt am Konzept der Betriebsgewerkschaften festhalten, nach dem Vorbild der am Unternehmensgewinn orientierten japanischen Betriebsgewerkschaften oder der USA. „Wir wollen von unserem heutigen Stand dorthin, wo die US-Gewerkschaften heute stehen, und wollen die Periode mit großem Gewerkschaftseinfluß überspringen,“ erklärte ein Vertreter der Planungsbehörde. – (wom)

Südafrika/Azania

Bergarbeiterstreik nach drei Wochen beendet

Der längste Streik in der Geschichte des Siedlerstaates ist am 31. August zu Ende gegangen. Nach drei Wochen Streik schlossen die Bergarbeitergewerkschaft NUM und der südafrikanischen Bergwerkskammer eine Vereinbarung ab. Danach konnte sich die NUM nicht in der wichtigen Frage des Lohnes durchsetzen; sie hatte Lohnerhöhungen um 30% gefordert. Der Abschluß sieht Erhöhungen zwischen 17 und 24% vor. Dagegen konnte die NUM Verbesserungen beim Arbeitsschutz und den sozialen

Maßnahmen erreichen, die entlassenen Bergarbeiter sollen wieder eingestellt werden. Bei Redaktionsschluß lagen die genauen Ergebnisse des Abschlusses noch nicht vor.

Der Bergarbeiterstreik war von der NUM geführt worden im Rahmen der Kampagne des Gewerkschaftsdachverbandes COSATU für einen Lohn, der zum Leben reicht. Der Vorsitzende der NUM, Cyril Ramaphosa, erklärte zum Abschluß mit der Bergwerkskammer, daß die Kraft der NUM nach drei Wochen Streik erschöpft sei. Die Lohnausfälle der Bergarbeiter während des Ausstandes betrugen täglich umgerechnet rund fünf Millionen DM. Sie verfügen über keine Streikkasse. Ihre Bankkonten sperrten die Rassisten bereits nach der ersten Woche, um den Streik in die Knie zu zwingen. Spenden von Gewerkschaften im Ausland, die über Bankkonten liefen, wurden ebenfalls einbehalten.

Desweiteren gaben die Bergwerkskapitalisten und der rassistische Staat mit ungeheuerlicher Brutalität gegen die streikenden Bergarbeiter vor. Über 10 Bergarbeiter wurden von Werksschutz oder Polizei erschossen, ca. 500 verletzt und einige hundert inhaftiert. Über 50000 Bergarbeiter wurden

entlassen, insbesondere beim größten südafrikanischen Bergwerkskonzern Anglo American. Der Terror gegen die Streikenden hatte am Wochenende vor dem Abschluß weiter zugenommen. Dazu kamen Bombenanschläge auf Büros der NUM. Mit Waffengewalt versuchten Polizei und Werksschutz, die Bergarbeiter wieder zur Arbeit zu treiben.

Für den Rassistenstaat und die Bergwerkskapitalisten war die Auseinandersetzung mit der NUM von entscheidender Bedeutung, ein Erfolg des Streiks sollte mit allen Mitteln verhindert werden, trotz hoher Verluste für die Bergwerkskapitalisten von umgerechnet über 20 Mio. DM pro Tag und Einbußen bei der Exportwirtschaft.

In Azania ist der Streik der NUM breit unterstützt worden. Der Gewerkschaftsverband von Mosambik hat sich solidarisch erklärt und die Anwerbung von Bergarbeitern als Streikbrecher untersagt. In den imperialistischen Ländern haben z.B. die finnischen Bergarbeitergewerkschaften Geld für die NUM gesammelt. Die westdeutsche Gewerkschaft Bergbau und Energie hat der NUM finanzielle Unterstützung zugesagt. – (sie)

Indien

Droht eine Dürrekatastrophe? – Wachsender Druck auf R. Gandhi

Der für Ende August 1987 geplante Besuch des indischen Ministerpräsidenten R. Gandhi in der Bundesrepublik ist kurzfristig abgesagt worden. Der Grund: Indien wird durch das Ausbleiben der Monsunregen wahrscheinlich von der größten Dürrekatastrophe seit Anfang des Jahrhunderts heimgesucht werden.

Ein weiterer Grund für das Verschieben der Reise ist sicher die latente Krise seines Kabinetts, das unter Ministerschwund leidet. Vor allem der Rücktritt des ehemaligen Finanzministers Zail Singh hat die indische Mittelklasse verstört, die bislang die Stütze der Regierung war. Singh war Korruptionsmachenschaften hoher Staats-





Seit Ende Juni befinden sich in der Türkei etwa 3500 Arbeiter der Lederindustrie im Streik. Es sollen damit Lohnerhöhungen um 20000 TL (ca. 50 DM), eine Verringerung der Wochenarbeitszeit von derzeit 45 Stunden, 9 Tage mehr Urlaub, Essensgeld, Arbeitskleidung und Schwerarbeiterzulage durchgesetzt werden. Der durchschnittliche Monatslohn in dieser Branche beträgt umgerechnet etwa 100 DM. Die Gewerkschafter sehen ihren Streik nicht getrennt vom Hungerstreik der politischen Gefangenen, sondern verstehen ihn als ihren Beitrag im Kampf um die Menschenwürde. – (han, FAU/R)

Brasilien: Schwierige Lage nach dem Generalstreik

Nach wochenlangen Verhandlungen riefen die beiden Gewerkschaftsdachverbände CUT und CGT für den 20.8. zum Generalstreik gegen die Wirtschaftspolitik der Regierung, gegen Lohnsenkungen und Massenentlassungen auf. In Rio de Janeiro und in den Bundesstaaten Bahia im Norden und Rio Grande do Sul im Süden des Landes beteiligten sich Zehntausende von Gewerkschaftern. In den anderen Landesteilen, z.B. im Industrieviertel von Sao Paulo, war die Streikbeteiligung eher gering. Dort hatte sich die Metallarbeitergewerkschaft vom Streikaufruf wegen unklarer Streikziele distanziert. Die

Regierung setzte massiv Polizei ein und wies die Forderungen bislang zurück. – (sie)

Chile: Gewerkschaftsproteste für Lohnerhöhungen

In Santiago, der Hauptstadt Chiles, demonstrierten am 19. August über 20000 Gewerkschafter für Lohnerhöhungen und gegen die Pinochet-Regierung. Hatte die Pinochet-Regierung die Demonstration noch genehmigt, so griffen Polizeieinheiten im weiteren Verlauf einzelne Gruppen an und verhafteten etliche Gewerkschaftsfunktionäre. Für den 3. September planen chilenische Gewerkschaften landesweite Proteste und Demonstrationen und am 7. Oktober einen Generalstreik. – (sie)

Namibia: RSA bereitet Verbot der Opposition vor

Polizei und südafrikanische Sicherheitskräfte führten am 18. August eine breitangelegte Verhaftungsaktion in Namibia durch. Mindestens zwölf Funktionäre der Befreiungsorganisation SWAPO sowie einige Funktionäre von Gewerkschaften, insbesondere der Minenarbeitergewerkschaft MUN, wurden verhaftet. Die Verhaftungen wurden auf Grundlage des vom südafrikanischen Generalgouverneur erlassenen Antiterrorismus-Gesetzes durchgeführt. Einen Tag nach der Verhaftung erschienen in Namibia Flugblätter mit den Köpfen der zwölf verhafteten SWAPO-Funktionäre. Sie werden darin verantwortlich gemacht für eine Bombenexplosion, die wenige Tage vorher in Windhoek stattgefunden hatte. Die SWAPO hatte angekündigt, daß sie ihre bewaffneten Aktionen um den Jahrestag der Aufnahme des bewaffneten Kampfes im August verstärken würde. Verschiedene Bombenexplosionen im Süden Namibias weisen daraufhin, daß ihr dies gelungen ist. Gleichzeitig mit den Aktivitäten der Guerrilla hat jedoch die gesamte politische Opposition in Namibia in den letzten Wochen Demonstrationen und Veranstaltungen für die Unabhängigkeit und Befreiung durchgeführt. Die Bergarbeiter in drei Kupferminen streiken seit Anfang Juli, die Metallarbeiter führten im Juli einige Streiks durch. Zu den Forderungen der Streikenden gehört auch die nach Unabhängigkeit Namibias. Die Aktionen der Opposition sind bisher halblegal, die Organisationen nicht verboten. Die breitflächige Verhaftungsaktion deutet darauf hin, daß die Besatzungsmacht den halblegalen Status der oppositionellen Kräfte vollständig beseitigen will. – (uld)

beamter auf die Spur gekommen, hatte zur Aufdeckung aber eine US-Detektei beauftragt. Die Kongress-Partei schmiß ihn raus, so daß er jetzt erfolgreich an der Bildung einer bürgerlichen Opposition gegen die Gandhi-Regierung basteln kann. Drei weitere Minister wurden von R. Gandhi aus der Kongress-Partei ausgeschlossen.

Nach der für die Kongress-Partei verheerenden Niederlage bei der Wahl im Bundesstaat Haryana muß R. Gandhi feststellen, daß er bislang keine einzige Regionalwahl seit seinem Amtsantritt gewonnen hat.

R. Gandhi hatte bei seinem Amtsantritt verkündet, sein oberstes Ziel sei der Kampf gegen Hunger und Armut; tatsächlich aber legte er den Schwerpunkt seiner Regierungstätigkeit auf die Entwicklung der Wirtschaftsliberalisierung und Moderni-

sierung der Industrie. Dies wohl vor allem im Vertrauen auf eine stetig steigende landwirtschaftliche Produktion.

1960 begann mit Hilfe der US-amerikanischen Stiftungen „Ford“ und „Rockefeller“ die Modernisierung der indischen Landwirtschaft. Eine „Grüne Revolution“ sollte den Hunger beseitigen. Das Programm empfahl neue Getreidesorten, die auf künstlich bewässerten und gedüngten Feldern deutlich höhere Erträge bringen sollten. Die Umstellung wurde aber erst für Flächen und Betriebe ab 2,5 ha gefördert, so daß eine große Zahl kleiner Pächter und Bauern gar nicht in den Genuß dieser Zuwendungen kam.

Allerdings wurde Indien in den folgenden Jahren tatsächlich von Lebensmittelimporten unabhängiger.

Die Nahrungsmittelproduktion, die noch 1950 51 Millionen Tonnen betragen hatte, wuchs bis 1980 auf 155 Millionen Tonnen im Jahr. Die Zahl der unter der Armutsgrenze lebenden Inder und Inderinnen nahm trotzdem weiter zu. Die „Landlords“ profitierten von dieser Landreform, die Kleinbauern erstickten in Schulden, mußten ihr Land aufgeben und sich als Pächter oder Saisonarbeiter verdingen. In den Jahren 1961 bis 1971 stieg der Anteil der Landlosen (Landarbeiter) an der Zahl aller in der Landwirtschaft Beschäftigten von 30% auf 40%. 70% bis 80% der ländlichen Haushalte gelten als verschuldet. Wucherzinsen von 40% bis 60% im Jahr sind nicht selten. Während die Landbevölkerung Hunger leidet, exportiert Indien landwirtschaftliche Produkte wie Tee, Viehfutter, Frischfleisch, Öl-

Zimbabwe: „weiße“ Parlamentssitze abgeschafft

Das Parlament von Zimbabwe hat jetzt mit der benötigten Zweidrittelmehrheit eine Verfassungsänderung beschlossen, nach der die Reservierung von 20 Parlamentssitzen für Weiße abgeschafft wird. 78 der 100 Abgeordneten, darunter die ZAPU- und ZANU-Abgeordneten, stimmten bei keiner Gegenstimme für die Änderung der Verfassung von 1979. Künftig sind „weiße“ Listen verboten. Drei der insgesamt 20 weißen Parlamentarier wollen der ZANU beitreten. – (sie)

VR Polen: Vorstöße für Privatisierung

Eine „Charta des privaten Unternehmertums“ haben polnische Ökonomen auf einer Sitzung der Volkswirtschaftlichen Sektion an der Katholischen Universität Lublin verabschiedet. Darin fordern sie eine weitgehende Privatisierung der polnischen Volkswirtschaft. Die „Privatwirtschaft“ wird von ihnen in den Rang von Grundrechten erhoben und als effektivste Wirtschaftsform angepriesen. Angeblich wären dem Land die Wirtschaftskrisen nach dem Krieg erspart geblieben, hätte es Privatwirtschaft gegeben. – Etwa zeitgleich zu diesem Plädoyer für Kapitalismus in Polen veröffentlichte die Juristenzeitschrift „Prawo i Zycie“ (Recht und Leben) eine Repräsentativumfrage unter polnischen Arbeitern und Betriebsdirektoren zur Privatisierung. Positive Stimmen gab es dabei für eine Privatisierung des Handwerks (91% der Arbeiter, 96% der Direktoren) und des Einzelhandels (78% bzw. 87%) sowie der Kleinindustrie (61%, 67%). Keine Mehrheit fand sich hingegen für eine Privatisierung von Banken und Groß-

betrieben. Eine Privatisierung der Banken wurde von 22% der Arbeiter und 21% der Direktoren befürwortet, hinsichtlich der Großbetriebe lag der Anteil mit 23% bzw. 13% noch niedriger. – (brb)

Mehr Tote und Verletzte in britischen Fabriken

Mit langer Verzögerung veröffentlichte die britische Regierung jetzt die Arbeitsunfallstatistik für das Jahr 1985. Insgesamt 12067 Beschäftigte erlitten schwere Verletzungen, 17,9% mehr als 1984. Die Zahl der Todesopfer stieg um 13,4% auf 329. Der

Bericht für das Jahr 1986 soll in drei Monaten vorliegen, „er wird keine Umkehrung des Trends enthalten“, erklärte der leitende Fabrikinspektor David Eves. Die Regierung Thatcher verringerte die Zahl der Fabrikinspektoren im Außendienst seit 1980 von 740 auf 560. Nur 8% aller Arbeitsstätten Großbritanniens wurden im Berichtsjahr 1985/86 kontrolliert, und die Fabrikinspektoren untersuchten nur noch 11200 Unfälle verglichen mit 18800 vor sieben Jahren. Die Zahl der Anklagen aufgrund dieser Untersuchungen fiel von 1427 auf 1265. – (hef)



Ende August kam es bei Demonstrationen in Nouméa, der Hauptstadt des französischen „überseeischen Territoriums“ Neu-Kaledonien, zu Auseinandersetzungen zwischen den kanakischen Demonstranten und französischem Militär und Polizei (z.Zt. sind 7000 französische Soldaten dort stationiert). Selbst die französischen Sozialisten protestierten gegen deren Brutalität (Bild), während Chirac von einem „normalen Vorgang“ sprach. Die Befreiungsbewegung Neu-Kaledoniens (= Kanakry), FLNKS, prangerte den französischen „Rassismus und Kolonialismus“ an. Anlaß der Demonstrationen ist das für den 13.9.87 geplante Referendum über die Unabhängigkeit des Landes. Die FLNKS ruft zum Boykott auf. Ein Drittel der Bewohner sind französische Kolonialisten, die für den Verbleib bei Frankreich sind. – (sur)

samen u.a. – im Haushaltsjahr 1984/1985 für 15 Milliarden Rupien (rund vier Milliarden DM), vor allem, um Kredite zu tilgen. Gleichzeitig hat R. Gandhi kaum bzw. wenig in die Lagerhaltung investieren lassen, so daß zum Teil Nahrungsmittel nicht entsprechend gelagert werden können. Die Wetterabhängigkeit der indischen Landwirtschaft wurde durch die „grüne Revolution“ nicht überwunden.

„New Age“ (Zeitung der CPI, Kommunistische Partei Indiens) schreibt: „Die Regierung sagt, daß sie die gegenwärtige Krise mit 23 Millionen Tonnen gelagerten Nahrungsmitteln meistern will.“ Einige Beispiele zur tatsächlichen Situation: Die Inflationsrate hat sich erhöht. Am 18. Juli 1987 stand sie bei 5,5% gegenüber 4% im letzten Jahr. Die Wasserspiegel der

47 Hauptreservoirs im Land sind extrem gefallen. Sie haben nur 70% der Menge, die sie im Juli des letzten Jahres hatten, und die Abnahme geht weiter. Die Produktion von Jute und Baumwolle ist schwer geschädigt und wird niedriger sein als im letzten Jahr. Die Preise für Nahrungsmittel haben sich um 5,24% gesteigert zwischen März und Juli gegenüber 2,24% in der gleichen Periode des letzten Jahres. „New Age“ geht davon aus, daß eine wesentliche Ursache für das Ausbleiben der Monsunregen die Abholzung der Wälder in Nordindien ist.

Auf der Seite der Opposition gibt es derzeit verschiedene Strömungen. Auf dem Land hat sich inzwischen vor allem auf der Ebene der Er kämpfung von Mindestrechten eine breite soziale Bewegung gebildet, die aber nur sehr vereinzelt politischen, über eine

bestimmte Region hinausgehenden Charakter annimmt. Hier sind revolutionäre und soziale Organisationen der Bauern tätig. Die CPI und CPM haben sich mit der Unterstützung für Gandhis Außenpolitik darauf eingelassen, Gandhis Politik zum Teil mitzutragen. Augenblicklich zeichnet sich ab, daß sie angesichts der bevorstehenden Dürre ein „nationales Zusammengehen aller Kräfte“ propagieren. Zuletzt versucht Zail Singh, sich gegenüber der Zentralregierung zu profilieren, indem er alte Inhalte des Regierungsprogramms aufgreift. So kann es aber passieren, daß R. Gandhi trotz starker Opposition weiter Politik machen kann.

Quellenhinweis: Neue Zürcher Zeitung, 10.8.87; Frontier, div. Ausgaben Juni, Juli und August 1987; New Age, Organ der CPI, 16. August 1987. – (cog)

– Veröffentlichungen –

13 Thesen der NGG: gesunde Lebensmittel in gesunder Umwelt

Die Gewerkschaft Nahrung, Genuß, Gaststätten hat vor kurzem 13 Thesen zu „gesunden Lebensmittel in einer gesunden Umwelt“ verabschiedet, die in der Frankfurter Rundschau vom 1. August dokumentiert sind. Darin legt die NGG ein Bekenntnis zu sozialdemokratischer Umweltpolitik und Arbeitsplatzphilosophie ab. Die Erwartung, die NGG würde in ihren Thesen zumindest einige Aussagen machen zu den Belastungen und den Arbeitsbedingungen der Beschäftigten in den Branchen Nahrung, Genuß und Gaststätten und entsprechende Forderungen gegen Kapitalisten und Regierung erheben, erfüllt sich weitgehend nicht. Regelrecht penetrant versucht die NGG zu vermeiden, die Verursacher von Umweltzerstörung und die Verantwortlichen für schlechte Nahrungsmittel usw., die Kapitalisten, überhaupt zu benennen. Vielmehr beschwört sie mit „Wir-Formulierungen“ die Verantwortung „aller“ und findet sich mit Forderungen nach grenzüberschreitenden Umweltschutzmaßnahmen, Umweltschutzabkommen zwischen Ost und West, einheitlicher EG-Gesetzgebung und dem Ausbau von Importkontrollen in der Nähe von Kapitalisten und Regierung, z.B. „Das deutsche Lebensmittelrecht ist gut“. Daneben zeigt die NGG in ihren Thesen aber auch völlig richtig verschiedene Auswirkungen der Umweltzerstörung nebst der Verseuchung von Nahrungsmitteln auf und fordert z.B. die Umkehr der Beweislast bei Umweltschäden, bessere Kontrolle von Unternehmen zur Einhaltung geltender Gesundheits- und Umweltschutznormen. – (sie)

Billige Wohnungen statt Kasernen und Panzer

Die IG Metall erörtert seit etwa fünf Jahren in größerem Umfang, ob und wie es möglich sein kann, die Rüstungsproduktion auf zivile Güter umzustellen, so daß zwar weniger Militärisches produziert wird, aber dennoch keine Arbeitsplätze verlorengehen. In mehreren Betrieben der Rüstungsindustrie sind Arbeitskreise der IG Metall tätig, die sich mit „Alternativer Fertigung“ befassen. Im Auftrag der IG Metall hat ein Autorenkollektiv mehrere Studien durchgeführt, um eine Antwort zu finden. Dabei gehen die Autoren – ähnlich wie die IG Metall – davon aus, daß die Rüstungsindustrie in der BRD erstens in den nächsten Jahren sowieso schrumpfen wird, weil die Neuausrüstung der Bundeswehr nicht mehr so schnell ansteigt wie in den vergangenen Jahrzehnten, daß zweitens auch

dort, wo immer noch hohe Steigerungsraten anzutreffen sind, wie in der Militärelektronik und beim Bau von Zusatzausrüstungen, dies nicht ausreicht, um die vorhandenen Arbeitsplätze zu sichern, und drittens vermehrter Export von militärischen Gütern weder erwünscht noch – wegen krisenhafter Entwicklungen in der Welt – tatsächlich sicher ist. Die Kritik an den Rüstungsbemühungen der BRD ist also äußerst schwach entwickelt und erkennt auf jeden Fall ein „Verteidigungsbedürfnis“ der westdeutschen Imperialisten an, auch wenn die Autoren gleichzeitig für Abrüstung auch bei konventionellen Waffen eintreten. Aktuell fordern sie: „Als erster Schritt einer an Entspan-



Kriegsschiffbau: Werftenkrise wegen zu wenig Rüstungsaufträgen?

nung und Abrüstung orientierten Politik können die Rüstungsausgaben für zunächst fünf Jahre ‚eingefroren‘ werden.“ Dabei sollen vor allem im Personalbereich (keine Verlängerung der Wehrpflicht) Ausgaben eingespart, nur bestimmte Beschaffungen weitergeführt und andere für zivile Zwecke eingeplant werden. Unter diesen Umständen sehen die Verfasser keine Schwierigkeiten für die Umstellung in den Rüstungskonzernen:

- Die großen Rüstungskonzerne sind ... auch in vielen zivilen Bereichen erfolgreich am Markt. Das heißt, Umstellungsprojekte können an vorhandenen Strukturen und Erfahrungen anknüpfen.

- Große Waffensysteme sind aus einer ganzen Reihe von einzelnen Subsystemen und Komponenten zusammengesetzt ... Das heißt, es ist nicht nötig, für das Gesamtsystem eine produktionstechnisch vergleichbare Alternative zu finden.

Im Fall eines Einfrierens der Militärausgaben ... sind finanzielle Mittel vorhanden, um Märkte bzw. Nachfra-

ge für neue Güter und Dienstleistungen zu schaffen. Es wäre möglich, ein umfangreiches öffentliches Investitionsprogramm für „alternative“ Güter aufzulegen.“

Das Verfahren ist eine klassische sozialdemokratische Vorstellung von Wirtschaftslenkung. Die Autoren bleiben auf die Rüstung beschränkt, ohne sich mit dem Problem, warum Expansion stattfindet, die die Imperialisten verteidigen wollen, zu befassen. Im Gegenteil, ohne es auszusprechen kalkulieren die Autoren mit ein, daß internationaler Warenaustausch und westdeutsche Waren- und Kapitalexporte in alle Welt für die Existenz der Wirtschaft und der Arbeitsplätze nötig sind. Interessant sind die Studien der Verfasser über einzelne Rüstungsbetriebe, aus denen sie die Schlußfolgerung ziehen, daß weder besondere Qualifikation der Beschäftigten erforderlich noch ein allzu spezialisierter Produktionsapparat nötig ist. Kurz: Rüstungsproduktion kann in diesen Betrieben stattfinden, muß aber nicht. Gleiches gilt aber auch für „zivile“ Produktionsstätten.

(K. Schomacker, P. Wilcke, H. Wulf, Alternative Produktion statt Rüstung, Bund-Verlag, 38,- DM – uld)

DGB-Studie zur Gesundheitspolitik

Ausgangspunkt der Studie der Gesundheitspolitischen Strukturkommission beim DGB-Bundesvorstand ist der Zusammenhang zwischen Arbeitsbelastung und Krankheit, sowie die Kumulation von Krankheitsfaktoren aufgrund von Berufstätigkeit, mangelnder Reproduktion und Umweltbelastungen. Die Studie geht davon aus, daß die Verlagerung des Krankheitsgeschehens von Infektionskrankheiten auf chronische Krankheiten und Pflegebedürftigkeit in unmittelbarem Zusammenhang steht mit wachsender Arbeitsbelastung und geringem Einkommen. Die Struktur des Gesundheitswesens würde dieser Entwicklung nicht Rechnung tragen.

Eine Schwerpunktverlagerung von kurativer auf primäre präventive Medizin (Beseitigung krankmachender Arbeits- und Lebensbedingungen) würde durch die „Anbieterdominanz“ von niedergelassenen Ärzten, Krankenhäusern etc. verhindert. Diese entwickelten eine expansive Eigendynamik. Folge sei teilweise Überversorgung mit kurativer Medizin und Verhinderung der Schwerpunktverlagerung auf primäre präventive Medizin.

Gegenüber der Anbieterdominanz müsse die Position der Versicherten gestärkt werden, in erster Linie durch Stärkung der Kassen. Daß die Politik der Sozialen Krankenversicherung nicht durch die Versicherten selber, sondern fast vollständig durch gesetzliche Vorschriften und durch faktische Mehrheit der Kapitalisten in den

Selbstverwaltungsorganen bestimmt wird, konstatiert die Studie zwar, weckt aber die falsche Hoffnung – weil Vorbeugen nicht nur besser, sondern auch billiger als Heilen sei – die Kapitalisten für eine „vernünftige“ Gesundheitspolitik gewinnen zu können. Statt die Angehörigen der Gesundheitsberufe für eine Front mit den Versicherten gegen kapitalistische Gesundheitspolitik zu mobilisieren, will der DGB-Bundesvorstand mit den Kapitalisten gegen hohe Einkommen von Ärzten und „unwirtschaftlich“ geführte Krankenhäuser zu Felde ziehen.

(Der solidarischen Gesundheitssicherung die Zukunft, Bund-Verlag, 249 S., 18,- DM – kar)

„Der Spezialist“ gegen „Terrorismus“

„Der Spezialist“, Untertitel: Geheimaktionen gegen den Terrorismus. Autor: Gayle Rivers (ein Pseudonym). Verlag: Ehrenwirt. Auf dem Büchermarkt der BRD ist ein neues Enthüllungsbuch erschienen, das jeder, der politisch arbeitet, lesen sollte. Der Autor stellt sich selbst als Spezialist für Anti-Terrorbekämpfung dar, der für Regierungen überall auf der Welt arbeitet. Als biederer Geschäftsmann in der Schweiz lebend, reist er auf Anruf in den Libanon, nach Irland, Südafrika, oder auch für die BRD mal eben zwischen den Grenzen von Frankreich nach Deutschland, irgendwo auf der Autobahn mordend für das BKA. Vom BKA sagt Gayle Rivers wörtlich: „Das BKA war zufrieden mit dem Ergebnis der Operation, und ich war es ebenfalls, weil ich endlich mit einer Behörde zusammengearbeitet hatte, die Terroristen so anfaßt, wie sie es verdienen.“ An anderer Stelle beklagt er die mangelnde Bereitschaft von Regierungen, sich seinen Plänen anzuschließen, und für die USA hat er maßgeblich an der Ausweitung der Antiterrorismusbekämpfung gearbeitet. Gayle Rivers, der von sich selbst sagt, daß er sich im militärischen Bereich am wohlsten fühlt, seine Spezialaufträge ihm die liebsten sind und das hohe Lied der Kameradschaft singt, ist ein Killer. Freimütig bekennt er, daß es die „Terroristen“ sind, die er am meisten haßt. Und seine Mordkommandos legitimiert er als berechtigten Kampf für Demokratie und Freiheit. Nach seinem Bekenntnis geht es ihm bei den Enthüllungen der Killeraktionen im wesentlichen darum, die Völker der Welt zu beruhigen, daß es im Gegensatz zum öffentlichen Schein eine effektive „Terroristen“-Bekämpfung gäbe, die sich aber im Geheimen abspielt. Dies Buch, das vor Blut nur so trieft, wie ein reißerischer Krimi geschrieben ist, liegt z.Zt. tischweise in den bürgerlichen Buchhandlungen aus und findet reißenden Absatz. (ils)

Lastwagenverkehr

Schwere Unfälle, aber keine Maßnahmen zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen

Die ÖTV, in der ein Teil der im gewerblichen Güterverkehr tätigen Fernfahrer organisiert sind, hat nach dem Unfall von Herborn erneut versucht, ihre Forderungen zur Erhöhung der Sicherheit der Fahrer und der anderen Verkehrsteilnehmer in die öffentliche Diskussion zu bringen. In Herborn war ein 47-jähriger LKW-Fahrer mit einem mit Benzin beladenen Tanklastzug in ein Haus gerast, das Benzin hatte sich entzündet. Der Fahrer ist schwer verletzt, sechs weitere Leute starben an den Verletzungen. Der Wagen des Fahrers, ein von Daimler-Benz gebauter Lastzug, war gerade zwei Monate alt und mit dem elektronischen Schaltsystem EPS von Daimler-Benz ausgerüstet. Der Fahrer gibt an, die Bremsen des Wagens hätten versagt und außerdem hätte er aufgrund eines Defekts im EPS nicht mit dem Motor bremsen können, so daß er nicht wie geplant auf die Autobahn auffahren konnte, sondern den Lastzug über die stark geneigte Straße in den Ort Herborn gelenkt hätte. Die überhöhte Geschwindigkeit hat den Wagen aus der Kurve in das Haus getrieben.

Die ÖTV konzentriert sich nicht allein auf den Transport gefährlicher Güter, sondern vertritt die Auffassung, daß Mindestbedingungen sowohl für den Personen- wie für den Gütertransport gelten müssen: Sie fordert erstens, daß Fahrer gefährlicher Güter einen Sonderführerschein haben müssen und nicht, wie bislang vorgeschrieben, nur eine zwei- bis fünftägige Zusatzausbildung. Zweitens

fordert sie, daß Berufskraftfahrer ein Lehrberuf sein soll, den nur ausüben darf, der die erforderliche Ausbildung hinter sich gebracht hat, und nicht nur über einen Führerschein Klasse 2 verfügt. Nur noch besondere Speditionen sollen Konzessionen für den Transport gefährlicher Güter erhalten, in den Speditionen sollen Gefahrgutbeauftragte für Transportgut, -zeiten und Fahrtroute verantwortlich sein. Insbesondere kritisiert die ÖTV jedoch die Arbeitszeitregelungen im Güterfernverkehr: Das Arbeitszeitgesetz gilt weitgehend nicht, sondern das Fahrpersonalgesetz. Das ist insofern wichtig, als sich die gesetzlichen Bestimmungen auch auf selbständige Fahrer erstrecken. Im September letzten Jahres sind im Rahmen der „Harmonisierung“ in der EG die erlaubten Lenkzeiten für LKW-Fahrer verlängert worden. Seitdem dürfen Fahrer bis zu zwölf Stunden täglich arbeiten, davon neun Stunden reine Fahrzeit, an zwei Tagen in der Woche darf die Fahrzeit zehn Stunden betragen, innerhalb von zwei Wochen darf sie 90 Stunden nicht überschreiten. Die Fahrer müssen nach viereinhalb Stunden eine Fahrtunterbrechung von mindestens 45 Minuten einlegen, wenn sie nicht die viereinhalb Stunden durch jeweils drei Fahrtunterbrechungen von 15 Minuten aufgeteilt haben. Diese Fahrtunterbrechungen müssen keine arbeitsfreie Zeit sein, Be- und Entladen gilt ebenfalls als Fahrtpause. Für den Personenverkehr gelten nach wie vor die im Fahrpersonalgesetz festgelegten Arbeitszeiten: Neun Stunden



Zeitplanung auf die Minute, ein Teil der Lagerhaltung wird auf die Straße verlegt: Die LKW-Fahrer müssen unter hohem Zeitdruck arbeiten.

Fahrzeit täglich, eine Mindestpause von 30 Minuten nach vier Stunden. Für alle Fahrer gilt, daß die Mindestruhepause zwischen zwei Fahrtagen nicht mehr als acht Stunden betragen muß. Sonntags- und Nachtarbeit sind nicht verboten. Die ÖTV wendet sich insbesondere gegen die Fahrtunterbrechungsregelungen, die vielfach dazu führen, daß die Fahrer überhaupt keine Arbeitspause im Verlaufe eines Tages haben. Außerdem kämpft sie gegen die bereits beschlossene Verlängerung der Lenkzeiten durch die EG-Sozialvorschrift, sie will eine Höchstlenkzeit von acht Stunden am Tag durchsetzen. (1)

16-Stunden-Tag, keine Nachtruhe sind üblich

Die Fernfahrer sind schon heute rüdnösen Arbeitsbedingungen unterworfen, Verstöße gegen die gesetzlichen Vorschriften kommen häufig vor. So berichtet ein LKW-Fahrer in einem Leserbrief an den „Kölner Stadt-Anzeiger“:

„Waren früher die Fahrzeuge bei längeren Strecken mit zwei Fahrern besetzt, so fährt heute häufig nur einer. Prämien veranlassen den Fahrer trotz Müdigkeit und Lenkzeitüberschreitung noch dazu, eine weitere Ab- oder Beladestelle anzufahren: der niedrige Tariflohn von 11,76 DM brutto zwingt die Fahrer zu vielen Stunden ... Beliebt ist auch das Spiel: zwei LKWs, drei Fahrer. Durch Rotieren der Fahrer auf den Fahrzeugen wird zwar die Lenkzeit eingehalten, zum Schlaf jedoch kommt kaum einer: zumal dann, wenn einer den Fahrkünsten des anderen mißtraut, bleibt immer ein Auge auf.“

Auch Polizei und Gewerbeaufsichtsämter berichten ständig von Verstößen gegen die gesetzlichen Vorschriften. Die verschärften Überprüfungen nach den großen LKW-Unfällen der letzten Jahre brachten ans Licht, daß mindestens ein Viertel bis ein Drittel der Fahrer zu schnell fährt und zu lang hinter dem Steuer sitzt, daß die technischen Mängel an den Fahrzeugen groß sind. Zur Kasse gebeten werden in den meisten Fällen die Fahrer, selten müssen die Verantwortlichen, die Speditionsunternehmen oder die Auftraggeber, die die Fahrer zu solchen Arbeitsbedingungen zwingen, zahlen. (1)

BDF will mehr „Wettbewerbsvorteile“

Der Bundesverband des Güterfernverkehrs (BDF) äußerte nach dem Unfall von Herborn, einer der Hauptgründe für die großen und schweren Unfälle im Transportwesen in der BRD seien die Wettbewerbsnachteile für westdeutsche Fuhrunternehmer gegenüber ihren europäischen Konkurrenten. Deshalb würden vielfach gesetzliche Vorschriften umgangen. Tatsächlich

stehen die westdeutschen Spediteure, was Gewinne und Transportkilometer angeht, an der Spitze in Europa. Nach einem Bericht der Bundesanstalt für Güterfernverkehr haben sie 1986 ihre Erträge um 5,2% steigern können, doppelt soviel z.B. wie niederländische oder italienische Unternehmen. Tatsächlich haben die Spediteure wohl eher einen Wettbewerbsvorsprung. Dennoch läßt sich auch die ÖTV auf dieses Konkurrenzargument der Kapitalisten ein und beklagt die unterschiedlichen Bedingungen in den europäischen Staaten. (2)

Zweitens führt der BDF an, die Konkurrenz würde die Firmen zwingen, technisches Gerät einzubauen, das den Verschleiß der Lastwagen senkt: Also lieber ein EPS von Daimler, das zwar den Getriebe-Verschleiß senkt, aber z.B. anfällig auf Störungen durch Funk ist, weshalb die Bundeswehr das System nicht benützt. Oder



Auch solche Arbeit gilt als „Lenkzeitpause“.

eher ein Antiblockiersystem, daß den Ruin eines ganzen Satzes neuer Reifen bei einer Vollbremsung verhindert, aber die Anwendung von wirkungsvollen Bremsverfahren, die erfahrene und ausgebildete Fahrer schon lange benutzen, unmöglich macht. (3)

In den nächsten Jahren werden mit der sogenannten Liberalisierung des EG-Verkehrs, die in fünf Jahren stattfinden soll, die Anforderungen an die Fahrer erhöht, weil der Gütertransport auf der Straße noch weiter zunehmen wird. Die von den Monopolen erzwungene Arbeitsteilung zwischen den EG-Staaten und -Regionen bringt mit sich, daß immer mehr Rohstoffe, Halbfertigwaren, Nahrungs- und Futtermittel kreuz und quer durch Europa transportiert werden müssen, um weiterverarbeitet zu werden oder in den örtlichen Handel zu gelangen. Da die Kapitalisten mit kurzen Transport-

zeiten die Kosten niedrig halten wollen, und über ein flexibles Transportsystem das Tag und Nacht zu jedem beliebigen Ort einsetzbar ist, verfügen wollen, wird der private Lastverkehr mit dem Auto gegenüber dem Schiff- und Bahntransport noch weiter zunehmen.

Auch für die ÖTV ist absehbar, daß die Bundesregierung die Vorschriften über Arbeitszeit und -bedingungen für den gewerbsmäßigen Straßenverkehr nicht verbessern wird, sondern im Rahmen der „EG-Harmonisierungen“ weitere Verschlechterungen eintreten werden. Bereits das jetzt vorgelegte Arbeitszeitgesetz sieht, soweit es überhaupt für die Fahrer zutrifft, vor, daß Nacht- und Sonntagsarbeit im Verkehrswesen weiter ausgedehnt werden können.

Verbot von Prämien-, Nacht- und Sonntagsarbeit

Die Forderungen der ÖTV nach einer Berufsausbildung für Kraftfahrer zielen darauf ab, die Konkurrenz unter den Fahrern zu schwächen. Wenn der Kapitalist nicht mehr über die Möglichkeit verfügt, dem Fahrer die Entlassung anzudrohen, wenn er die knappen Fahrzeiten nicht einhält, weil der Kapitalist ausgebildete Fahrer beschäftigen muß, wäre tatsächlich für die Fahrer etwas gewonnen. Die Forderung ist jedoch sehr schwer durchzusetzen, denn die Kapitalisten sind an einer solchen Regelung überhaupt nicht interessiert. Zum zweiten nimmt die Zahl der selbständigen Fahrer, die zwar einen LKW besitzen, aber tatsächlich abhängig sind von einer Spedition, immer mehr zu. Die ÖTV schätzt, daß z.B. bei der bundesbahneigenen Schenker & CO GmbH nur noch die Hälfte der LKWs dem Unternehmen gehören, der Rest Fahrern, die sich verpflichten, für das Unternehmen zu fahren. Für selbständige Gewerbetreibende aber sind die Ausbildungsvorschriften in der BRD außer bei akademischen Berufen äußerst dünn. Verwunderlich ist, daß die ÖTV sich überhaupt nicht mit dem Problem akkordähnlicher Lohn- und Verrechnungssysteme befaßt. Ein Verfahren jedoch, das die Fahrer zwingt, die Niedriglöhne durch Schnellfahren und lange Arbeitszeiten aufzubessern, muß verboten werden. Ebenfalls erhebt die ÖTV keine Forderungen gegen die Nachtarbeit, die hier üblich ist, obgleich die Unfallhäufigkeit trotz geringeren Verkehrsaufkommens nachts noch höher ist als tagsüber im LKW-Verkehr. Eine Anpassung der Arbeitszeiten an die gesetzlich allgemein vorgeschriebenen wäre schon nützlich.

(1) Untersuchung der Abteilung privater Transport und Verkehr beim Hauptvorstand der ÖTV v. Januar 1987; (2) Rheinischer Merkur v. 28.8.87; (3) Handelsblatt v. 21.7.87 (uld)

Diesjährige Ausländerwoche für mehr Rechte

Die Woche der ausländischen Mitbürger, die jährlich von DGB und Kirchen veranstaltet wird, steht dieses Jahr unter dem Motto „Gemeinsam leben – gemeinsam entscheiden“. Damit hat sie einen eindeutigen Bezugspunkt für mehr Rechte, was auch sehr deutlich in den Thesen des ökumenischen Vorbereitungsausschusses von Seiten der Kirchen zum Ausdruck kommt. Zu den wichtigsten genannten Forderungen zählen u.a.:

– Ausländische Arbeitnehmer sind in den Gremien der Personal- und Betriebsverfassungsorgane angemessen zu beteiligen. Eine entsprechende Gleichstellung im Personalvertretungsgesetz in allen Bundesländern wird gefordert.

– Gewährung des passiven Wahlrechts zu den Selbstverwaltungsorganen des sozialen Sicherungssystems. – Ausländischen Arbeitnehmern und ihren Familienangehörigen sollte nach mehrjährigem Aufenthalt zumindest das kommunale Wahlrecht eingeräumt werden. Ausländerbeiräte können dafür kein Ersatz sein.

Die Ausländerwoche findet bundesweit vom 27.9. – 3.10. statt. – (rac)

Asylbewerber in Lebensmittelgeschäft erwürgt

Tübingen. 19.8.1987: Als der zwanzigjährige iranische Asylbewerber Kiomars Javadi die Pfannkuch-Filiale Karlstraße durch den Hinterausgang verlassen wollte, wurde er von drei Angestellten des Lebensmittelgeschäftes tödlich angegriffen, des Warendiebstahls bezichtigt, zu Boden geworfen und zehn Minuten in den Würgegriff genommen, bis er erstickt war. Die Täter wurden nicht verhaftet. Auch ermittelt die Staatsanwaltschaft lediglich wegen Körperverletzung mit Todesfolge. Mehrere Protestkundgebungen und Demonstrationen haben inzwischen stattgefunden. Die Pfannkuch-Filiale mußte ihre Tore schließen. Die Geschäftsleitung ließ das Geschäft mit Preßspannplatten vernageln: „Wegen Umbau geschlossen“. An den Fenstern kleben Plakate: „Nicht wegen Umbau, sondern wegen Mord geschlossen“. Die Tübinger Zeitung „Schwäbisches Tageblatt“ berichtete über den Trauer-Demonstrationszug, der am 26.8. durchgeführt wurde, unter der Überschrift „Ein Opfer geschürter Ausländerhetze“. An der Demonstration beteiligten sich 2000. Auf der Abschlußkundgebung wurde die Bundesregierung kritisiert, sie sei mitverantwortlich für die Verfolgung und Flucht vieler Iraner. Ihre Asylpolitik schüre Rassenhaß. Gefordert wurde u.a. die Abschaffung von Sammellagern und anderen Zwangsmaßnahmen gegen Asylsuchende. – (gba)



Bielefeld. Nach einer Woche hat eine Gruppe von Sympathisanten der Nationalen Befreiungsfront Kurdistans ERNK ihren Hungerstreik abgebrochen. Sie wollten mit dieser Aktion gegen Hausdurchsuchungen bei kurdischen Vereinen, die der Kurdischen Arbeiterpartei (PKK) nahestehen, und gegen die Beschlagnahme von 700000 DM durch die Bundesregierung protestieren. – (roh)

Unterschriftenliste gegen faschistische Kandidaturen

Pinneberg. Bei der Kreiswahlausschusssitzung wurden dem Kreiswahlleiter über 500 Unterschriften des Antifaschistischen Bündnisses Elmsborn (DKP, VVN, Volksfront, WGE), welche die Nichtzulassung faschistischer Kandidaturen zu den Landtagswahlen und die Auflösung dieser nach den Kontrollratsgesetzen forderte, überreicht. Die Verlesung des Antrages, der diese Forderungen ausführlich begründete, wurde abgebügelt, da ja keine faschistischen Wahlvorschläge vorliegen würden. Ein diesen Umstand berücksichtigender Antrag, der die Kompetenz des Kreiswahlleiters, solche Wahlvorschläge als einen Akt verbotener Wiederbetätigung zu behandeln, feststellte, wurde auf Intervention des stellvertretenden Landrates Anders (SPD) mit der gleichen Ausrede gegen die Stimme des Vertreters der Grünen abgelehnt. Die Aufnahme dieses Antrages mit schriftlicher Begründung ins Protokoll konnte Anders nicht verhindern. – (arr)

Presseerklärung gegen AIDS-Politik

Nürnberg. Anfang Juli hat die Große Strafkammer des LG Nürnberg/Fürth die im März erhobene Anklage gegen einen seit Februar in U-Haft abgesonderten, an AIDS erkrankten US-Bürgers zur Verhandlung zugelassen. Er soll durch Geschlechtsverkehr eine versuchte gefährliche Körperverletzung begangen haben. Das Nürnberger „Komitee AIDS und Menschenrechte“ wertete die Behandlung des Erkrankten in einer Presseerklärung als „Absonderungs- und Entrechtungsmaßnahme“. Es heißt dort: „... Im Rahmen der Ermittlungen machten Ärzte Aussagen, ohne von ihrer Schweigepflicht entbunden worden zu

sein. Beamte der Mordkommission suchten erst nach der Verhaftung nach Belastungszeugen, die mit dem Hinweis eingeschüchtert wurden, jeder, der mit dem was gehabt hat, kann davon ausgehen, daß er auch AIDS hat.“ Das Komitee verlangt „Schutz und Hilfe für die Opfer der Krankheit“ statt Polizeimaßnahmen. – (ola)

Manöver „Certain strike“ – Kritik schwach

Soltau. „Certain strike“, den „sicheren Schlag“, übt die NATO vom 14.-24.9. zwischen Hannover und Hamburg. 78300 Soldaten setzt die Heeresgruppe Nord ein, darunter ca. 35000 US-Soldaten, die in der damit verbundenen „Reforger-Übung“ (Return of Forces to Germany) eingeflogen werden. Außer ihnen und Verbänden der Bundeswehr sind niederländische, belgische, britische und auch französische Truppen beteiligt. Niedersachsens Innenminister Hasselmann betonte die „besondere Bedeutung“ der „Großübung im konventionellen Bereich ... in der derzeitigen Abrüstungsdebatte“. Das Manöver wird Auskunft darüber geben sollen, wieweit Bundeswehr und NATO auf dem Weg gediehen sind, über eine Runderneuerung der Waffensysteme und die Entwicklung operativ-taktischer Möglichkeiten tiefgreifende „sichere Schläge“ auszuführen. Erstmals wird eine selbstständig operierende Heeresfliegerbrigade des III. US-Korps mit dem neuen Kampfhubschrauber „Apache“ eingesetzt. Die Kritik ist schwach. Die Landwirtschaftskammer Hannover hat die Bauern zu genauer Beobachtung der Truppen aufgerufen. Proteste im Landkreis Soltau-Fallingb. richteten sich gegen das Manöver als weitere militärische Belastung, bestehe doch schon ein Großteil des Kreises aus Übungsplätzen. – (sts)

Bürgerschaftswahlkampf

Die Deutsche Volksunion – Liste D und ihre Unterstützer

Bremen. Die sogenannte „heiße Phase“ bis zu den Bremer Bürgerschaftswahlen am 13.9.87 ist eröffnet. SPD, CDU, GRÜNE und FDP haben ein Wahlkampfabkommen unterzeichnet, in dem sie sich verpflichten u.a. auf große Plakatwände und Werbung in den elektronischen Medien zu verzichten. Die SPD will knapp eine Million ausgeben. Mit Rosen sollen Wahlkämpfer an 100000 Türen klopfen. Auf Plakaten lassen sie ihren Spitzenkandidaten Bürgermeister Klaus Wedemeier an der Seite einer Rentnerin sagen: „Gemeinsam werden wir es schaffen.“ Der SPD-Landesvorsitzende: „Es gibt kein polarisierendes Wahlkampfthema“. Die FDP verkündet zaghaft blau auf gelb „Mit Mut in die Zukunft“. Die Grünen schicken auf ihrem zentralen Plakat die Bremer

feiert die Liste D das Ergebnis einer Umfrage der Wickert-Institute. Danach sollen auf die Frage, wenn am kommenden Samstag Wahlen wären, würden sie die Liste D bestimmt wählen 6% mit ja geantwortet haben und weitere 23% würden eine Wahl der Liste D in Erwägung ziehen.

Die SPD hat dem nichts entgegenzusetzen. Im Gegenteil. Während SS-Vergangenheitsbewältiger Schönhuber auf der Wahlveranstaltung der Republikaner über die Demonstranten vor der Tür sagt: „Das sind linke Killer, wenn wir an die Macht kommen, ist mit dem Spuk ein Ende“ – knüpelt die Polizei des Senats die bis dahin friedliche Demonstration auseinander. In Bremerhaven erschienen in der „Umschau“, einem in hoher Auflage erscheinenden Veranstaltungskalen-

Woche die Zeitung „Weser-Report“ heraus, der an alle Haushalte verteilt wird. Der Verlag für Staatsbürgerkunde gehört zu 75% der CDU. Gab es anfangs des Wahlkampfes reichlich Liste D Anzeigen, erklärte am 31. Juli CDU-Chef Neumann nach zahlreichen Protesten: „Wahlkampfanzeigen der Liste D werde es im CDU-nahen Weser-Report nicht mehr geben.“ Mitte August wurde dann zusammen mit dem „Weser-Report“ ein vierseitiges Faltblatt der Liste D vom Verlag für Staatsbürgerkunde an alle Bremer Haushalte verteilt. Trotz dieses günstig erscheinenden Klimas für die Faschisten findet man Plakate der FAP und die der Liste D und Republikaner meist zerstört, übermalt oder überklebt. In vielen Stadtteilen gibt es Bündnisse gegen Neofaschisten, in die seit den letzten Wochen verstärkt SPD-Mitglieder drängen. Neben den Bündnissen auf Stadtteilebene sind es vor allem die gewerkschaftlichen und betrieblichen Überkeaktionen, die auffallen. Auch gibt es inzwischen die ersten Anzeigen und Strafverfahren. Nach Angaben der VVN wird auch gegen Personalräte des Bremer Jugendamtes ermittelt. – (wob)



Protest gegen die Wahlzulassung faschistischer Organisationen beim Landeshauptwahlleiter am 30.07.87

Stadtmusikanten in Filzpantoffeln ins Rennen. Die CDU, die erklärt hat, einen aggressiven Wahlkampf zu führen, will 400000 DM ausgeben. Mit ihrem Hauptslogan „Bremen, wach endlich auf“ („Deutschland, erwache“) paßt sie sich unmißverständlich den faschistischen Parteien Liste D (DVU und NPD), Republikaner (REP) und FAP an, wobei die faschistische Propaganda der Liste D das Bild beherrscht. Zwei Mio. DM will die Liste D für Propaganda im Bürgerschaftswahlkampf ausgeben. DVU-Vorsitzender Frey versteht den Wahlkampf in Bremen als „Fanal für die BRD“. Mit Flugzeugwerbung, großen Plakatwänden, zahlreichen Postwurfsendungen und Faltblättern in Auflagen von 400000 verbreiten sie „Ausländerbegrenzung, Deutschland den Deutschen, Bürgerschutz“ usw. Sie kandidieren mit 18 Kandidaten mit einem Altersdurchschnitt von 43 Jahren. In der ersten Ausgabe ihrer Wahlzeitung

der, den der Magistrat der Stadt mit herausgibt, Anzeigen der Liste D. Ebenso wie in der Jugendzeitschrift „Insider“, die überwiegend von der Städtischen Sparkasse aufgekauft und verteilt wird, in deren Verwaltungsrat SPD- und Magistratsmitglieder sitzen. „Wir haben auf die Anzeigengestaltung keinen Einfluß“ beklagte Bremerhavens OB Karl Willms. Beide Publikationen erscheinen im Bremerhavener Ditzten Verlag, dessen Verleger Dr. Joachim Ditzten-Blanke auch Präsident der Industrie- und Handelskammer Bremerhaven ist. In Bremen wurden der Liste D für 300 DM sämtliche Adressen der Jung- und Erstwähler von der städtischen Meldebehörde geliefert. Polizeidirektor Naumann: „Alles legal“ und verwies auf eine Entscheidung des Innensenators Kröning, wonach allen zur Wahl zugelassenen Parteien das gleiche Recht zusteht. In Bremen gibt der Verlag für Staatsbürgerkunde u.a. zweimal die

Honecker-Besuch

Maueranschläge sollen Stimmung machen

Westberlin. Zweimal konnte die Bundesregierung bereits einen Besuch Honeckers in der BRD abbiegen. Dregger scheint diesmal die Dreckarbeit nicht wieder übernehmen zu wollen. So soll wenigstens das politische Klima so vergiftet sein, daß der Besuch verleidet wird. Als spektakuläres Ereignis behandelten Presse und Fernsehen den Protest von ca. 300 Jugendlichen vorwiegend aus Thüringen und Sachsen am 13. August gegen die Mauer. Sie riefen „Die Mauer muß weg“ und „Gorbatschow“. Ein mageres Ergebnis angesichts Reagans dreimaliger Stellungnahme während der letzten drei Monate. Dazu war noch der französische Ministerpräsident zum Start der Tour de France da gewesen und hatte auch gleich gesagt, daß der Abriß der Mauer mehr Vertrauen schaffen würde als die Vernichtung von Raketen. Longolius von der SPD hatte wenigstens den DDR-Staatsratvorsitzenden aufgefordert, in Bonn über Westberlin Abkommen zu treffen. Im Windschatten dieser großen Auftritte wird von westlicher Seite aus an der DDR-Staatsgrenze gewerkelt und beifällig von der Springerpresse dann berichtet. Anfang Juni war die Kunststoffverkleidung der Mauer angezündet worden. Als das am 17. Juni wiederholt wurde und zusätzlich Grenzposten der DDR mit

Steinen beworfen wurden, protestierte das DDR-Außenministerium, da sich „die Provokationen gegen die Staatsgrenze häuften“. Am 30. Juni wurde dann wieder gezündelt und am 13. August ebenfalls. Auf der gegenüberliegenden Stelle, wo die 300 DDR-Bürger im Ostteil protestierten. Im Westteil hatten sich nämlich bereits vorher schon ca. 50 Leute zusammengefunden und daß die Mauer weg müsse hinübergeschrien. Daß die Westberliner Polizei die Mauerbeschädigungen eher wohlwollend duldet ist der harmlosere Teil. Rechtsextremisten können mit Polizeischutz rechnen. Am 15.7. veranstaltete Schönhuber mit 50 seiner „Republikaner“ eine Kundgebung vorm Reichstag. 120 Gegendemonstranten versuchten die aggressive Kundgebung zu verhindern. Die Polizei nahm ausschließlich antifaschistische „Störer“ fest. Noch deutlicher die Unterstützung für Angriffe auf die Mauer anlässlich der Demonstration der CARP-Studenten. Während diese auf die zahlreichen Gegendemonstranten mit Karate losgingen und am Checkpoint Charly auf DDR-Gebiet vordrangen nahm die Polizei wieder ausschließlich Antifaschisten fest. – (chk)

Roma und Sinti

Berechtigte Forderungen der Roma und Sinti unterstützen

Hamburg. Normalerweise ist eine eingeschlagene Scheibe für die Polizei kein Grund für einen Großeinsatz. Anders, wenn die Täter zu den Roma und Sinti's gehören. Dann werden die Täter bis zu ihrer Wohnung, in diesem Fall der Frascatiplatz in Bergedorf, verfolgt, der Platz umstellt und zusätzlich mit Scheinwerfern erhellt. So geschehen am 11.8.1987. Erst nachdem der Vorsitzende der Roma und Sinti Union mit ihnen verhandelte, um eine weitere Eskalation mit der Polizei zu verhindern, stellten sich die Jugendlichen der Polizei. Angeheizt von der Presse bewarfen vier Tage später Rechtsradikale den Campingplatz mit Molotow-Cocktails. Dies ist nur ein Vorfall von einer zur Zeit stattfindenden Pressehetze gegen die Roma und Sinti – unterstützt von staatlichen Stellen.

Die Polizei in Stellingen ging sogar noch weiter. Anfang August forderte sie die Bevölkerung um „erhöhte Wachsamkeit und Mithilfe“ auf, „Wer dunkelhaarige, meist recht bunt gekleidete Kinder und Jugendliche, die einem nicht aus der Nachbarschaft bekannt sind, um das Haus streichen oder auch einzeln vor der Tür stehen sieht, der sollte sofort die Polizei unter 110 anrufen. Anwohner, die ... verdächtige Beobachtungen machen,

sollten keine Scheu haben, die Polizei zu informieren.“ Vorbereitet hatte die Presse dies mit mehreren Artikeln über die Zunahme der Wohnungseinträge durch Jugoslawenkinder. Einige Kinder, die beim Klauen erwischte wurden, sind inzwischen in geschlossene Heime in Schleswig-Holstein eingewiesen wurden. Die Eltern können wenig dagegen unternehmen, weil sie nicht nachweisen können, daß es sich um ihre Kinder handelt.

Deshalb bleiben sie noch hier, obwohl ihre Übernachtungsfrist schon abgelaufen ist. Schon lange fordern die Roma und Sinti, die vorhandenen Campingplätze in Hamburg anfahren zu dürfen. Dem steht das Hamburger Wohnwagengesetz von 1959 entgegen, das eine kurzfristige Benutzung von Camping- und anderen Plätzen in dieser Stadt verbietet. Bisher war der Senat nicht bereit, das Gesetz zu ändern. Durch die Bereitstellung von nur einem festen Platz (der bei anderweitigem Gebrauch, zum Beispiel Wanderzirkus, geräumt werden muß) und drei Ausweichplätzen werden sie daran gehindert, sesshaft zu werden. Auch die Wohnsituation für sie hat sich in den letzten Jahren weiter verschlechtert; „Die Zigeuner seien... bestrebt, im Familienverband zusammenzuleben ... im sozialen Wohnungsbau sei man auf solche Familien nicht eingestellt. Dort, wo es jedoch solche Wohnungen gebe, verweigere man den Zigeunern in der Regel den sogenannten §-5 Schein oder Dringlichkeitsschein, weil sie sich, – häufig Sozialhilfeempfänger – eine solche Wohnung aus finanziellen Gründen nicht leisten können.“ (Drucksache 11/5692)

Es ist glatter Hohn, wenn dann der Bergedorfer Bezirksabgeordnete S. Zur äußert: Man bemühe sich um die Roma, „aber es sind eben keine Sesshaften, und es ist ihre Entscheidung so zu leben“. – (hep)

Spänex-Betriebsbesetzung

Belegschaft fordert sofortige Aufnahme der Produktion

Uslar. Am 6.8. demonstrierten ca. 400 in Uslar für den Erhalt von Arbeitsplätzen. IG Metall und Betriebsrat der Firma Spänex hatten die Demonstration organisiert. Pleite ist die Firma Spänex, bei der 170 Arbeiter und Angestellte beschäftigt sind. Das Motto der Demonstration lautete: „Wir kämpfen um unsere Arbeitsplätze“. Transparente mit Aufschriften wie „Den Großen beschenkt man – den Kleinen hängt man“ wurden hinter einem Sarg hergetragen. Seit zwei Monaten warten die Beschäftigten auf ihre Löhne und Gehälter.

Vor drei Jahren hätte das Unterneh-

men einen Poker um Arbeitsplätze eröffnet „und durch das Anzapfen vieler öffentlicher Töpfe hat sich das Dilemma drei Jahre hingeschleppt“, so der Stadtdirektor. Über das Land Niedersachsen, den Landkreis Northem und die Stadt Uslar haben die Spänex-Kapitalisten 6,1 Millionen DM öffentliche Gelder einkassiert. Jetzt wollen sie noch einmal eine Landesbürgerschaft in Höhe von 1,4 Mio. DM, die aber wohl endgültig abgelehnt wird.

Seit dem 7.8.87 halten die Beschäftigten das Firmengelände besetzt. Sie wollen den Abtransport des Inventars verhindern.



Am und im Werk Wandzeitungen der Belegschaft.

Der Oppositionsführer der SPD, Gerhard Schröder, war in Uslar und hat sich „solidarisch“ erklärt. Aber die SPD bietet keine Anhaltspunkte für Arbeiterinteressen: Sie fordert die Landesregierung auf, die Lohn- und Gehaltsforderungen der Beschäftigten abzulösen, „um potentiellen Käufern des Unternehmens eine wirkliche Chance einzuräumen.“ (SPD-Landtagsabgeordneter Uwe Schwarz)

Am 17.8. ruhte in Uslar von 11.55 Uhr bis 12.00 Uhr der Verkehr, die Geschäfte stellten den Verkauf ein, der Schulunterricht wurde abgebrochen. Da Uslar schon jetzt eine Arbeitslosenquote von offiziell 17% hat und diese Pleite nur eine in einer langen Kette ist, droht der Solling-Region langsam der ökonomische Zusammenbruch. Deswegen sind Einzelhändler, Lehrer usw. äußerst solidarisch. Trotzdem äußern Arbeiter: „Höchstens noch eine Woche halten wir das hier durch – dann muß eine Entscheidung fallen.“

Per Hubschrauber ist jetzt der niedersächsische Wirtschaftsminister Hirche (FDP) eingeflogen, um mitzuteilen, daß es einen Kapitalisten gäbe, der das Unternehmen und die Arbeitskraft von 80 kaufen will. (kek)

Koalitionsvereinbarung in Hamburg

Von der „Standortpolitik“ zur „Arbeit für Hamburgs Metropolfunktion“

Hamburg. Mit Befriedigung haben die Kapitalistenverbände die Einigung von SPD und FDP auf ein gemeinsames Koalitionsprogramm in Hamburg zur Kenntnis genommen. Wenn ihnen auch manches noch nicht weit genug geht, „die Richtung stimmt“, das wichtigste sei, „daß endlich wieder regiert werden kann“. Ein Blick auf die Inhalte der Vereinbarung und auf das, was als „Protokollnotizen“ oder „geheime Zusatzvereinbarungen“ veröffentlicht worden ist, zeigt den Charakter des Programms:

Wirtschaftsförderung

ist der zentrale Programmpunkt, dem sich noch schrankenloser, als schon bei der Dohnanyi'schen „Standortpolitik“ alle Tätigkeiten des neuen Se-

stücke verkaufen können, und insgesamt sollen noch mehr Flächen für die Industriensiedlung bereitgestellt werden. Der Gewerbesteuerhebesatz wird von 435% auf 415% gesenkt (ca. 5% oder 58 Mio. DM), Kommunale Steuern und Gebühren sollen ebenfalls gesenkt werden. Da gleichzeitig an der Kostendeckung festgehalten werden soll, muß die Kostensenkung durch Rationalisierung erreicht werden. 40% des Aktienkapitals der Hamburger Gaswerke sowie eine Reihe weiterer stadt-eigener Verkehrs- und Hafenbetriebe, sämtlich gewinnbringende Unternehmen, sollen verkauft werden. Bereits während der Koalitionsverhandlungen haben die 580 Beschäftigten der Fahrzeugwerke Falkenried, eines Waggonbau- und Repara-

im Februar von der SPD-Bürgerchaftsfraktion gemeinsam mit der GAL abgelehnt worden, u.a. aus ökologischen Gründen, da die Trasse durch ein großes Obstanbaugebiet führt, das ohnehin schon unter der Luft- und Bodenbelastung durch die Industriensiedlung an der Unterelbe zu leiden hat. Die wissenschaftlichen Dienstleistungen für das Kapital sollen durch die Ansiedlung neuer, profitträchtig anwendbarer Forschungsschwerpunkte vor allem an der TU Harburg ausgebaut werden, während gleichzeitig an der Universität Hamburg weiter eingespart werden soll und die wissenschaftliche Elitebildung auf Kosten der Breite des Angebots intensiviert werden soll. Mehr Geld soll die künftig von Münch unterstehende Kulturbehörde erhalten, deren Ausrichtung auf bürgerliche Renommiertkultur mit Hilfe von „Mäzenen“ bereits von ihm angekündigt wurde.

Wer zahlt die Zeche?

All diese Maßnahmen zu Gunsten der Kapitalisten führen überwiegend zu Mehrkosten oder Mindereinnahmen für den Staat. Das Koalitionspapier enthält keine konkreten Angaben, wie diese finanziert werden sollen, wenn man von den durch die Privatisierung erhofften einmaligen Einnahmen (zwischen 200 und 400 Mio. DM) abieht. Angekündigt wird eine „außerordentlich restriktive Haushaltsführung bis 1991“. Eine „Aufgabenkritik“ im öffentlichen Dienst soll zum „Verzicht auf Aufgaben“ und zum Abbau von Personal führen. Dem entspricht das Setzen auf „Selbsthilfegruppen und Freie Träger“ im Sozialbereich, wo die staatlichen Leistungen gekürzt oder zumindest eingefroren werden. Die Privatisierung und Rationalisierung der Krankenhäuser soll vorangetrieben werden (Stichwort „selbständiger wirtschaften“). Unter dem Vorwand der „Gleichbehandlung der Schulformen“ sollen die Gesamtschulen finanziell ausgetrocknet werden; weiterhin sollen weniger Lehrer eingestellt als jährlich pensioniert werden. Hatte der SPD-Senat im Finanzplan 1986 – 1990 „Handlungsbedarfe“, d.h. Sparvolumen zwischen 273 Mio. DM 1988 und 469 Mio. DM 1990 vorgesehen, so gibt er in der Antwort auf eine Anfrage der GAL im Juli dieses Jahres an, daß sich die Einnahmen gegenüber diesem Plan drastisch verringern sollen: durch „Konjunkturfälle“ und die Auswirkungen der Bonner Steuerreform werden zwischen 740 Mio. (1988) und 1675 Mio. DM (1990) weniger erwartet. Zusammen mit den Mehrkosten für die verstärkte Kapitalistenförderung wird diese Finanzlücke in den kommenden Haushaltsberatungen unweigerlich zu unerhörten Vorstößen zum Abbau von Personal und von Sozialleistungen führen. – (ulj)



Nach Bekanntwerden der Koalitionsvereinbarungen führten HBV-Mitglieder Aktionen gegen die geplanten vier Abende ohne Ladenschluß durch.

nats unterordnen sollen. Die Wirtschaftsbehörde soll ausgebaut, auf „Servicefunktionen“ umgestellt werden und „projektorientiert“ arbeiten, die Wirtschaftsförderungsgesellschaft und die Wirtschaftsbeauftragten der Bezirke sollen gestärkt werden. Entscheidungen der Behörden sollen „wirtschafts- und beschäftigungsfreundlich“ sein, bei Ansiedlungen soll ab jetzt „Ökonomie Vorrang vor der Ökologie“ haben, Verkehrsberuhigung darf nicht „gewerbefeindlich“ sein. Damit werden die Möglichkeiten, über die kommunale Bauleitplanung der Bezirke Interessen der Wohnbevölkerung und des Umweltschutzes gegen Kapitalisteninteressen zu verteidigen, weiter eingeschränkt. Stattdessen soll jetzt die Wirtschaftsbehörde selber mehr Gewerbegrund-

turbetriebes der Hamburger Hochbahn AG, gegen diese Privatisierungspläne durch einen Warnstreik protestiert, am vergangenen Freitag demonstrierten erneut über 2000 Gewerkschafter dagegen. Für den Hafen wird das „kostengünstige Arbeiten der Hafenunternehmen“ zur Richtschnur der staatlichen Investitions- und Gebührenpolitik. In die gleiche Richtung geht die Forderung nach der vierten Elbtunnelröhre und der Bau der „Umgehung Fuhlsbüttel“, der in erster Linie den Kapitalisten dient, die von der zügigen Abwicklung der Luftfracht vom Flughafen Fuhlsbüttel profitieren. Wie aus den per Indiskretion bekanntgewordenen Verhandlungsprotokollen hervorgeht, soll auch der Bau der Autobahn A 26 nach Stade jetzt befürwortet werden. Dieser war erst

Baden-Württemberg

**CDU und Regierung wollen
Abtreibungsverbot schärfer**

„Der § 218 wird nicht verschärft“, das sei Ergebnis der fünfstündigen Debatte beim CDU-Landesparteitag in Friedrichshafen am 29.8. Späth habe die Abtreibungseiferer, die die gänzliche Abschaffung der Notlagenindikation und der Krankenkassenfinanzierung forderten, im Zaum gehalten und die CDU auf eine „moderate Linie“ für den Landtagswahlkampf eingeschworen.

Tatsächlich ist dieser Presserummel schon der erste Teil der politischen Kampagne: durch die Hintertür soll das Abtreibungsverbot verschärft werden, nicht das Gesetz, sondern die Praxis. Im fast unverändert verabschiedeten Leitantrag heißt es: „Die derzeitige Handhabung der Notlagenindikation kann nicht hingenommen werden.“ „Vordringlich ist vor allem die rasche Verabschiedung des von der Bundesregierung vorgesehenen Bundesberatungsgesetzes“, „damit der wesentliche Inhalt der Richtlinien des Landes Baden-Württemberg ... für alle Bundesländer Gültigkeit erlangen“ wird.

Nach den seit 1985 in Baden-Württemberg geltenden Beratungsrichtlinien (bereits die 3. verschärfte Fassung) sind die Beratungsstellen auf den „Schutz des ungeborenen Lebens“ festgelegt, zur „Vermittlung“ von Stiftungsalmosen und zur „engen Zusammenarbeit mit den zuständigen Behörden“ verpflichtet, an der Zwangsberatung sollen „mit Einwilligung“ der Schwangeren u.a. deren Eltern und Ehemann/Freund teilnehmen.

„Die indizierenden Ärzte sollen darauf hingewiesen werden, daß ... keinesfalls Belastungen ausreichen, die üblicherweise mit einer Schwangerschaft – selbst wenn sie ungewollt ist – einhergehen ... Dazu gehört auch die Prüfung, ob nicht eine Adoption des Kindes in Betracht kommt.“ (Leitantrag). Den Beratungsstellen ist „un-nach-sichtig die staatliche Anerkennung und die Landesförderung zu entziehen“, wenn sie nicht nach den Richtlinien beraten.

Außerdem will die CDU die ideologische Indoktrination verstärken: Eine „Werbekampagne für das Kind, insbesondere für das Lebensrecht des Ungeborenen“ in Schulen und in der Erwachsenenbildung soll „das Bewußtsein“ für das „Kind als Gottes Geschöpf ... verstärken“ und das „Empfinden“ für „familien- und kinderfreundliche Lebensverhältnisse ... beleben“.

„Sollte allerdings die Zahl der Schwangerschaftsabbrüche aufgrund der Notlagenindikation auch künftig



„Mahnwache“ der „Lebensschützer“. Ihre geplante Gegendemonstration fand nicht statt.

nicht entscheidend gesenkt werden können, sollte ... der Wortlaut des § 218 StGB mit dem Ziel überprüft werden, daß auch in der Praxis die Gleichgewichtigkeit von medizinischer Indikation und Notlagenindikation zweifelsfrei gewährleistet wird.“

Unter der Forderung „Straffreiheit bei Abtreibung“ und „Ersatzlose Streichung des § 218“ demonstrierten ca. 500 Frauen und Männer am Samstag in Friedrichshafen. Die kämpferischen Reden der DGB-Vorsitzenden von Konstanz und von Vertreterinnen der Initiative „Straffreiheit bei Abtreibung“ konnten auch vom Gebimmel der Totenglocke nicht gestört werden, die die Pfaffen während der ganzen Kundgebung läuten ließen. – (bar)

Nazi-Zentrum in Bielefeld

**Vorbereitungstreffen für
landesweite Demonstration**

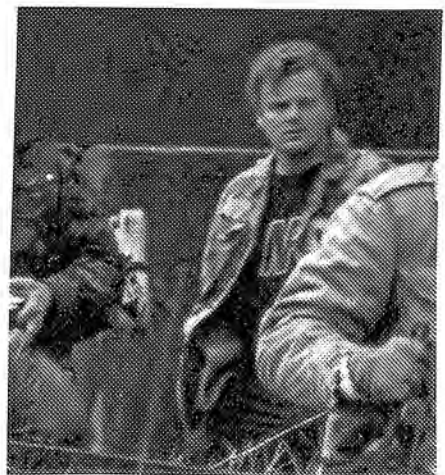
Bielefeld. Am zweiten Vorbereitungstreffen für die am 17.10. geplante Demonstration nahmen Vertreter folgender politischen Kräfte teil: VVN/BdA, die Grünen (Kreisverband), MLPD, VSP, DKP, BWK, Volksfront, Internationales Begegnungszentrum (IBZ) Bielefeld, Grün/Bunte Schüler/innen-Gruppe, Bezirksschülervvertretung Bielefeld, autonome Antifaschisten, Asylgruppe im IBZ, Nachbarschaftsinitiative gegen ein Nazi-Zentrum in der Bleichstr., sowie der stellvertretende DGB-Kreisvorsitzende, der evangelische Jugend-Pfarrer und Vertreter vom antifaschistischen Plenum in Essen und vom antifaschistischen Forum in Dortmund.

Bei den Berichten über die Aktionen der Nationalistischen Front (NF) und der FAP wurde erneut die Bedeutung des NF-Bundeszentrums für die neo-faschistische Szene deutlich. Bei den Aktionen am Friedhof in Wunsie-

del anlässlich des Heß-Begräbnisses waren nachweislich Faschisten beteiligt, die im Zentrum in Bielefeld wohnen oder dort bei Versammlungen öfters anwesend waren. Außerdem wurde berichtet, daß innerhalb des neo-faschistischen Lagers Bemühungen im Gange sind, eine gemeinsame Jugendorganisation von DVU, NF und FAP aufzubauen, wozu bereits Gespräche im NF-Zentrum gelaufen sind.

Die Notwendigkeit einer Erweiterung des Unterstützerkreises der Demonstration wurde kontrovers diskutiert. Insbesondere DGB und SPD sollen gewonnen werden. Der DGB-Vertreter sagte zu, daß der Kreisvorstand Anfang September entscheiden werde. Ebenso wird der SPD-Kreisverband demnächst eine Entscheidung treffen. Bei der Diskussion über die Redner bei der Demonstration sprachen sich die autonomen Antifaschisten gegen Beiträge der SPD und von Stadtrats-Mitgliedern aus, weil sie mit denen keine Bündnisse eingehen würden. Dagegen wurde in verschiedenen Beiträgen die Notwendigkeit einer Bündnis-Demonstration herausgearbeitet, die auf eine breitere Einbeziehung verschiedener sozialen Kräfte abzielen muß. Die Autonomen beteiligen sich weiterhin an der Demonstration und bekräftigten ihren Wunsch nach Zusammenarbeit, wenngleich sie die Forderung nach Verbot von faschistischen Organisationen ablehnen, weil diese Forderung eine Zusammenarbeit mit dem Staat beinhalten würde.

Die Stärke des Demonstrations-Aufrufs ist die inhaltliche Kritik, die an verschiedenen Punkten des NF-Programms geführt wird. Ausdrücklich wurde die Forderung nach Kommunalwahlrecht für Ausländer aufgenommen. Unterstützt wird er u.a. bisher von verschiedenen Betriebsräten und Personalräten sowie dem Kreisvorsitzenden der ÖTV. Weiterhin unterschrieben der Vorsitzende des türkischen Arbeiter- und Studentenvereins und die Vorsitzende des Landesausländerrates NRW. – (stb)



Meinolf Schönborn, Generalsekretär und Besitzer des NF-Zentrums.

Asylpolitik in Bayern

Die Flüchtlinge boykottieren die Sammelverpflegung

Seit der Hetzkampagne der Regierung im Herbst 86 ist die Auseinandersetzung um die verschärfte Asylpolitik der Bayerischen Landesregierung um vielfältige Punkte geführt worden. Über das ganze Land verstreut haben sich Arbeitskreise und andere Gruppen (wie in München der „Münchner Flüchtlingsrat“ oder in Nürnberg die „Freie Flüchtlingsstadt“) gebildet, die sich gegen die Landespolitik zur Wehr setzen und mit rechtlicher und materieller Hilfe versuchen, die unerträgliche Lage der Flüchtlinge etwas zu lindern. Sie haben sich im März 87 nach dem Vorbild anderer Bundesländer im „Bayerischen Flüchtlingsrat“ zusammengeschlossen, um sich gegenseitig besser informieren zu können und gemeinsam mehr Druck in der Öffentlichkeit zu erzeugen.

Bis in die Landratsämter hinein regt sich Widerstand gegen die CSU-Politik, insbesondere gegen die Zwangsverpflegung. Denn während in einigen Bundesländern der volle Sozialhilfesatz an die Flüchtlinge ausbezahlt wird, wird er in Bayern generell um 20% gekürzt und nicht in Bargeld ausbezahlt. Jeder erwachsene Flüchtling bekommt gerade ein mickriges „Taschengeld“ von 51 DM im Monat ausbezahlt. Die Verpflegung erfolgt über Firmen, die die Flüchtlinge mit Essenspaketen versorgen. Obwohl diese Art der Verpflegung teurer ist als die Auszahlung in Bargeld, hält die Regierung daran fest. Als der Landrat von Freising sich in diesem Frühjahr dem nicht beugen wollte und Bargeldauszahlung an die Flüchtlinge forderte, bekam er eine Zurechtweisung von der Regierung, in der diese die Sammelverpflegung explizit als „Mittel der Abschreckung“ rechtfertigte.

In der Zwischenzeit hat sich die Auseinandersetzung um die zwangsweise und völlig ungenügende Verpflegung v.a. im ostbayerischen Raum verschärft. Die Flüchtlinge haben im Juni in mehreren Städten (Nürnberg, Regensburg) Demonstrationen durchgeführt, um gegen ihre Lage zu protestieren. Der „Bayerische Flüchtlingsrat“ hat in einer Presseerklärung im Juli 87, die auch an die zuständigen Regierungspräsidenten ging, die Forderungen der Flüchtlinge unterstützt. Der Regierungspräsident Winkler (Oberfranken) bezeichnete damals die Forderungen der Flüchtlinge nach Bargeldauszahlung als „maßlos“. In seiner Erklärung hielt der Bayerische Flüchtlingsrat fest: „Eine Einteilung von Menschen in solche mit höheren und solche mit angeblich niederen Bedürfnissen ist rassistisch“ und wende-

te sich gegen alle Kriminalisierungsversuche von Flüchtlingen.

Tatsächlich ist das Verfallsdatum der Nahrungsmittel in den Essenspaketen oft überschritten, die Nahrung ist einseitig und es fehlt an den nötigen Vitaminen (s.a. Bild diese Seite!). In mehreren Sammelagern in Coburg und Umgebung, in Muggendorf (bei Nürnberg), in Regensburg und Landshut verweigern die Flüchtlinge deshalb seit einigen Wochen die Annahme der Essenspakete. Sie haben am 13. Juli 87 einen offenen Brief an

sechs ledige Flüchtlinge in einem kleinen Raum. Eine Familie mit einem Kind muß sich ein einziges 12 qm kleines Zimmer teilen. Die Gebäude fast aller Lager sind alt und baufällig. Aufgrund von Ungeziefer und Mäusen ist es kaum möglich, einen hygienischen Zustand herzustellen. Dies gefährdet unsere Gesundheit und die unserer Kinder. In den meisten Lagern gibt es für Kinder keinerlei Spielmöglichkeiten.

Wir und unsere Kinder sind in solchen Gefängnissen extremem psy-



Wochenration für Frühstück und Abendessen von Asylbewerbern in Weiden/Oberpfalz

den Bundeskanzler Helmut Kohl und den bayerischen Ministerpräsidenten Franz Josef Strauß geschickt, den wir hier dokumentieren:

„Sehr geehrter Herr Kohl, sehr geehrter Herr Strauß, die schmerzliche Geschichte, die Sie jetzt lesen werden, ist nicht das Ergebnis eines abstrakten Gedankens eines Verfassers. Es ist die Leidenschrift von iranischen, irakischen, afghanischen und anderen Asylbewerbern in Ihrem Land. Es ist die Darstellung der bitteren Tragödie, die in Ihrem Land und im Bundesland Bayern in jedem Augenblick passiert und wir sind damit konfrontiert.

Zweifellos wissen Sie, daß in einigen Lagern in Bayern bis zu fünf Familien in einer 5-Zimmer-Wohnung leben, obwohl nach dem Gesetz jeder Deutsche das Recht hat, in einem 12 qm Raum zu leben und sogar ein Schäferhund eine 12 qm große Hütte haben muß. Jedoch für Asylbewerber sollen nur 4 qm ausreichen. Beispiele hierfür gibt es viele: zum Teil leben

chischen Druck ausgesetzt.

Dies alles fügt sich im folgenden zu einem unmenschlichen Mosaik zusammen:

- die vorbestimmte Essensration, die gegen unsere Sitten und Gebräuche verstößt
- der mehr als 2-jährige Aufenthalt in den Lagern bis zur Vorladung beim Bundesamt
- Ablehnung eines großen Teils der Asylbewerber.

Ergebnis dieser unmenschlichen Situation und der unsicheren Zukunft ist die geistige Zersetzung der Asylbewerber, die sich in depressivem Verhalten zeigt. Auch die Zahl der psychisch Kranken und der Suizidrate ist steigend.

Aus Protest gegen diese schmerzliche Situation und die demütigende Behandlung seitens der Verantwortlichen uns gegenüber haben wir mehrmals in Briefen aufmerksam gemacht, jedoch wurde nicht darauf reagiert. Deshalb haben wir zur Erreichung unserer menschlichen und gesetzlichen

Rechte die unerträglichen Essensrationen boykottiert. Damit wollen wir an das Gewissen aller appellieren und Solidarität für eine Änderung unserer Situation gewinnen.

Seit 55 Tagen wird der Essenspaketboykott in zwei Lagern in Coburg durchgeführt, seit 46 Tagen im Lager Muggendorf, seit 41 Tagen im Lager Schafhof in Nürnberg und seit 20 Tagen im Lager Landshut, mit dem Ziel, folgende Forderungen durchzusetzen:

1. Eine Verkürzung der Wartezeit und schnellere Bearbeitung sowie Beantwortung der Asylanträge.

2. Eine humanere Gestaltung der Lebensbedingungen der politischen Asylbewerber durch

a. die Auflösung der Lager und die dezentrale Unterbringung in Wohnungen

b. das Recht, das Essen individuell zusammenzustellen, indem Bargeld zur Verfügung gestellt wird.

In Wiesenthal wollen die Verantwortlichen das Lager Muggendorf einzig mit dem Ziel auflösen, den Boykott zu durchbrechen. Die für andere Lager Verantwortlichen haben ohne

Rücksicht auf unsere Situation nicht einmal den elementarsten Forderungen Aufmerksamkeit geschenkt...

Die Katastrophe liegt darin, daß Regierungen wie die Ihre mit solchen Regimen (wie im Iran, Irak und Sri Lanka, Red.) beste politische und wirtschaftliche Beziehungen haben. Die Tragödie unserer Zeit ist, daß die politischen Flüchtlinge aus diesen Ländern entgegen Artikel 16 Abs. 2 Ihrer Verfassung und entgegen den Beschlüssen der Genfer Konvention, zu deren Einhaltung Sie sich auch verpflichtet haben, in Gefahr sind, diesen verbrecherischen Regimen ausgeliefert zu werden. Während Ihre Regierung die Asylanträge von denjenigen, die gegen das Khomeini-Regime sind, ablehnt, empfiehlt sie den Flüchtlingen, in den Iran zurückzukehren und Reue zu zeigen, damit Ihnen verziehen wird.

Die andere Seite unseres Schicksals ist, daß in Ihrem Land und besonders in Bayern die schmerzlichen Lebensumstände und die unsichere Zukunft die Flüchtlinge hier zum Zittern

bringt. Schade, daß im 20. Jahrhundert in Ihrem Lande, von dem man behauptet, daß es demokratisch regiert wird, Menschen im Namen der Freiheit von Ihnen verlangen müssen, daß Menschenrechte beachtet werden. Daher wollen wir die Öffentlichkeit aufmerksam machen um Druck auszuüben für die Beendigung der Politik der Unterdrückung der Flüchtlinge und für die Anerkennung der Asylanträge, die sich laut Statistik laufend verringert. Wir geben hiermit unseren schärfsten Protest kund.

Um auf unseren Boykott der Essensrationen aufmerksam zu machen, führen wir einen Sitzstreik durch. Wir verlangen von Ihnen, Ihrem Gewissen und Ihrer Verantwortung gemäß, etwas für die Verwirklichung unserer Rechte zu unternehmen."

Bislang ist uns noch keine Reaktion der Regierung bekannt, die Flüchtlinge setzen Ihre Aktionen fort. Sie erbitten materielle und politische Unterstützung. Kontaktadresse über Bayer. Flüchtlingsrat, c/o Rechtshilfekonzepte für Ausländer, Landwehrstr. 32b, 8 München 2. - (lsc)

Keine Abschiebung ins Sammellager!

Im Landkreis Dachau sind seit Herbst 86 70 Asylbewerber in Privathäusern in einzelnen Gemeinden untergebracht. Drei iranische Familien wurden in der Gemeinde Erdweg untergebracht. Da nun der Hausbesitzer sein Haus zu anderen Zwecken verwenden will und den iranischen Familien fristgerecht kündigte, waren diese im Juni 87 von der Abschiebung ins Sammellager Neuburg / Donau bedroht, das für seine schlimmen Zustände - v.a. fehlende Hygieneeinrichtungen - bekannt ist.

Das Landratsamt Dachau, das den Fall der zuständigen Regierung von Oberbayern unterbreitete, erhielt nämlich von dort den Bescheid, es sei „untersagt, bis auf weiteres Wohnungen für Asylbewerber anzumieten.“

Der Rechtsanwältin der Flüchtlinge teilte das Landratsamt mit: „Ihre Mandanten machen zwar geltend, sie möchten den Landkreis Dachau nicht verlassen, weil sie sich hier eingelebt und Freunde gefunden hätten und ihre Kinder Schule und Kindergarten besuchen; besonders schützenswerte Interessen sind damit aber noch nicht gegeben.“ Tatsächlich hatten die Familien in Erdweg relativ gute Bedingungen, ein Lehrer gab den Erwachsenen und den Kindern unentgeltlich Deutschunterricht, die Kinder konnten in Schule und Kindergarten gehen. Bisher wurde auf Initiative des „Arbeits-

kreis Asyl“ und vieler Einzelpersonen verhindert, daß die Familien nach Neuburg abgeschoben wurden. Eine Familie konnte in der freierwerbenden Wohnung von anerkannten Flüchtlingen untergebracht werden, eine ging von sich aus in die Türkei. Konkret ist nach wie vor eine Familie von der Abschiebung bedroht.

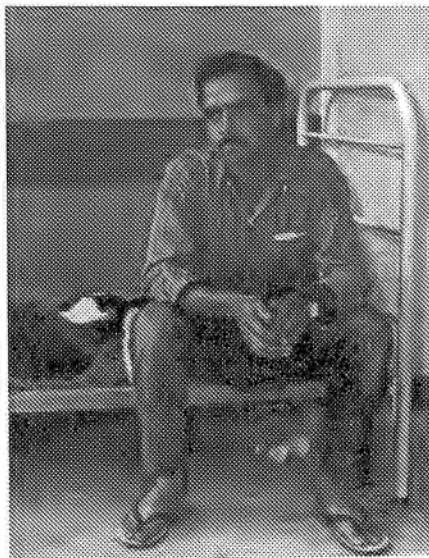
Auch wenn dies ein Erfolg der Solidarität mit den Flüchtlingen im Landkreis Dachau ist, ändert sich nichts an der allgemeinen „Rückrufaktion“: Bayernweit werden weiterhin bestehende Mietverträge gekündigt und auslaufende nicht verlängert, um die Asylbewerber in die Sammellager zurückzuholen. Denn „eine Integration findet während des Verfahrens nicht statt“, wie es im Asylverfahrensgesetz

heißt, und Freundschaften und gesellschaftliche Beziehungen zwischen Flüchtlingen und Deutschen sind daher unerwünscht.

Hintergrund dieser „Rückrufaktion“ ist einmal die Vorgabe, Asylbewerber seien vorrangig in Sammellagern unterzubringen. Zum anderen nahm die Anzahl der Asylbewerber in Bayern aufgrund der verschärften Einreisepolitik (Visazwang, Strafgeleits für die Fluggesellschaften, die Flüchtlinge ohne Visa mitnehmen etc.) bedeutend ab. In den ersten vier Monaten 1987 kamen nur 2700 Asylbewerber nach Bayern, aufs Jahr gerechnet wären das 11000 im Gegensatz zu 17000 im Jahr 1986. Begründet wird die Rückführung von Asylbewerbern aus Privatunterkünften in Sammellager mit „Wirtschaftlichkeit“, so H. Brey, stellvertretender Leiter des Referats für nichtdeutsche Flüchtlinge im Bayer. Arbeits- und Sozialministerium. Ein Platz in der Sammelunterkunft sei natürlich billiger als einer, der auf dem freien Wohnungsmarkt angemietet werden muß. Außerdem komme man an der gesetzlichen Vorschrift nicht vorbei. Das Asylverfahrensgesetz schreibe vor, daß die Unterbringung von Ausländern, die einen Asylantrag gestellt haben, „in der Regel“ in Gemeinschaftsunterkünften erfolgen muß.

Für die Auseinandersetzung um die Lebensbedingungen der Flüchtlinge ist es von Bedeutung, ob es in Einzelfällen wie bisher in Erdweg gelingt, solche Abschiebungen in die Sammellager zu verhindern.

Quellenhinweis: SZ, 11.6.87



Postgewerkschaft gegen Privatisierung

München. Mit einer Informationsveranstaltung vor dem Rathaus am 22.8. begann die Deutsche Postgewerkschaft (DPG) ihre bundesweite Aktion „Sichert die Post – Rettet das Fernmeldewesen“. In einem Bericht der Regierungskommission Fernmeldewesen, der am 16. September der Regierung vorgelegt wird, ist die Trennung des Post- vom Fernmeldewesen vorgeschlagen. Die DPG will am 17. September einen bundesweiten Protesttag gegen die beabsichtigte Privatisierung durchführen. – (gba)

Wochenendarbeit bei Gillette Westberlin

Seit einem Jahr wehrt sich der Gillette-Betriebsrat gegen Maschinenlaufzeiten von 144 Stunden pro Woche, wie sie die Geschäftsleitung fordert. Am 19.8. berief nun Geschäftsführer Holmquist, der sich auf den regulären Betriebsversammlungen nicht hatte durchsetzen können, eine Belegschaftsversammlung ein. Einem der IG-Metall-Vertreter verwehrte er den Zutritt. Die Belegschaft wurde unter Druck gesetzt, daß der Konzern neue Investi-

Köln. Am 14.8. begannen die Verhandlungen der Gewerkschaft HBV mit den Einzelhandelskapitalisten in NRW über einen Tarifvertrag „Arbeitszeitende im Verkauf“. Dabei verweigerten die Kapitalisten die Absicherung der derzeitigen Ladenschlußzeiten und behaupteten, ihnen seien die Hände gebunden durch einen Beschluß ihres Bundesverbandes. Erst als die HBV mit dem Scheitern der Verhandlungen drohte, konnte ein zweiter Verhandlungstermin am 28.9. vereinbart werden. – (gba)

tionen nur vornehme, wo eine Maschinenlaufzeit von 144 Stunden gewährleistet sei und das sei in allen anderen europäischen Fabriken der Fall: Entweder Abbau von 250 Arbeitsplätzen oder Erweiterung um 150 in Westberlin. Mit diesen Drohungen und vagen Versprechungen bezüglich Vermeidung sozialer Härten, möglicher Kinderbetreuung, eines „deutlichen“ Freizeitausgleichs wurde eine klare Mehrheit für das neue Schichtsystem erpreßt. Der Betriebsrat sah sich zum Abschluß einer Betriebsvereinbarung gezwungen: ab Frühjahr Laufzeiten von Montag 6.00 bis Sonntag 6.00. – (chk)



Mit den größten Massenprotesten seit Amtsantritt der philippinischen Präsidentin Aquino wandten sich Gewerkschaften und Oppositionsparteien gegen die Preiserhöhungen der Regierung, darunter die von Erdölprodukten um 18%. Am Generalstreik am 26.8. beteiligten sich über zwei Millionen Lohnabhängige. In den Städten legten die Transportarbeiter den öffentlichen Verkehr lahm, auch viele Angestellte schlossen sich dem Streik an. Auf Demonstrationen wurde u.a. die Verstaatlichung der imperialistischen Ölkonglomerate gefordert. Die Regierung mußte einen Teil der Preiserhöhungen zurücknehmen. (sie)



Nach BAG-Urteil wieder entlassen

Ellerbek. Nachdem D. Schlichting, VVN-Vorsitzender von Pinneberg, vor fünf Jahren von Nord-Offset entlassen, weil er sich weigerte, Prospekte für faschistische und kriegsverherrlichende Bücher zu drucken, durch das BAG seine Weiterbeschäftigung erklagt hatte, wurde er kurz nach Aufnahme seiner Arbeit zum 31. August aus „betrieblichen Gründen“ entlassen. Schlichting klagt erneut gegen Nord-Offset. Die IG Druck unterstützt ihn und hofft, daß die Arbeitsgerichte daraufhin urteilen, daß ihre Entscheidungen respektiert werden. – (sip)

Bosch: Freischichten anstatt Kurzarbeit

Stuttgart. Zwischen Betriebsrat und Geschäftsführung von Bosch in Stuttgart-Feuerbach wurde vereinbart, daß mit zwei verbindlichen Freischicht-Tagen im November nach Buß- und Betttag der gesunkenen Nachfrage nach Diesel-Ausrüstung Rechnung getragen wird. Damit könne Kurzarbeit verhindert werden. Außerdem hätte im Falle von Kurzarbeit zuerst der Resturlaub genommen werden müssen. Die circa 1500 Arbeiter aus dem Pumpenwerk dürfen im September und Oktober keine Freischichten nehmen. Eine derartige Planung der Freischichten entsprechend der Auftragslage ist im Werk Feuerbach erstmalig. Mit dieser Freischichtplanung wird der „Saison-Arbeit“

Vorschub geleistet. Trotzdem ist die Ablehnung in der Belegschaft nicht einheitlich, da bisher nur selten die Wünsche der Arbeiter bei der Lage der Freischichten berücksichtigt wurden. – (ros)

Daimler: Einigungsstelle gegen Flexi-II

Stuttgart. Die betriebliche Einigungsstelle bei Daimler-Benz Untertürkheim hat unter Vorsitz des Arbeitsrichters Schwägerle mehrheitlich entschieden, daß im Tarifgebiet Nordwürttemberg-Nordbaden die tarifliche Obergrenze für die wöchentliche Regel-Arbeitszeit bei 40 Stunden liegt. Ab der 41. Stunde falle zuschlagspflichtige Mehrarbeit an. Damit hat sich die IG Metall durchgesetzt. Jetzt will Daimler-Benz vor das Arbeitsgericht gehen, um „Flexi-II“ durchzuboxen: 9- und 10-Stundenschichten und Samstagsarbeit ohne Überzeitzuschlag mit Ausgleich durch Freischichten. – (ros)

Ross verlangt soziales Pflichtjahr

Der Hauptgeschäftsführer des Diakonischen Werks der Evangelischen Kirche in Württemberg, Oberkirchenrat Roos, beklagte, daß erstmals in der 30jährigen Geschichte des „Freiwilligen sozialen Jahres“ sich weniger Helfer(innen) beworben hätten als Stellen zur Verfügung stünden. Um Lücken im Personalbestand der Sozialarbeit zu schließen, forderte er ein soziales Pflichtjahr, d.h. gesetzliche Verpflichtung zur Arbeit für ein Taschengeld. – (evo)

Leistungsbeurteilung bei Nixdorf

„Spielraum in der individuellen Leistungsbewertung“

Wie immer in den letzten Jahren wurden bei der Nixdorf Computer AG in Paderborn die Löhne und Gehälter bereits vor Ablauf des Tarifvertrages in der metallverarbeitenden Industrie erhöht. Diesmal rückwirkend zum 1. März. Zuvor wird eine eingehende Überprüfung der Löhne und Gehälter vorgenommen.

Karlheinz Voll, zuständig im Vorstand für Personal und Ausbildung, erklärte zu der Anhebung in diesem Jahr: „Das ist bei uns nicht einfach mit einer Prozentzahl zu beantworten, denn wie in den Vorjahren brauchen wir einen Spielraum: Wenn Vorgesetzte nicht mit der Leistung eines Mitarbeiters zufrieden sind, werden sie im Einzelfall auch auf eine Anhebung verzichten. Es gibt aber vor allem auch zahlreiche Beispiele dafür, daß wir hervorragende Leistungssteigerungen und die Beförderung in höherwertige Funktionen durch überproportionale Lohn- und Gehaltserhöhungen honorieren. Gerade auch dieser Teil der individuellen Bewertung wird auch in diesem Jahr wie in der Vergangenheit die Einkommensentwicklung der Mitarbeiter in besonderer Weise prägen.“ Als Richtschnur erhalten Lohnempfänger bei gleichbleibender Lohngruppe, Altersstufe und Leistung 3% mehr. Im Angestelltenbereich werden die Effektiv-Gehälter bei unverändert ordentlicher Leistung etwa in gleichem Rahmen angehoben.

Insbesondere im Angestelltenbereich kommt das fein ausgeklügelte System der Leistungsbewertung voll zum Tragen. Bewertet werden im wesentlichen Arbeitsgüte, Arbeitsmenge, Organisation und Planung, Engagement und Selbständigkeit sowie Zusammenarbeit. Dabei muß der Vorgesetzte nach einem festgelegten Fragenkatalog vorgehen. So z.B.:

- Wurden die qualitativen Anforderungen erfüllt?
- Steht die Zeit, die (er) zur Bearbeitung seiner Aufgaben benötigt, in angemessenem Verhältnis zum Arbeitsergebnis? Welche Menge wurde ... insgesamt bewältigt?
- Kann er Arbeitsabläufe und den Einsatz von Menschen und Sachmitteln zweckmäßig organisieren?
- Erweitert er einen Auftrag von sich aus, wenn es der Sache dienlich ist? Wie ... versucht er, ... relativ eintönige und monotone Arbeitsphasen zu überstehen?

Pro Beurteilungsmerkmal gelten 5 Beurteilungsstufen - von 0 bis 8 Punkte - aus denen sich dann die Leistungszulage errechnet, die wiederum voll mit einer eventuell vorhandenen übertariflichen Zulage verrechnet wird. Bei einer durchschnittlichen Bewertung von 20 Punkten ergibt sich eine Leistungszulage von 4% auf das Tarifgehalt. Das Ergebnis bekommt jeder einzeln in einem Vieraugengespräch mitgeteilt. Einsprüche sind möglich.

Das Personalwesen sieht den Hauptzweck der Beurteilung darin, „daß mindestens einmal im Jahr intensiv mit dem Mitarbeiter über seine bisherigen Leistungen und seine zukünftigen Aufgaben gesprochen wird. Dabei sollen die Arbeitsergebnisse festgestellt und bewertet werden, positive Leistungen anerkannt und Mängel kritisiert werden.“ Zudem wird die Beurteilung Bestandteil der Personalakte.

Nachdem die Beurteilung festliegt kann dann der Abteilungsleiter trotz gleicher Beurteilung einzelnen Angestellten zudem noch einmal was drauflegen (die Abteilungen haben ihr eigenes Budget nach Richtlinien vom Personalwesen). So ergibt sich folgende Lage: Es gibt unterschiedliche Einstiegsgehälter bis zu 1000 DM und mehr für die gleiche Funktion. Über gleiche Leistungsbeurteilung wird unter bestimmten Angestelltengruppen vielleicht noch gesprochen, aber über die zusätzlichen Zuschläge nicht mehr. So weiß keiner genau, was der andere verdient, und das individuelle Karrierestreben wird gestärkt. Nicht ein-

mal die Mehrheit der Angestellten-Betriebsräte, die in der IGM organisiert sind, sind bereit, ihre Effektivgehälter zwecks Beitragserhebung durch die IGM anzugeben.

Insgesamt verfügt Nixdorf somit über ein gewaltiges Spaltungsinstrument in der Belegschaft, und zwar insbesondere unter den Angestellten, deren Anteil inzwischen 60 Prozent ausmacht. Unter den Arbeitern gibt es zwar auch die Leistungsbeurteilung und die damit einhergehende Lohndifferenzierung, aber dies ist in einer Tariftabelle für alle offen dokumentiert. Bei gleicher Funktion gibt es eben auch die gleiche Einstufung und Bezahlung. Nur für die Vertiefung der Spaltung benötigt Nixdorf „Spielraum“ in der Lohn- und Gehaltspolitik. Mit durchschnittlich 3% hat Voll die Gehaltserhöhung beziffert. Im Einzelnen wird der „Spielraum“ für die sowieso fällige Anhebung durch Tarifsprünge (eine Gehaltsgruppe höher, bzw. ein Jahr länger in der Gruppe) sowie für die bereits gut dotierten außertariflichen Angestellten (ab 5500 DM aufwärts, da können schon 10% und mehr herauspringen) eingesetzt. Auf der anderen Seite erhalten nicht einmal alle Angestellten das tarifliche Entgelt bzw. genau das.

Nach dem Tarifaufschluß hat die Geschäftsleitung nun folgende Position eingenommen: auf Möglichkeiten der Differenzierung der Wochenarbeitszeit (bislang wurde davon kein Gebrauch gemacht), den sechsmonatigen Ausgleichszeitraum sowie die Mehrarbeitsregelung von 10 Stunden pro Woche + ausnahmsweise 20 Stunden pro Monat wird hingewiesen. Bezüglich der Samstagsarbeit bliebe nach der neuen Formulierung auch zukünftig zuschlagsfreie regelmäßige Samstagsarbeit möglich. Daß dies zuvor mit dem Betriebsrat zu vereinbaren sei, entspreche geltendem Betriebsverfassungsrecht. Betriebliche Arbeitszeitregelungen sollen nun daraufhin überarbeitet werden. Der Betriebsrat kann sich auf einiges gefaßt machen.

Weiter liege der Lohnabschluß zwar geringfügig über der 3% Erhöhung, aber daran soll nichts geändert werden, weil

- es erhebliche übertarifliche Zulagen gebe (selbst bei denjenigen, die nur 3% Effektivverhöhung erhalten hätten, liege die Erhöhung nur leicht unter der Tarifierhöhung).
- die Erhöhung bereits einen Monat früher gezahlt wurde
- in den vergangenen Jahren Erhöhungen erheblich über Tarif gezahlt wurden. Dies sei wiederum eine wesentliche Ursache für die relativ hohen übertariflichen Zulagen.
- die Mehrzahl der Beschäftigten bereits Effektivverhöhungen weit über 3% erhalten habe.

Auch 1988 wollen die Kapitalisten ihre eigenständige Lohn- und Gehaltspolitik fortsetzen. Allerdings ist von der Anstrengung eines Haustarifvertrages durch Ausscherung aus dem Arbeitgeberverband, wie vom Vorstandsvorsitzenden Luft auf der diesjährigen Hauptversammlung der Aktionäre geäußert, derzeit nicht mehr die Rede.

Der Betriebsrat - die IGM hält 24 von 33 Sitzen, trotz eines Organisationsgrades von 8% - hat zur Position der GL noch nichts verlauten lassen. Bezüglich der Gehaltsfindung hat die IGM-Angestelltenliste anlässlich der Betriebsratswahl 87 die Gehaltsbandbreiten zu veröffentlichen und den klaren Zusammenhang von Leistung und Gehalt, wie es z.B. IBM praktiziert, einzuführen. Dazu müsse die Betriebsvereinbarung „Leistungsbeurteilung für Angestellte“ völlig überarbeitet werden. - (Iuf)

Tarifgehalt	Nixdorf Paderborn Gehaltsumfrage 86 jeweweils Tarifendstufe gerundet		IBM Deutschland Zielgehalt 86 gerundet
NRW K 12 Baden-Würt	1.773 1.611	2.176 DM 2.186 DM	bei 20-22 Punkten 2.400 DM mittlerer Leistungsbereich 3.000 DM
NRW K 13 Baden-Würt	1.971 1.972	2.413 DM 2.612 DM	bei 20-22 Punkten 3.000 DM mittlerer Leistungsbereich 3.300 DM
NRW K 14 Baden-Würt	2.521 2.614	3.090 DM 3.158 DM	bei 20-22 Punkten 3.300 DM mittlerer Leistungsbereich 4.000 DM
NRW K 15 Baden-Würt	3.189 3.156	3.906 DM 3.868 DM	bei 20-22 Punkten 4.300 DM mittlerer Leistungsbereich 4.000 DM
NRW K 16 Baden-Würt	4.037 4.319	4.945 DM 4.730 DM	bei 20-22 Punkten 4.750 DM mittlerer Leistungsbereich 5.200 DM
AT Bereich untere Führungssebene			bei 20-22 Punkten 5.800 DM mittlerer Leistungsbereich 6.000 DM

documenta 8 in Kassel

Auf der Suche nach sozialer Rechtfertigung

1955 initiierte die ein Jahr zuvor in Kassel gegründete Gesellschaft „Abendländische Kunst des 20. Jahrhunderts e.V.“ und insbesondere der Malereiprofessor und Designer Arnold Bode die erste „documenta“, in deren Programmankündigung es damals hieß: „Das Anliegen der Ausstellung ist, in einer klaren, knappen Auswahl und auf europäischer Ebene die Entwicklungslinien der bildenden Kunst unseres Jahrhunderts ... dokumentarisch nachzuzeichnen und die heute erreichten Positionen in möglicher Schärfe zu bestimmen.“ Unter dieser Prämisse hatten die ersten drei documentas – deren Chefideologe, der Kunsthistoriker Werner Haftmann, die Wirkung der Ausstellungen mit einer zweibändigen Geschichte der „Malerei im 20. Jahrhundert“ untermauerte – einen sehr wesentlichen Anteil daran, daß die abstrakte Kunst bis weit in die 60er Jahre hinein zur herrschenden in Westdeutschland gemacht und das Wiederaufleben der vom Faschismus ausradierten realistischen Kunst verhindert wurde. „Nun sind wir bei der achten Ausgabe dieses anfangs singulären Pionierunternehmens angelangt, das Deutschland den Anschluß an die moderne

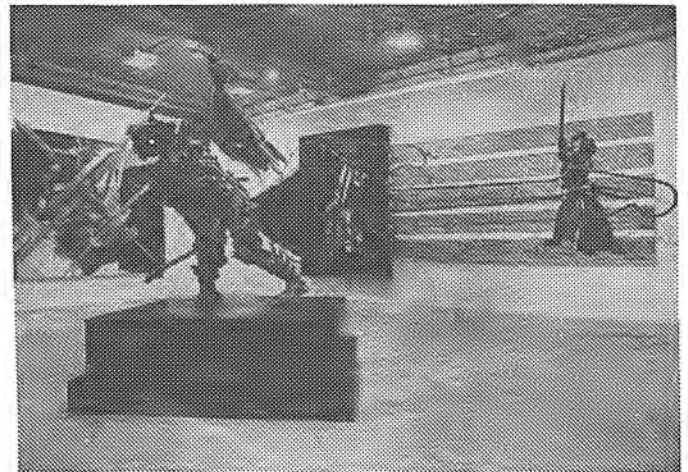
„Westkunst“ zurückerwarb und einen der vordersten und interessantesten Plätze im internationalen Wettbewerb erobern half“, schreibt die FAZ zur Eröffnung der diesjährigen Ausstellung (12. Juni bis 20. September).

Das Motto der documenta 8: „Die Kunst gewinnt eine neue historische und soziale Dimension.“ Ausgestellt werden auf 6000 qm Raum und vielen Plätzen in der Stadt Werke von Künstlerinnen und Künstlern, die „den historischen, kulturellen, urbanen, sozialen Raum suchen, ... die einen Schritt von der documenta 6 (in der es um Formuntersuchungen, Materialdemonstrationen, Selbstreflektion der Medien, Malerei über Malerei, um Plastiken ging, die auf „individuelle Körpererfahrungen“ zielten, d. Verf.) zur documenta 8 verkörpern. Einen Schritt, der von den fünf Sinnen zu Denken, Wissen, Assoziationen, gesellschaftlicher Einsicht führt. Von der reinen Wahrnehmung zur Erinnerung und Verantwortung. Von der direkten Körpererfahrung zum Bewußtsein der Umwelt.“ (M. Schneckenburger, künstlerischer Leiter der documenta 8)

Zwei Beispiele, die von den Veranstaltern als ty-

pisch für diese „neue Richtung“ propagiert werden: „1+1+1“ des Chilenen Alfredo Jaar. „An der Wand drei 1 mal 1 m große Leuchtkästen mit Fotos aus seiner Heimat, Elendsbilder

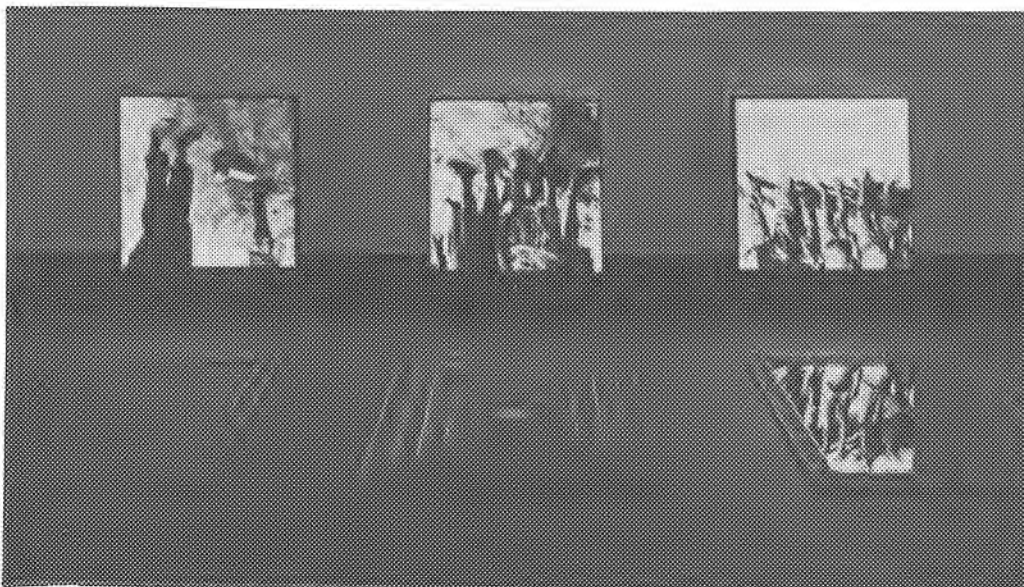
der einen Goldrahmen ... Im dritten Fall spiegelt sich die Wirklichkeit im Rahmengeviert, der Kunst. Das Ganze: eine anschauliche Frage nach dem Verhältnis von Wirklichkeit und Kunst



Robert Longo, Samurai Overdrive, Machines In Love, All ihr Zombies, 1986

chilenischer Wanderarbeiter. Auf dem Boden vor jedem Leuchtkasten ein gleich großer Goldrahmen mit üppigem Ornament. Der erste Rahmen bleibt leer, der zweite schachtelt immer kleiner werdende Rahmen in sich ein, in den dritten ist ein Spiegel eingesetzt. Die Fotos repräsentieren das Leben, die Wirklichkeit, den Rahmen der Kunst. Im ersten Fall fehlt jeder Austausch – Leben und Kunst sind vollständig voneinander isoliert. Im zweiten Fall befaßt die Kunst sich nur mit sich selbst – ein Goldrahmen rahmt einen Goldrahmen,

...“ (M. Schneckenburger). Aber keine Auseinandersetzung mit der Wirklichkeit in Chile. „Aus New York schickt Robert Longo zwei große Reliefbilder und eine Skulptur. Erstes Bild: Ein Samurai als Inbegriff für männliche, kriegerische Aggressivität, daneben ein undefinierbar technisches Element, ursprünglich Griff eines japanischen Sargdekels, das zur Schraube oder Rakete wird und sich in einen schwarzen Raum abstößt. Computerstreifen laufen in einer Spitze aus Bruchglas aus. Ich deute die komplexe Arbeit nicht aus, doch kein Zweifel, Aggressivität, Gewalt, Drohung, Technik konzentrieren das Szenario einer bedrohten Gegenwart. Auf der gegenüberliegenden Wand: das Bild eines Apparateils, ein mörderisches Insekt aus Stahl, ein Killer-Satellit? ... Wer will, kann in der Skulptur, einem affenartigen Zombie-Monument zwischen amerikanischem Kriegerdenkmal und Science-Fiction, den Überlebenden eines finalen Dramas sehen.“ (M. Schneckenburger) Solche „Endzeit-Visio- nen“ sind noch mehr zu finden – auch in einer in der Ausstellung an zentraler Stelle platzierten mehrteiligen Plastik von Joseph Beuys, der als Leitfigur



Alfredo Jaar, 1+1+1, 1987

auch oder gerade nach seinem Tod auf der documenta erneut gefeiert wird.

Wie die Absicht der Veranstalter einzuschätzen ist, die bürgerliche Kunst „wieder“ als „verantwortungsbewußt“ gegenüber der gesellschaftlichen Wirklichkeit aufzubauen, zeigt auch das Werk des Japaners Kawamata, das in den Artikeln der FAZ über die documenta genauso gelobt wird wie die „strahlend schönen, ebenso festlichen wie raffinierten Gemälde Gerhard Richters aus seiner jüngsten, abstrakten (!) Produktion.“ „Den Japaner fasziniert der Kreislauf von Entstehen und Vergehen, in den er die Kunst zurückführen will. Ihn zog eine historische Ruine an (die ehemalige Kasseler Garnisonskirche!, d. Verf.) die, desolat und sinnlos, nur in Grundmauern und Teilen der Fassade stehenblieb. Kawamatas Werk ist wie ein Gedicht, es umfaßt und überspielt (!) das Überbleibsel und füllt es für kurze Zeit wieder mit strömendem Leben.“ (E. Beaucamp, FAZ) Kapitalismus-Kritik ist auf der gesamten documenta lediglich in einigen Plakaten und Postkarten von Klaus Staack und in der Arbeit von Hans Haacke zu finden, der die Beteiligung der Deutschen Bank und Daimler-Benz an der Ausbeutung und blutigen Unterdrückung des azanischen Volkes anprangert. Dafür stellt dann auch der Franzose Ange Leccia das neueste Mercedes-Modell unter dem Titel „Die Ver-

führung“ als Kunstwerk aus, in der Abteilung Design und Architektur, die es erstmals auf einer documenta gibt.

Wichtig zu erwähnen ist noch, daß neben der Propagierung einer ganz bestimmten Kunst solche Veranstaltungen wie die documenta mehr und mehr einen Eigenwert dadurch erhalten, daß sie zu den klassischen kulturellen Unterhaltungsstätten wie Theater, Kino, Music-Hall bewußt in Konkurrenz treten sollen. Das erklärt auch, warum die meisten der ausgestellten Werke eigens für die documenta hergestellt worden sind und in mehreren Kommentaren von der reinsten „Materialschlacht“ gesprochen wird. Der Geschäftsführer der documenta 8 rechtfertigt denn auch die Kosten von mindestens 8,5 Millionen DM (Stadt Kassel und Land Hessen jeweils 1,5 Millionen DM, 1,5 Millionen DM als sog. Spitzenförderung des Bundes, der Rest aus Eintrittsgeldern und Lizenzen für Verlage, Gastronomie usw.) damit, daß für die Stadt Kassel und die nordhessische Wirtschaft ein Profit von 40 bis 50 Millionen DM herauspringt.

Zum Studium der ökonomischen und ideologischen Grundlagen des heutigen bürgerlichen Kunstbetriebes eignet sich sehr gut der von der documenta GmbH in Zusammenarbeit mit dem Hessischen Institut für Lehrerfortbildung herausgegebene Band „Materialien zur documenta 8“ – (uwa)

Mittelschichten

Neubelebung der Mundart am Beispiel Kölsch

Im Kölner Verlag Bachem ist eine Untersuchung von Gabriele Reinert-Schneider erschienen, in der sie unter der Fragestellung „Gibt es eine Dialektrenaissance?“ untersucht, welche Interessen die Produzenten von kölscher Mundartkunst und ihr Publikum verfolgen.

Durchweg gehören sie zu Teilen der Gesellschaft, die die Verfasserin als „Mittelschichten“ zusammenfaßt. Drei Gruppen lassen sich jedoch deutlich unterscheiden. Einmal handelt es sich um Vertreter und Anhänger des untergehenden Kleinbürgertums. Diese Gruppe ist stark konservativ eingestellt. Sie hält ein Kölsch für pflegenswert, das ehemals von den in der Kölner Innenstadt wohnenden Patriziern gesprochen wurde und sich heute von anderen Formen der Mundart durch eine streng geregelte runde Lautgebung, abgegrenzt von einer als ordinär diffamierten breiten Aussprache, und durch die Unfähigkeit, neue Wörter in den Wortschatz aufzunehmen, abgrenzt. Als Kunstformen pflegen sie Lyrik und Erzählungen. In beiden trauern sie der bereits untergegangenen ständischen Ordnung nach, in der die selbständigen Kleinbürger an angesehener und einflußreicher Stelle standen. Gesellschaftlich betätigen sie sich in Karnevalsvereinen und im „Heimatverein Alt-Köln“.

Die zweite Gruppe, die gemäßigt konservativ eingestellt ist, sucht und findet ihre Basis in den Stadtvierteln, setzt sich durch eine Sprache, die begrenzt auch Neuerungen zugänglich ist, ab von der Bourgeoisie, die sich in Verwaltung und Politik der Hochsprache bedient. Diese Standardsprache wird von den Verfechtern des bedrohten Gemeinschaftslebens im „Veedel“, dem Stadtviertel, als „kalt“ und unbrauchbar für den Ausdruck von Gefühlen abgelehnt. Die Ergebnisse ihrer Kunstanstrengungen liegen vor in Dramen, wie sie z.B. das Hänneschentheater auführt, ein Kölner Stockpuppentheater, das unter Beteiligung des katholischen Klerus, des Adels und des Bildungsbürgertums als „National-Puppentheater“ 1802 gegründet wurde und sich gegen die französische Besatzung richtete. Es entwickelte sich zur moralischen Anstalt für Handwerker und andere kleine Leute, denen es Werte wie Heimmattreue, Selbstverwaltung und Nationalgefühl beibringen sollte. Zu dieser Richtung gehört auch das Volkstheater Millowitsch. Der erste Millowitsch, der 1894 vom Puppenspiel zum persönlichen Spiel überwechselte, ist der Erfinder der Figuren Tünnes und Schäl. Schäl repräsentiert das Schlechte, nämlich städtische Eigenschaften wie Unehrlichkeit, Schludrigkeit, während Tünnes zwar doof ist, aber ländliche Tugenden als „guter Nachbar“ vertritt. Heute beschränkt sich diese Bühne auf das Hochhalten der Familie als grundlegend für eine Gesellschaftsauffassung, in der Klassengegensätze verhüllt und versöhnt werden sollen.

Von den vorigen Gruppen mehr oder weniger angefeindet, läßt sich eine dritte feststellen, von der man behaupten kann, sie bewirke eine Renaissance des Dialekts. Damit soll ausgedrückt werden, daß sie auf Formen der Sprache und der Kunst zurückgreift, um sich von der herrschenden Klasse abzugrenzen, sich aber nicht des Erhaltung des Alten, sondern der Schaffung von etwas Neuem widmet. Sie produziert vor allem Lieder, in denen der Text wichtig ist. Der bekannteste Vertreter ist wahrscheinlich die Rockgruppe BAP. Diese Richtung drückt emanzipatorische Interessen der Intelligenz aus, wendet sich gegen die Herrschaft der Bourgeoisie, soweit sie ihr Bestreben nach De-



Tadashi Kawamata, Projekt „Zerstörte Kirche“, 1987

mokratie, Selbstverwirklichung des Individuums und nach einem guten gesunden Leben unterdrückt. In der Verwendung der kölschen Mundart scheren sie sich nicht um die Maßstäbe der Traditionspfleger. Ihre Sprache ist weder der Dialekt der Innenstadt noch eines Viertels, sondern eher ein abgeschliffener Regionaldialekt. Durch Aufnahme von Wortschatz aus der Jugend- und Szenesprache, durch Anverwandlung von Fremdwörtern aus dem Englischen ist diese Sprache nicht nur lebendig und ausdrucksfähig, sondern sie findet auch Anhänger in der arrivierten Intelligenz anderswo, die hiermit auch ein Mittel hat, auf die demütigende Diskussion ihrer „Sprachbarrieren“, mit denen die Bildungsreform der sechziger Jahre einherging, zu reagieren.

(Gabriele Reinert-Schneider, Gibt es eine Dialektrenaissance? Überlegungen und Analysen zum Kölner Raum, Bachem, Köln 1987 – anl)

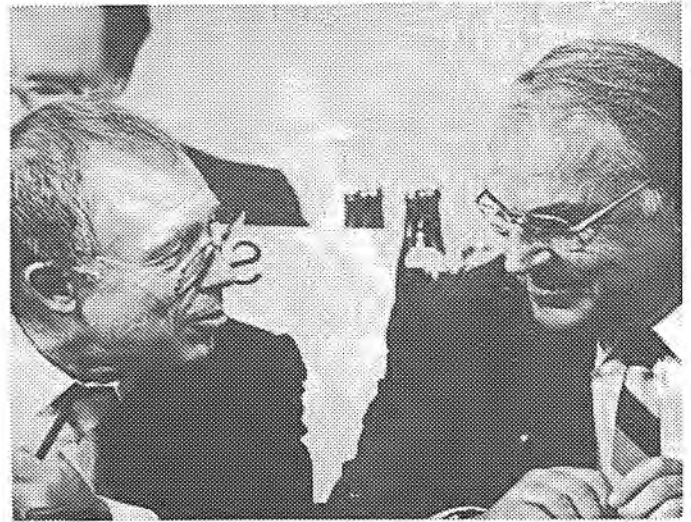
CDU/CSU

Bewirkt die Flügelbildung eine Schwächung der Rechten?

In den Unionsparteien wächst die Tendenz zur Flügelbildung. Drückt das eine Schwäche der Rechts-Parteien aus, wie einstimmig die Ansicht in der bürgerlichen Presse ist? Die nachfolgende Betrachtung geht von der Ansicht aus, daß sich eine solche Schwäche in der faktischen Politik niederschlagen müßte und versucht am Beispiel Blüm/Chile und Kohl/Pershing la Konsequenzen der Flügelbildung im Unionslager darzustellen. Schließlich wird versucht zu zeigen, daß, obzwar die Flügelbildung zu einer Festigung des reaktionären Lagers auf längere Sicht führen kann, die Meinungsverschiedenheiten zwischen z.B. Strauß und Geißler nicht bloßes Gemache sind, sondern auf einem strategischen Problem beruhen, das die Union hat.

Chile: Blüm strahlt vor der Kulisse einer Diktatur

Die BRD hat in Chile besonderen Einfluß. Einmal ist sie einer der großen Kupferverbraucher der Erde, und Chiles Hauptexportgut ist Kupfer. Sodann wanderten nach Chile eine große Zahl deutschsprachiger Europäer aus. Das schafft kulturelle Verbindungen. Als Norbert Blüm in Chile die Anwendung der Folter kritisierte, gab es in der BRD ein heftiges Echo. Der zuständige Innenminister Zimmermann, mit dem Ansinnen konfrontiert, Gefolterten und zum Tode Verurteilten des chilenischen Widerstands Asyl zuzusichern, lehnte ab. Strauß erklärte, daß gewaltsam erpreßte Geständnisse keineswegs falsch sein müßten. Blüm, Geißler und dann auch Kohl nahmen in der Öffentlichkeit den Standpunkt ein, daß die Folter ein unerlaubtes Mittel sei. Läßt sich das als eine Linksentwicklung auffassen? Bestand etwa vorher in den Unionsparteien eine Strömung, die sich positiv zur Folter geäußert hätte? An dieser Stelle muß daran erinnert werden, daß Ernst Albrecht, Ministerpräsident in Niedersachsen, zwar in seiner Doktorarbeit Folter unter gewissen Bedingungen (zur Verhinderung eines ungeheuerlichen Verbrechens etc.) für erlaubt und angebracht erklärt hatte. Als er jedoch aus dem Bahlken-Keks-Management ins Staatsamt wechselte, sah er sich zu einer Distanzierung genötigt. Etwas anderes ist freilich, daß die BRD in ihren Haftanstalten Isolationshaft betreibt mit dem erklärten Ziel, den Willen der Inhaftierten zu beugen. Bis jetzt behaupten die staatlichen Stellen, die Isola-



tion von Gefangenen sei keine Folter. Müßte aber zugegeben werden, daß diese Isolation doch als Folter gelten muß, würden vermutlich auch die entsprechenden Urteile fragwürdig. Denn die Folter ist – nach feststehender bürgerlicher Ansicht – nicht nur ein unerlaubtes, sondern vor allem auch ein ungeeignetes Mittel zur Feststellung der allein erheblichen Tatsachen. Gerade auf die Beziehung von Folter und Tatsachen hat aber Strauß in seinem berühmten Urlaubsinterview gezielt:

„Glaubt man denn wirklich, daß man mit der Aufnahme von Mitgliedern einer verbrecherischen Organisation, die ja nicht unschuldig im Gefängnis sitzen – sicherlich sind sie unfein behandelt worden, sind Geständnisse mit Gewalt erpreßt worden, das heißt noch lange nicht, daß die Geständnisse falsch sind. Nur die Methoden sind falsch, mit denen sie erpreßt worden sind. Glaubt man denn, daß unsere Bürger, wenn das Ganze allmählich zum Bewußtsein kommt, glücklich darüber sind, jubeln werden? Haben wir denn nicht genug unerkannte oder unidentifizierte Mörder aus den terroristischen Aktionen in Deutschland?“

Von vielen Seiten wurde erkannt, daß nur eine gefährlich verrohte Person Folterqualen als unfeine Behandlung charakterisieren wird. Der bayerische Ministerpräsident hat jedoch hinter die Provokation eine Sachaussage gesetzt. Daß Geständnisse nicht falsch sein müßten, bloß weil sie mit Gewalt erpresst worden seien, ist eine große Wegwendung von der Vernunft. Es ist seit langem unbestritten, daß die Folter aus dem Verhörten nur herauspressen kann, was der Verhörende an Vermutung hineingelegt hat. Denn der Entschluß zur Folter kommt ja nur aus der Festigkeit der Vermutung, und ein Ende der Qual erreicht der Gefolterte folglich nur, indem er die Vermutung des Folternden errät und sagt, was der hören will. Durch Folter erpreßte Geständnisse geben nur die Phantasien der Folterer wieder, sonst nichts. Als terroristisches Strafmittel versagt die Folter nie, das Geständnis, das der Qual einen Anstrich von Begründung gibt, bleibt fast nie aus. Indem Strauß der Folter den praktischen Zweck zubilligt, reißt er ein Haupthindernis für den Einbau der Folter ins bürgerliche Recht weg. Die Sachdienlichkeit der Folter zur Findung der Wahrheit ist in der Union ein Thema geworden, in der CSU sogar Mehrheitsmeinung.

Blüms Trick bestand darin, das Für und Wider auf die Frage der Folter zu konzentrieren. Da in Chile ja eine parlamentarisch einwandfreie Regierung samt Anhängern durch das vom freien Westen unterstützte Militär gewaltsam gestürzt wurde, sollte sich für einen guten Parlamentarier die Frage stellen, ob die Regierung legitim oder

nicht vielmehr der Widerstand legitim sei. Blüm akzeptiert die Legitimation des Pinochet-Regime und übt Kritik auf dieser Grundlage. Er verlangt keineswegs, daß die BRD den Widerstand in Chile anerkenne. Deswegen führt er auch keine direkte Kritik an der Behauptung Zimmermanns, den zum Tode Verurteilten geschehe im Grunde recht. Fakten unterstreichen Argumente. Die bis jetzt bestehenden Fakten unterstreichen das Argument, egal ob Folter oder nicht, das chilenische Regime sei jedenfalls in der Lage, Tatsachen festzustellen, die von allen anerkannt werden müßten. Betreffend die in Chile Inhaftierten wird sich für sie das Interesse ergeben, eine Nichtbeteiligung am bewaffneten Widerstand in Chile glaubhaft zu machen. Der Druck, der auf ihnen lastet, wird nicht gemindert, sondern erhöht. Eine Besserung der Situation würde nur eintreten, wenn es gelänge, z.B. Blüm zu einer Distanzierung vom Pinochet-Regime bzw. zur Anerkennung der Berechtigung des Widerstandes zu zwingen. Bildlich gesprochen schlägt der eine Unionsflügel der Wahrheit von vorne ins Gesicht, während der andere ihr von hinten versucht, die Hände zu binden.

Kohl erholt sich im Schatten der Pershing 1a

Aber hat Kanzler Kohl nicht in der Abrüstungsfrage tatsächlich nachgeben müssen und nachgegeben? Hat Kohl nicht geradeheraus erklärt, daß die BRD nichts mehr dagegen habe, wenn die USA mit der UdSSR auch über die Pershing 1a-Abmachung verhandelt, die zwischen den USA und der BRD nun einmal besteht? Ist das nicht großzügig und springt hier nicht die Regierung mutig über den eigenen schwarzen Schatten, z.B., weil ihr der Frieden ein teures Gut ist? Kohls Äußerung hat zunächst einmal die Unionsparteien von der schwierigen Aufgabe entbunden, ihre Pershing 1a-muß-sein-Position begründet aufzugeben. In der Tat bildet sich in den Unionsparteien, in der CSU in der Mehrheit, in der CDU in der Minderheit, der Standpunkt aus, so weit habe man der Sowjetunion nicht entgegenkommen sollen. Es bildet sich eine starke, auf allen Staats- und Parteebenen vertretene So Nicht! Fraktion. Zu welchem Ziel? Dazu Wörner in der FAZ bereits vom 30.6.:

„Die abschreckende Wirkung taktischer Nuklearwaffen ist umso größer, je tiefer diese Waffen in den Warschauer Pakt hineinreichen. Das heißt, zur flexiblen Reaktion brauchen wir auch solche taktischen Nuklearwaffen, die das Territorium der Sowjetunion erreichen können. Wenn die doppelte Null-Lösung verwirklicht wird und wir damit auf einen besonders wirksamen, also abschreckenden Teil unserer Atomwaffenträger verzichten, dann ist die entscheidende Frage: wie halten wir unsere Strategie wirksam? Durch Auffüllen unserer Atomwaffenvorräte mit einer Reichweite unterhalb 500 Kilometer – Nein. Durch luftgestützte und seegestützte taktisch-operative Atomwaffen größerer Reichweite? – Ja.“

Die BRD, vertreten durch Wörner, präsentiert hier einen Plan, den strategischen Schlag gegen die UdSSR differenziert zu führen. Wörner kandidiert, wie inzwischen sicher ist, für das Amt des Nato-Generalsekretärs und damit für einen Posten, der langfristige strategische Planung ermöglicht. Es ist also eine Ausweichmöglichkeit bereits geschaffen. Selbst wenn die derzeit laufenden Abrüstungsgespräche zum Erfolg führen, liegt in der BRD bereits eine Strategie der Aufrüstung bereit. Luft- und seegestützte taktisch-operative Atomwaffen, das heißt, die UdSSR von den angrenzenden Meeren mit weiteren U-Booten umgeben, sie mit Patrouillenflügen zu umstreifen, sie nicht an einer Front, sondern vielseitig und umfassend zu bedrohen. Die Einrichtung solcher Systeme wird ein echtes High-Tech

Problem werden, die Beweglichkeit des Stationierungsortes in der Luft bzw. auf dem Wasser und die Orientierung auf den taktisch-operativen Einsatz verlangt eine extrem zuverlässige Informationsverarbeitung. Unter dem Mantel des Abrüstungswillens läuft sich also schon die Clique für Aufrüstung warm. Die Flügelbildung dient in diesem Falle lediglich der Glaubhaftmachung, die Deutschen müßten für ihren Verzicht was kriegen, z.B. den Nato-Generalsekretärsposten. Ein schmutziges Spiel.

Taktik im Stile Geißlers

Besonders die CSU behauptet, die CDU gehe, geführt durch Geißler, nach links. Grund für diese Annahme findet sich in der fettleibigen Wahlanalyse, die Geißler der CDU vorgelegt hat. Dort heißt es:

„Der Wählermarkt in der Bundesrepublik ist offener geworden ... Das neue Wechselverhalten wird verursacht durch sozialen Wandel, Wertewandel und stärkere Orientierung am persönlichen Lebensstil. Zudem ist es auch leichter, innerhalb eines politischen Lagers zu wechseln.“

Wahlstrategien dürften nicht länger auf sozio-strukturelle Merkmale der Wähler abzielen, sondern müssen Stimmungen, Lebensstile und aktuelle Haltungen zu wichtigen politischen Problemen ebenso mit einbeziehen wie grundsätzliche Werthaltungen. Nicht nur auf wirtschaftliche und soziale Interessen, auch auf das Stilempfinden der Wähler muß Rücksicht genommen werden. Nur so kann übrigens ein weiteres Abschmelzen der Stammwähler verhindert werden, die nach wie vor die Wählermehrheit darstellen ... Für die CDU als Volkspartei kommt es darauf an, eine neue breite Wählerkoalition herzustellen, die soziale und wirtschaftliche Interessen, politische Ziele und Werthaltungen zusammenbindet. In Programm, Personen und Stil muß die CDU ihre strukturelle Mehrheitsfähigkeit in der politischen Mitte ausbauen. Die Zielgruppen sind der neue Mittelstand, die Arbeiter, Jungwähler, Frauen und die Menschen im ländlichen Raum.“

Als entscheidenden Ansatzpunkt sieht die CDU-Analyse dabei das exquisite Abschneiden der Union bei den „Angestellten, die mit neuer Technologie umgehen“. Dort habe die Union bei der Bundestagswahl 47% erzielt, die SPD bloß 31%, die Grünen 14% und die FDP 9%. Die CDU atmet in der Analyse hörbar auf: die Ausdehnung der Lohnverhältnisse auf immer mehr gesellschaftliche Funktionen muß also nicht zu dauernden Verlusten der Parteien des Eigentumes führen? Wenn bloß Rücksichtnahme aufs Stilempfinden fehlt, dann kann die Union den Dr. Stilvoll anders ansprechen als den Metzgermeister Grobschlacht. Der eine verspricht sich vom Staat den Schutz seines Eigentumes, der andere den Schutz seiner Stellung, für beides kann die CDU kompetent sein. Kann die Unionspolitik die Gewährleistung der beruflichen Stellung garantieren? Dagegen spricht, daß die Umwälzung der Produktion zwar eine Reihe von beruflichen Fertigkeiten zur Mangelware hat werden lassen, die gut gezahlt wird und Mangelware bleibt, solange die Prosperität anhält. Aber schon jetzt besteht ein starker Erosionsprozeß, und Anwärter auf hervorragende Stellungen sind plötzlich froh, wenn sie eine ganz normale Arbeit finden. Kann die Union die hier absehbar aufkommende Enttäuschung integrieren? Wird sie sich dabei nicht Klassenkampfadeen einhandeln, oder wenigstens reformistische, die hernach stören, wenn die Partei in die Verantwortung muß und nicht Stil braucht, sondern Knüppel? Die gegenwärtige Konstellation zwischen den Flügeln des Regierungslagers führt jedenfalls zu der massenhaften Illusion, es habe Sinn und Verstand, um die Linie der CDU zu kämpfen, wo es doch darum geht, die Grundanschauungen dieser Reaktionäre zu erschüttern. – (maf)

Befreiungskampf in Kurdistan

Die BRD ist „eine derjenigen Kräfte, deren Interessen in Kurdistan mit am meisten bedroht sind“

Das folgende Interview mit dem Kurdistan-Komitee in Köln führte die Redaktion Ende August. Das Komitee bemüht sich um eine Unterrichtung der Öffentlichkeit

über den bewaffneten Befreiungskampf in Kurdistan unter Führung von PKK und ERNK. Die Zwischenüberschriften sind von der Redaktion eingefügt. – (rül)

Die Behörden der BRD sind ihren türkischen Freunden auf den Leim gegangen

Frage: Das Amtsgericht Köln hat entschieden, die bei kurdischen Patrioten beschlagnahmten Gelder wieder zurückzugeben. Sind auch alle anderen beschlagnahmten Gegenstände, Aufzeichnungen usw. inzwischen wieder zurückgegeben? Ihr hattet die Befürchtung geäußert, die westdeutschen Polizei- und Geheimdienst-Organen würden die beschlagnahmten Bezugsadressen etc. an den türkischen Geheimdienst weiterreichen und damit die Verantwortung tragen für Massaker in der Türkei. Habt Ihr bereits von Razzien, Hausdurchsuchungen, Verhaftungen in der Türkei bei diesen Adressen gehört?

Kurdistan-Komitee: Ihr hattet ja in den Politischen Berichten über diese Polizeiaktion berichtet, deswegen werden wir gleich auf den aktuellen Stand des Verfahrens eingehen. Mittlerweile ist bekannt, daß es zwei zusammenhängende Verfahren gibt. Das erste Verfahren ist begründet mit „Freiheitsberaubung“ (die Aktion in Köln am 27.7.), das zweite wegen „Verdacht auf das Verbrechen nach §129a, der Bildung einer terroristischen Vereinigung im Umfeld PKK/ARGK oder/und ERNK“. Die Akten zu dem ersten Verfahren sind jetzt freigegeben worden, die zu dem zweiten Verfahren stehen immer noch unter Verschuß, es wird allgemein erwartet, daß vor allem unser Geld demnächst zurückgegeben wird. D.h. aber auch, daß keine weiteren „Verdachtsmomente“ für die angebliche „Begründung“ gefunden worden sind. Das ist ja von der ERNK in mehreren Erklärungen vorher gesagt worden, daß sich keine in der BRD strafbaren Materialien unter den Sachen befinden. Kurz gesagt, die zuständigen Behörden in der BRD sind ihren türkischen Freunden auf den Leim gegangen. Wie nun die BRD weiter gegen die kurdischen Patrioten im Ausland vorgehen wird, ist schlecht kalkulierbar. Das Problem liegt jetzt insbesondere bei den Bezugsadressen, die beschlagnahmt worden sind. Uns sind zwar noch keine konkreten Verfolgungsmaßnahmen in der Türkei oder Kurdistan bekannt, aber wie gesagt, vorerst. Man muß jetzt Druck auf die Behörden ausüben und vor allem in der Öffentlichkeit

über die möglichen Folgen aufklären. Auch kann man davon ausgehen, daß Rebmann die verschiedenen patriotischen Kreise in der BRD nicht in Ruhe lassen wird. Aber es gibt eine „Hoffnung“, nämlich, daß er aus der Praxis seiner schwedischen Kollegen Lehren zieht. Die SÄPO (der schwedische Geheimdienst) mußte nämlich seine 1984 gemachte Bewertung, die PKK und ihre Sympathisanten seien „Terroristen“, vor wenigen Wochen offiziell zurücknehmen.

Die Entwicklung des Befreiungskampfes

Frage: Die PKK beurteilt den Putsch der türkischen Militärs 1980 als eine Reaktion vor allem auch auf die Entwicklung des Widerstandes des kurdischen Volkes gegen den türkischen Kolonialismus schon zum damaligen Zeitpunkt. Wie hat sich der Wider-

stand in Kurdistans ist eine objektive Realität. Die PKK und ihre Vorläuferorganisation, die „Revolutionäre aus Kurdistan“, haben angefangen, ab 1976 ihre Gedanken zu propagieren. Die Propaganda der PKK zur nationalen Frage, die Fragestellung und der Lösungsweg, der vorgeschlagen wurde, hat vor allem in der kurdischen Jugend Zustimmung erhalten. In der Phase des Übergangs von der ideologisch-theoretischen Propagandaarbeit zur Parteibildungsphase ging die PKK auch dazu über, konkret die Massen zu organisieren. Dabei wurden verschiedene Organisationsformen benutzt und angewendet. Teilweise wurden bestehende Organisationen übernommen. Insbesondere in Gebieten, in denen die PKK ihre Autorität gefestigt hatte, wurden auch die Strukturen von legalen Gewerkschaften, Schülerkomitees, Vereinen usw. benutzt. In drei Städten wurden revolu-



Eine Einheit der Volksbefreiungsarmee Kurdistans (ARGK)

stand damals manifestiert, und welche Politik hat die PKK damals verfolgt?

Kurdistan-Komitee: Ja, die PKK betrachtet als einen der Hauptgründe des Putsches den Widerstand des kurdischen Volkes, der von der PKK geführt wurde. Es ist allgemein bekannt, daß der Putsch nicht etwa nur ökonomische Hintergründe hatte. Der Widerstand der Volksmassen, vor allem

tionäre Bürgermeister von der PKK aufgestellt und die Wahlen gewonnen, u.a. in Batman, der am meisten industrialisierten Stadt in Nord-West-Kurdistan. In vielen Gebieten wurden die regionalen Gewerkschaftsvertretungen von der PKK gestellt und die Arbeitskämpfe organisiert. Dem kolonialistischen Bildungssystem wurde ein schwerer Schlag versetzt, indem die

Schüler sich durch monatelange Boykotte am revolutionären Prozeß beteiligten. Teile des städtischen Kleinbürgertums, insbesondere der werktätige Teil, standen teilweise voll hinter der PKK. Während der „Roten Woche“ (von der PKK proklamierte Widerstandswoche Ende April 1980) waren fast alle Läden in den meisten Städten Kurdistans geschlossen worden, damit sich dieser Teil des Volkes in dieser Form am anti-kolonialistischen Widerstand beteiligte. Auf dem Lande waren die Organisationsformen etwas verschwommener, da es traditionell keine Organisationen der Bauern in Kurdistan gab. Deswegen waren vor allem Aktionen ein wichtiger Teil der Organisation der Bauern. Landbesetzungen usw., aber auch teilweise bewaffnete Aufstände gegen die Großgrundbesitzer sind die Hauptform des Widerstandes der Bauern unter der Führung der PKK gewesen. Diese Kampfform gehörte zu einer der Hauptformen der Organisation der Bevölkerung durch die PKK und des Kampfes gegen den Kolonialismus.

Die PKK hatte vor dem Putsch eine wichtige und große Massenbasis, die sich mit Millionen beziffern läßt. Trotzdem übte die PKK eine Selbstkritik an ihrer damaligen Arbeit. Diese läßt sich wie folgt wiedergeben. Trotz einer riesigen Massenbasis in der Breite hat sie es vor dem Putsch nicht geschafft, die richtigen Organisationsformen zu finden, um diese Unterstützung unter allen Umständen fortzusetzen. Obwohl es eine Basis für die Gründung einer Front gab, wurde dieser Schritt nicht gemacht. Den Kadern der Partei fehlten grundlegende Fähigkeiten, wie z.B. Führungsqualität usw. Insbesondere die Amateurhaftigkeit fügte der PKK sogar Schaden zu, ein Problem, das man vor allem nach dem Putsch durch eine lange Vorbereitung im Ausland zu überwinden versucht hat. Natürlich hat dieses Problem auch einen objektiven Hintergrund. Es fehlte nämlich jegliche Erfahrung. Die Partei wurde 1978 gegründet und war bis zum Putsch erst seit ca. zwei Jahren aktiv. Die bis dahin erworbenen Fähigkeiten reichten nicht für den riesigen Massenzulauf, den die PKK in derselben Zeit erlebte. Trotzdem reichte der Widerstand des Volkes aus, um die Fundamente des Kolonialismus zu erschüttern. In vielen Gebieten war die kolonialistische Staatsmacht außer Kraft gesetzt worden. Deswegen war ein Putsch notwendig, um diese Staatsmacht mit Hilfe unmenschlicher Gewalt wieder herzustellen. Die Politik der PKK in dieser Phase war eine Vereinigung von bewaffneter Propaganda mit der Aktion der Massen in der Stadt wie auf dem Land, wobei legale wie auch illegale Formen gemeinsam benutzt wurden.

Frage: Wie hat sich der Befreiungs-

kampf in den letzten Monaten entwickelt?

Kurdistan-Komitee: Vor und während der Phase des 3. Kongresses der PKK im Herbst 1986 wurde ein Teil der Kräfte zurückgezogen. Das Ziel war es, eine Neuformierung der Kräfte vorzubereiten und vor allem auch einen kollektiven Erfahrungsaustausch durchzuführen. Währenddessen erwartete man in der kolonialistischen Presse eine neue Offensive für den Frühling 1987. Aus diesem Grunde bedurfte es einer Taktik, die den Kampf in neue, für den Feind unerwartete Bahnen lenkt, um vor allem den Vorbeugungsmaßnahmen des Feindes einen Strich durch die Rechnung zu machen. So starteten die ARGK-Kräfte schon im Winter 1986 eine neue Offensive und brachten dem Feind wichtige Schläge bei. Dies hatte die Türkische Republik nicht erwartet, mitten im Winter angegriffen zu werden. In der Zwischenzeit hatten die Kämpfer der ARGK aus ihrer zweijährigen Praxis gelernt, sich auch den Winter zunutze zu machen. Denn die Bedingungen in Nord-West-Kurdistan sind im Winter für die Guerilla äußerst günstig, wenn die Einheiten gut vorbereitet und groß genug sind. Die faschistischen Armeekräfte hingegen sind unter diesen Bedingungen zu unbeweglich, um eine wirkliche Verfolgung durchzuführen. Das führte dazu, daß die Türkische Republik unter Erfolgszwang am 4. März d.J. eine Bombardierung Süd-Kurdistans vornahm und in ihrer Presse der Öffentlichkeit weismachen wollte, Stützpunkte der ARGK in diesem Gebiet bombardiert zu haben.

Im Frühling nun kamen die neuen Kräfte zu ihren Operationsgebieten, und der Zentralrat der ERNK erklärte am 30. April 1987 die neue Phase des bewaffneten Befreiungskampfes in Kurdistan für eröffnet. In der darauffolgenden Zeit bis heute kann man vier Aktionsformen als Hauptformen betrachten. Diese sind:

1. Angriffe auf das Militär, vor allem auf Garnisonen. Sechs Garnisonen wurden in dieser Phase z.T. des öfteren angegriffen. Das Ziel dieser Aktionen ist es, die geballte und zentralisierte militärische Präsenz zu zerstreuen. Der Erfolg wird daran ersichtlich, daß die Türkische Republik jetzt plant, überall Kommandowachen aufzubauen. Diese zerstreuten Einheiten sind leichter anzugreifen, obwohl die Verluste des Feindes in den Einzelaktionen vielleicht geringer sind.

2. Die Angriffe auf das Milizbandensystem, die in den letzten Monaten verstärkt durchgeführt wurden. Dieses wichtige Standbein des Kolonialismus, das ein Hindernis vor der offenen Unterstützung des Volkes ist, ist weitgehend aufgelöst. Von 25000 amtierenden Dorfschützern sind nur noch 3000 wirklich aktiv. Dazu aber

noch später etwas.

3. Die kurzfristige Besetzung von Städten. Das ist eine wichtige Taktik der Guerilla, weil während der Besetzungen Propaganda unter der Bevölkerung möglich ist und die Armee außer Gefecht gesetzt wird. Nach diesen Besetzungen steigt die Unterstützung durch die Bevölkerung, und die Beteiligung an dem Kampf selber ist hoch.

4. Durch ständige militärische Angriffe in den letzten Monaten mußte sich der kolonialistische Feind aus drei Gebieten völlig zurückziehen. Diese Gebiete stehen unter der Kontrolle der ARGK-Kräfte.

„Die meiste Unterstützung ... von den Bauern“

Frage: Wie entwickelt sich die Unterstützung des Befreiungskampfes in den verschiedenen Klassen in Kurdistan?

Kurdistan-Komitee: Entgegen den Wunschvorstellungen einiger Kreise hier in der BRD, die sich noch dazu darauf verlassen, daß nicht allzuviel aus Kurdistan durch die Presse hierher dringt (wie z.B. der „Arbeiterkampf“), kann die Unterstützung des Befreiungskampfes durch die Bevölkerung selbst durch die türkische Presse nicht mehr verschwiegen werden. Der Grad der Unterstützung und die Verteilung auf die verschiedenen Klassen ist immer noch unterschiedlich.

Die meiste Unterstützung erhält der nationale Befreiungskampf in Kurdistan logischerweise von den Bauern, die das Rückgrat der kurdischen Revolution darstellen. Die Formen der Unterstützung sind unterschiedlich und gehen von materieller Unterstützung bis zur Beteiligung vor allem der Jugend an der ARGK, über die Bildung von Volksmilizen usw. Man muß dabei wissen, daß mit der Gründung der ARGK es neben den beweglichen Einheiten in allen Guerillagebieten regionale ARGK-Kräfte gibt, die sich ständig in diesen Gebieten aufhalten. Das bedeutet auch, daß heute die Bevölkerung eines Gebietes quantitativ viel mehr Guerillas unterstützen muß mit Nahrungsmitteln, und das ständig. Die Zahl der Jugendlichen, die sich in der Phase seit dem 30. April 1987 an der ARGK beteiligt haben, wurde von der ERNK mit 1000 angegeben. Weil aber noch befreite Gebiete fehlen, kommt die Unterstützung nicht voll zur Geltung. Allerdings schreiben alle Zeitungen der Türkischen Republik, daß die Guerilla sich eingenistet hat und von ihren Sympathisanten versorgt und unterstützt wird. Dies ist eine immense Entwicklung, die sogar sie zugeben müssen.

In den Städten unter den verschiedenen Klassen dort ist es quantitativ noch nicht so entwickelt wie auf dem

Land. Es gibt sozusagen ein Land-Stadt-Gefälle. Die Aktivitäten in den Städten sind völlig unterentwickelt. Dies hat auch der 3. Kongreß der PKK festgestellt und hat eine Abhilfe beschlossen. Die Aktivitäten in den Städten laufen verhältnismäßig schwieriger und völlig illegal, was nicht ausschließt, daß legale Möglichkeiten ausgenutzt werden. Wichtige Ziele der Stadtarbeit sind die Bildung von ERNK-Arbeiterunionen (Fabrikkomitees), die Schaffung einer Stadtguerilla, Organisation der Jugend usw. Die Formen und der Grad der Organisiertheit wird sich vor allem in der vor uns liegenden Phase zeigen, wenn es zur Unterstützung der Guerilla z.B. zu Aufständen in den Städten kommt.

Ein weiterer Aspekt der Unterstützung, die die PKK/ERNK erhält, sind die kurdischen Einwohner in den Metropolen der Türkei. Dort gibt es vor allem in der studierenden Jugend

die türkische Armee auf eine solche Entwicklung reagiert? Was ist beispielsweise mit den auch in der BRD ausgebildeten Spezialeinheiten, den „Schwarzen Käfern“?

Kurdistan-Komitee: Diese Form des kolonialistischen Spezialkrieges ist in seiner ursprünglichen Form aufgelöst. In den Guerillagebieten sind fast keine Dorfschützer mehr übrig, anderswo hat sich ihre Zahl stark verringert. Von den ehemals 25000 Dorfschützern waren Ende Juni nur noch 3000 aktiv. Die Türkische Republik hält aber vorerst an diesem System fest, obwohl die gesamte Opposition und immer mehr Stimmen in den Regierungsräumen dieses System kritisieren. Aber die Regierung hat die Milizbanden zu einer Prestige-Sache gemacht.

Das ändert natürlich nichts an der Realität, daß das System seine Aufgabe nicht mehr erfüllt. Aus diesem Grund gibt es neue Pläne, von denen

ten Monaten wurden mehrere Einheiten dieser Spezialteams angegriffen und über 50 „Schwarze Käfer“ getötet.

Die Türkische Republik scheint sich nicht auf eine Methode allein festlegen zu lassen. Sie möchte verschiedene Konter-Guerilla-Taktiken miteinander verbinden. Das sind drei neue Methoden, die jetzt mit der Zerschlagung der Milizbanden eingeführt werden. Natürlich gibt es noch andere Schritte, vor allem, um die Taktiken des Spezialkrieges voll auszunutzen.

Befreite Gebiete?

Frage: Die ARGK scheint in größeren Einheiten zu operieren. Gibt es bereits so etwas wie befreite Gebiete?

Kurdistan-Komitee: Diese Frage ist teilweise durch die Antworten auf die vorherigen Fragen beantwortet. Größere Einheiten der ARGK operieren auf jeden Fall, dies ist ja auch in der BRD-Presse teilweise wiedergegeben worden. Je nach Aktion verändert sich aber auch die Anzahl der Kämpfer. Die türkische Presse spricht von bis zu 60 oder 80 ARGK-Kämpfern. Quantitativ hat die ARGK sich stark vermehrt und tut dies auch weiter. Befreite Gebiete gibt es noch keine. Aber nach offiziellen Angaben des Kolonial-Gouverneurs Hayri Kozakcioglu ist es den kolonialistischen Kräften nicht mehr möglich, in das Tal von Cehenemderre und in die Berge von Mevkal und Balkaya einzudringen. In diesen Gebieten hat die ARGK Stützpunkte errichtet und bildet u.a. ihre neuen Kämpfer in diesen Gebieten aus. Es handelt sich vorerst um militärische Stützpunkte der ARGK. Es gibt noch keine befreiten Gebiete, in denen eine Politik für die Verbesserung der Lage der Bevölkerung verfolgt werden kann.

Der Kampf in den Gefängnissen

Frage: Wie entwickelt sich die Lage der Gefangenen in den Gefängnissen des Regimes?

Kurdistan-Komitee: Die Situation in den Gefängnissen ist wirklich unerträglich geworden. Die Gefangenen haben aus diesen Gründen begonnen, einen Widerstand gegen diese Barbarei zu organisieren. Über eintausend Revolutionäre in den Gefängnissen der Türkei und in Kurdistan haben einen unbefristeten Hungerstreik begonnen. Vor allem in der Türkei wurde durch die Angehörigen eine breite Öffentlichkeit geschaffen. Im Ausland allerdings fehlt es an der Unterstützung der Linken, es gibt nur sehr wenig Anteilnahme. Wir als Kurdistan-Komitee in Europa haben es uns zur Aufgabe gemacht, uns vor allem für die Bildung einer internationalen Kommission, bestehend aus Ärzten, Juristen und Politikern einzusetzen.



Bäuerinnen in Nord-West-Kurdistan

eine breite Sympathie, die sich in verschiedenen Formen zeigt. Seitdem die ARGK Jugendliche in ihren Reihen aufnimmt, haben sich viele Jugendliche auch aus diesen Metropolen beteiligt. Das ist natürlich noch nicht viel, aber diese Aktivitäten stecken noch in den Kinderschuhen.

„In den Guerillagebieten sind fast keine Dorfschützer mehr übrig“

Frage: Ihr habt nach den letzten Aktionen der Befreiungskräfte den Eindruck geäußert, das „Dorfschützer-tum“, d.h. die von der türkischen Armee geschaffenen paramilitärischen Banden, werde bald aufgelöst sein. Gibt es schon Anzeichen darauf, wie

sich drei Hauptpunkte herauskristallisieren. Das sind:

1. Die Aufstellung von Gendarmierewachen in jedem Dorf.

2. Der Aufbau einer Legionärsarmee (Konterguerilla), die aus bezahlten Söldnern bestehen soll und 25000 Mann stark in den Guerillagebieten operieren wird. Seit einigen Tagen soll diese Spezialarmee wirklich eingesetzt sein, genaueres haben wir noch nicht in Erfahrung bringen können.

3. Der Einsatz von teilweise im Ausland ausgebildeten sog. Spezialteams (Schwarze Käfer). Inzwischen sind 10000 Mann im Einsatz und ständig bei den Operationen dabei, wobei ihre wirklichen Auswirkungen noch nicht ganz klar sind. In den letz-

Dabei haben wir die Erfahrung gemacht, daß in der BRD ein solches Vorhaben kaum Resonanz findet. Es ist wirklich schlimm, daß die ökonomisch-politische Verstrickung der BRD mit der faschistischen Junta selbst an so einer Frage wie der humanitären Hilfe fast jegliche Aktivitäten unterbindet. Amnesty hat es schon vor Jahren aufgegeben, sich mit der Türkei und Kurdistan zu beschäftigen. Das ist eine Kritik von uns, die wir hier bewußt zur Sprache bringen möchten, denn in der BRD sind es die Grünen, die hier viele Möglichkeiten gehabt hätten, in dieser Frage einiges in Bewegung zu setzen. Doch außer Lippenbekenntnissen und einer Reise von zwei Grünen nach Istanbul, von der die hiesige Presse kaum Notiz genommen hat, ist da nicht viel gewesen, auf jeden Fall weit unter den Möglichkeiten der Grünen.

Doch nun zu uns und unserer Arbeit. Weil wir in acht westeuropäischen Staaten Sektionen haben, waren unsere Möglichkeiten nicht auf die BRD begrenzt. So haben wir uns außerhalb der BRD für eine Kommission eingesetzt und erwarten, daß nach der Sommerpause eine Kommission in die Gefängnisse fährt.

Hauptkampf gegen die „Dorfschützer“?

Frage: Wenn man die Aktionen der Befreiungskämpfer in den letzten Monaten verfolgt, hat man den Eindruck, daß diese im Augenblick vor allem das Dorfschützertum bekämpfen. Stimmt das, und wenn ja, warum? Muß sich der Befreiungskampf nicht hauptsächlich gegen die Agas, also die Großgrundbesitzer und gegen die türkischen Kolonialisten, d.h. gegen die türkische Armee richten?

Kurdistan-Komitee: Es stimmt, daß die Aktionen in den letzten Monaten sich auch gegen das Dorfschützer-System gewendet haben. Allerdings ist der Eindruck, daß sich die Angriffe hauptsächlich gegen diese Milizbanden richten, nicht richtig. Es ist eher ein Eindruck, der von der Türkischen Republik geschaffen und von Teilen der imperialistischen Presse verbreitet wird. Die Zahl der Aktionen gegen dieses System liegt weit unter der ständigen Aktivität der Guerilla gegen den kolonialistischen Machtapparat selbst. In den letzten Wochen erst wurde in Mardin wieder einmal das Militär angegriffen, dabei wurden 33 Soldaten getötet. Darüber schweigt man sich aus. Das paßt nicht ins Konzept der „blutigen, Zivilisten mordenden Terroristen“. Aber man kann solche Sachen nicht ewig verschweigen, und die türkische Presse hat auch wieder angefangen, über solche Aktionen zu berichten.

Den zweiten Teil der Frage möchten wir „umgekehrt“ beantworten, also

warum diese Milizbanden in dieser Phase nach Ansicht der ARGK angegriffen werden müssen.

Erst einmal muß man wissen, daß dieses System der Dorfschützer kein neues ist. Es wurde 1985 wieder auf die Tagesordnung gebracht. Die rechtliche Basis aber für die Installation dieses Systems erhielt man durch ein entsprechendes Gesetz aus dem Jahre 1923. Das zeigt auch, daß die Türkische Republik mit diesem System eine erprobte Taktik bei der Aufstandsbekämpfung benutzt. Dazu muß man wissen: In den Jahren von 1919 bis 1940 gab es in Nord-West-Kurdistan 27 Aufstände. Heute ist bekannt, daß alle diese Aufstände nicht militärisch bezwungen wurden, sondern daß es die Türkische Republik verstanden hat, die feudalen Strukturen Kurdistans sich zunutze zu machen. Indem ähnliche Vorformen des heutigen Dorfschützertums aufgebaut wurden und indem man einige feudale Stämme kaufte, wurden diese Aufstände durch den Verrat niedergeschlagen. Es gibt dazu sehr interessante Archivmaterialien der sogenannten „Revolutionstribunale“, vor denen die Führer der Aufstände der Prozeß gemacht wurde. Es kommt hinzu, daß heute dieses System genauso wie damals sich auf die feudalen Strukturen stützt und die Armut der Leute sich zunutze macht. Wir hatten schon darauf hingewiesen, daß dieses System heute ein wichtiges Hindernis ist. Die Bevölkerung hat Angst, von diesen Milizen denunziert zu werden, wenn sie die Guerilla offen unterstützt. Solange diese Gebiete nicht befreit sind, hat diese Angst eine materielle Basis. Aus diesem Grund ist die Politik der Partei und Front gegen dieses System wie folgt. Die Hauptaktivitäten liegen in der Überzeugungsarbeit. Man versucht, alle Dorfschützer umzustimmen. Dabei wird von den Dorfschützern gefordert, die Waffen zurückzugeben. Denn wer Waffen hat, muß sie auch benutzen. Das System der Kolonialisten ist so aufgebaut, daß die Milizen auch gegeneinander ausgespielt werden. Wer also seine Waffe behält und verspricht, sie nicht zu benutzen, der wird von den regionalen Gendarmerie-Kommandanturen unter Androhung vor allem der Vergewaltigung der weiblichen Angehörigen gezwungen, sie auch einzusetzen. So sind die meisten Dorfschützer umgestimmt worden. Schon Anfang des Jahres erklärte das Innenministerium, daß es nur noch 7000 Dorfschützer gibt. Yurdakul Fidanci hat dazu in einer Serie in der türkischen Zeitung Milliyet einen interessanten Artikel über „Die zwei Methoden der PKK“ geschrieben, in der er auf den Erfolg dieser Taktik hinweist. Des weiteren ist es Konsens, daß nur die besonders eifrigen Killer bestraft werden, und dies bei allen erst nach

drei Aufforderungen, die Waffen zurückzugeben.

Bei den letzten Aktionen, die in der imperialistischen Presse aufgebauscht wurden, handelt es sich um Aktionen gegen solche besonders eifrigen Dorfschützer, deren Interessen völlig mit denen der Kolonialisten übereinstimmen. Das Angriffsziel dieser Aktionen waren keineswegs die zu Tode gekommenen Frauen und Kinder, sondern die Institution der Dorfschützer. Die Ergebnisse dieser Aktionen sind zustandegekommen, weil die Dorfschützer in mehrstündigen Auseinandersetzungen mit allen Mitteln verhindern wollten, daß die Guerilla in die Dörfer kommt, und deshalb auch aus Häusern, in denen sich Frauen und Kinder aufhielten, auf die Guerillas feuerten. Es gab viel mehr Aktionen gegen Dorfschützer, die keinen besonderen Widerstand leisteten und die dann individuell in verschiedenen Formen, z.B. mit Geldstrafen, bestraft wurden. Die Aktionen, bei denen auch Angehörige ums Leben gekommen sind, sind vereinzelt Aktionen, bei denen die Dorfschützer zumeist aus ihren Häusern auf die Guerilla schießen. Betrachtet man den Verlauf dieser Aktionen, wird man sehen, daß die Guerilla keine Häuser von Unbeteiligten angegriffen hat. Der einzige Schuldige bei diesen Aktionen ist die Türkische Republik.

Wie soll die Landreform aussehen?

Frage: Im Programm der PKK heißt es (S. 42 der deutschen Ausgabe von 1984), die „Arbeiter-Bauern-Allianz“ sei „die fundamentale Kraft der Revolution“. Was bedeutet das für die politischen Ziele des Befreiungskampfes? Wie soll beispielsweise die Landreform aussehen? An anderer Stelle (S. 43) heißt es, „daß die Landbesitzer und Kompradoren als Klasse seit langem schon nationalen Verrat begangen haben“. Welche Landbesitzer sind damit gemeint? Und warum begehen sie nationalen Verrat?

Kurdistan-Komitee: Die PKK geht in einer Analyse der Charakteristika der kurdischen Revolution darauf ein, daß die Frage der Führung der Revolution in der Arbeiter-und-Bauern-Allianz unter der Führung des Proletariats gelöst wird. Die Aufgaben, die sich auf Basis der Charakteristika der Revolution stellen, sind im Programm unter der Überschrift „Die Aufgaben der Revolution Kurdistans“ umrissen. Da heißt es zu der Frage der Landreform: „A) ... 6. die Konfiszierung des Landes von Landbesitzern, die im Laufe des Kampfes mit den Kolonialherren kollaborieren und die Verteilung des Landes an landlose Bauern.“ D.h. die Revolution wird allen armen Bauern und Kleinbauern Land geben durch die Konfiszierung des Besitzes

der Großgrundbesitzer und der ehemaligen Staatsplantagen. Das Ziel einer Landreform ist mit einigen anderen Punkten im Programm öfters erwähnt. Insbesondere wenn es z.B. größere zusammenhängende befreite Gebiete geben wird, kann man diese Frage wohl mehr und konkreter behandeln und auch Erfahrungen machen. Die genaue Planung bedarf aller Wahrscheinlichkeit nach einer konkreten Situation. Die anderen politischen Aufgaben sind im Programm unter derselben Überschrift beschrieben. Es sollen alle von den Kolonialisten ausgebeuteten Ressourcen sowie Fabriken, Unternehmen usw. in öffentliches Eigentum übergeben werden; die Aufhebung aller fremden Militärbasen, die Streichung aller Schulden der armen Bauern, demokratische und gerechte Organisationsfreiheit, Ausbildung und Qualifizierung der Arbeiter, Einführung des 8-Stundentages, die Errichtung eines demokratischen Rechtssystems, Gleichsetzung der Frauen in allen Lebensbereichen und Abschaffung der feudalistischen Unterdrückung der Frauen, Freiheit für alle religiösen und nationalen Minderheiten sind die im Programm beschriebenen Aufgaben, die sich einer kurdischen Regierung stellen.

Mit Landbesitzern sind die reichen Großgrundbesitzer gemeint, dies wird im deutschen Text nicht ganz ersichtlich. Der nationale Verrat, den diese Schicht begangen hat, ist eine Realität, die sich insbesondere in Nord-West-Kurdistan zeigt. Der türkische Kolonialismus hat seine Existenz in Kurdistan so aufgebaut, daß er nur demjenigen ein Lebensrecht einräumt, der sich ihm bedingungslos unterwirft. In diesem Sinne ist die gesamte reiche Bauernschaft fast ausnahmslos dem Kolonialismus verbunden und stellt keine nationalen Forderungen. Diese Realität hat auch ihre materiellen Hintergründe, denn die Existenz dieser Kreise ist auch wirtschaftlich an die Existenz des Kolonialismus in Kurdistan gebunden. Deswegen kann man auch nicht von einer Existenz einer nationalen Bourgeoisie in Kurdistan reden, es gibt sie als Klasse nicht.

Klassenanalyse und Einheitsfrontpolitik

Frage: Die PKK spricht in ihrem Programm an einer Stelle (S. 43) davon, daß die kurdische Revolution nur „auf dem Weg über die Mobilisierung der breiten Kräfte des Volkes über einen langandauernden Kampf siegen wird.“ Was bedeutet dieser Grundsatz der breiten Einheitsfront für die Politik gegenüber solchen Kräften in Kurdistan (also nicht der türkischen Kolonialisten), die dem nationalen Befreiungskampf eher abwartend, spektisch, ja im Augenblick vielleicht auch feindlich gegenüberstehen?

Kurdistan-Komitee: Das ist eine ideologische Frage, die wir als Kurdistan-Komitee nur nach bestem Wissen über die PKK beantworten können.

Die PKK geht davon aus, daß die Basis einer solchen Front die Interessen der verschiedenen Klassen, die einen Nutzen von der Befreiung vom Kolonialismus haben, ist. In diesem Sinne kann man, wenn man von den Kreisen spricht, die im Augenblick dem nationalen Befreiungskampf abwartend oder gar feindlich gegenüberstehen, das städtische Klein- und Mittelbürgertum bezeichnen. Die Politik der PKK gegenüber diesen Kräften ist auf jeden Fall, diese Kräfte zu gewinnen und sie davon zu überzeugen, daß dieser Kampf auch zu ihrem Nutzen ist. Die nationale Befreiungsfront ist, nach Ansicht der PKK, die beste Form dafür. Die Gewinnung dieser Kreise für den nationalen Befreiungskampf wird Zeit in Anspruch nehmen und hängt vor allem mit der Organisationsarbeit der PKK und ERNK in den Städten zusammen.

Aber ihr meint höchstwahrscheinlich jetzt nicht die, sondern die verschiedenen anderen Organisationen, die es hier in Europa noch gibt. Bevor wir dazu übergehen, ist es notwendig, über die Klassenanalyse der PKK über die Klassen in Kurdistan zu sprechen. Die Frage stellt sich nämlich, inwieweit in Kurdistan die Klassen Interessenvertretungen haben oder nicht. Dabei analysiert die PKK die Organisationen, die es hier gibt, als die Vertreter einer verhältnismäßig kleinen Schicht der Bevölkerung, die noch dazu organisatorisch mit dem Kolonialismus verbunden sind. Die PKK bewertet die beiden Hauptrichtungen, die sich in Form von TKSP (Sozialistische Partei Türkisch-Kurdistan) und PPKK (Avantgardistische Arbeiterpartei Kurdistan) organisieren, so: Die erstere ist die Vertreterin der elitären bürokratischen Schicht des städtischen Kleinbürgertums, die zweite die Vertreterin der Jugend der Feudal-Kompradoren. Sie geht weiter davon aus, daß die restlichen großen Teile in Kurdistan, egal welchen Schichten und Klassen sie angehören, keine spezifischen Organisationen haben, natürlich ausgenommen die herrschenden kurdischen Klassen und Großgrundbesitzer, die in den kolonialistischen Parteien organisiert sind. Dies heißt für die PKK nicht, daß sie diese Kräfte für immer mit einem Unvereinbarkeits-Bann belegt. Sie wiederholt immer wieder zu bestimmten Anlässen, daß sie bereit ist, auf der Basis des Widerstandes auch mit diesen Organisationen in verschiedenen Formen zusammenzugehen. In dieser Frage irgendeine Zukunftsprognose zu machen, ist uns einfach unmöglich und gehört auch nicht in unseren Arbeitsbereich.

Imperialistisches Projekt „Kurdische Autonomie“

Frage: In der türkischen Presse mehrten sich in letzter Zeit Stimmen, die vorschlagen, zuzugeben, daß es Kurden in der Türkei gebe, die abraten, immer von der „endgültigen Vernichtung der Separatisten“ zu schreiben, wenn wenige Tage später der nächste Angriff folgt usw. Wie beurteilt ihr diese Entwicklung? Könnte es sein, daß die türkische Regierung nach Jahrzehnten härtester Verfolgung nun eine Art „kurdische Autonomie“ zugesteht, um Schlimmeres zu verhindern?

Kurdistan-Komitee: Allerdings, der Bann ist gebrochen, und dies allein ist schon eine immense Entwicklung. Es läuft in der Türkei eine rege Diskussion über die kurdische Frage. Natürlich ist dieser Rahmen völlig eingengt und sprengt nicht die Ketten des Kemalismus, sondern diejenigen Kräfte, die eine solche Forderung stellen, sehen die Realitäten und sprechen sich dafür aus, eine neue Politik, die diesen Realitäten entspricht, zu bestimmen. Dabei schlagen sie vor, die Existenz eines kurdischen Volkes anzuerkennen und den Kurden, wie es so schön heißt, „einige Grundrechte einzugestehen“. Es könnte nicht nur sein, daß die Türkische Republik eine „kurdische Autonomie“ eingesteht, es gibt sogar schon mehr oder weniger bekannte Pläne über Schritte in diese Richtung. Erst vor kurzem wurden US-Pläne bekannt, nach denen, grob wiedergegeben, die Türkei bei einem Fall des Iraks Süd-Kurdistan besetzt und Kurdistan als autonomes Gebiet in eine türkische Föderation aufnimmt. Ähnliche Vorstellungen wird es wohl auch für den Fall geben, wenn die Türkische Republik Süd-Kurdistan nicht besetzt, in diesem Fall dann für Nord-West-Kurdistan. Diese Pläne sind allerdings noch sehr geheim. Trotzdem kann man davon ausgehen, wenn man sich die Diskussionen, die zur Zeit laufen, betrachtet. Außerdem ist uns aus Meldungen in der türkischen Presse der letzten Tage bekannt geworden, daß die EG eine entsprechende Forderung (nach Anerkennung der Existenz einer kurdischen Nation) stellt als eine Bedingung für die Aufnahme der Türkischen Republik in die EG.

All diese Entwicklungen waren eigentlich zu erwarten und stellen erst die Spitze des Eisbergs dar. Der nationale Befreiungskampf in Kurdistan zwingt alle mittelbar und unmittelbar mit der Frage verbundenen Kräfte dazu, eine Aussage in dieser Frage zu machen und eine Politik zu bestimmen. Die oben erwähnten Pläne sind die Vorbereitung der imperialistischen Kreise, eine imperialistische Lösung durchzusetzen, und deren Propaganda



Protestdemonstration in Köln gegen die Angriffe von Bundesanwalt Rebmann und BKA auf kurdische Organisationen in der BRD

durch die liberale Bourgeoisie. Sie dienen der Befriedung der Problematik und stellen als solche eine gefährliche Position dar. In dieser Hinsicht ist es unserer Meinung nach wichtig, daß die Befreiungskräfte ihren Kampf verstärken und diese Pläne unbrauchbar machen, weil sie überwunden werden. Außerdem ist es wichtig, zu propagieren, daß diese Pläne keine Verbesserung der Lage bringen werden, und daß vor allem die demokratische Öffentlichkeit und die revolutionären Kräfte im Ausland darüber aufgeklärt werden.

Frage: Die türkische Regierung hat bei der EG einen Antrag auf förmliche Mitgliedschaft gestellt. Auch bei der WEU will sie Vollmitglied werden. Wie beurteilt ihr diese Entwicklung? Welche Ziele verfolgen die westeuropäischen Imperialisten gegenüber dem kurdischen Befreiungskampf? Könnte es sein, daß sie auf eine imperialistische (Schein-)„Lösung“ der „kurdischen Frage“ hinarbeiten, um ihren Einfluß im Mittleren Osten zu erhöhen?

Kurdistan-Komitee: Vorhin haben wir auf diese Frage teilweise schon geantwortet. Der Antrag der Türkischen Republik auf Mitgliedschaft in EG und WEU ist nichts anderes als ein Hilferuf an die imperialistischen Kreise, sie aus der Sackgasse zu befreien, in der sie nicht zuletzt vor allem wegen dem Nationalen Befreiungskampf in Kurdistan stecken. Die Türkische Republik befindet sich in einer tiefen Krise und wird mit ihren Problemen nicht allein fertig. Es gibt vorerst zwei Hauptlösungsversuche.

1. Sie kann versuchen, mit roher Gewalt und der offenen faschistischen Diktatur sich ihrer Probleme zu entledigen. Allerdings hat sie diese Methode gerade erst angewendet, der Abnutzungsgrad ist hoch.

2. Sie kann versuchen, durch eine

weiche Landung eine Scheindemokratisierung voranzutreiben, was zur Zeit auch durchgeführt wird, und sich eine Zeit lang mit dieser Methode über Wasser zu halten versuchen. Dafür benötigt sie die Hilfe der imperialistischen Kräfte. Beide Methoden schließen sich nicht aus. Höchstwahrscheinlich wird bei dem Scheitern der 2. Lösung die erste sofort wieder auf der Tagesordnung stehen.

Die europäischen Imperialisten sehen für sich große Chancen, durch die Aufnahme der Türkischen Republik ihre Interessen in der Region zu schützen und auszubauen. Aber ihnen ist der soziale Friede in der Türkischen Republik nicht gefestigt genug. Aus diesem Grund stellen sie die Türkische Republik vor die Aufgabe, mit den bei uns als „europäische“ Methoden bezeichneten Schritten die politische Liquidation, d.h. die Befriedung, voranzutreiben. 1988 wird in der Türkei ein Wendepunkt in dieser Frage sein. Die bevorstehenden Neuwahlen werden eine Basis schaffen für entsprechende Schritte. Doch muß mitbetrachtet werden, daß die Situation in der Türkei und Kurdistan nicht dieselbe ist wie im übrigen Westeuropa. Es fehlt eine materielle Basis für diese Befriedung, die Weltwirtschaftskrise und ihre besonders harten Auswirkungen auf Länder wie die Türkei vertiefen sich noch, als daß eine Lösung der Probleme in Aussicht ist. Und nicht zuletzt entwickelt sich der Nationale Befreiungskampf in Kurdistan.

„... fehlt es bei manchen Linken in der BRD an der Dialogbereitschaft“

Frage: Der Befreiungskampf des kurdischen Volkes befindet sich in einer schwierigen Phase. In der BRD versuchen die Staatsorgane offensichtlich, jede Unterstützung dieses Kampfes zu

einem persönlichen Risiko zu machen. Welche Unterstützung erwartet ihr von der Solidaritätsbewegung in der BRD?

Kurdistan-Komitee: Erst einmal: Der Befreiungskampf des kurdischen Volkes war schon immer schwierig. In dieser Frage braucht man sich keine Illusionen zu machen. Wie aus unseren Ausführungen ersichtlich wird, führen die europäischen Imperialisten ihre Politik von „Zuckerbrot und Peitsche“ durch. Auf der einen Seite die imperialistischen Scheinlösungen, auf der anderen Seite die Repression der Staatsorgane in der BRD. Diese Haltung der BRD-Staatsorgane ist in dieser Hinsicht auch verständlich, weil die BRD eine derjenigen Kräfte ist, deren Interessen in Kurdistan und in der Region mit am meisten bedroht sind. Für die meisten betroffenen Kurden sind diese Methoden auch nicht allzu unbekannt. In dieser Hinsicht fällt der Solidaritätsbewegung in der BRD als erste Aufgabe zu, zu lernen, die objektive Situation in Kurdistan sich klar zu machen und objektiv zu sein.

Wir erwarten von der Solidaritätsbewegung, zu allererst sich solidarisch mit den betroffenen Kurden zu verhalten und deren Protest nicht allein zu lassen. Jetzt heißt das Gebot der Stunde, an der Seite der patriotischen Kräfte und Personen zu sein, die dem Terror ausgesetzt sind. Eine weitere wichtige Aufgabe ist es, sich objektiv mit der PKK und ERNK zu befassen und auch mal diese Kräfte und ihr nahestehende Organisationen anzuhören. Bisher fehlt es vor allem bei manchen Linken in der BRD an der Dialogbereitschaft. Wir glauben nicht, daß die kurdischen Patrioten von allen fordern, mit ihren Ansichten übereinzustimmen. Doch fordern sie, fair zu sein und sie erst einmal anzuhören. Dort liegt, glauben wir, noch ein großes Problem. Ein kleines Beispiel zur Verdeutlichung. Da gibt es in der „SoZ“, der Zeitung der VSP, eine Analyse der Aktionen der ARGK. Diese Analyse hat unserer Meinung nach einen richtigen Ansatz, doch ist sie im Ergebnis falsch. Das liegt daran, daß es bei diesem Artikel an Wissen über die PKK und ihre Ansichten fehlt. Dies ist nur ein Beispiel, es gibt noch viele ähnliche Fälle. Konkret rufen wir dazu auf, die Protestdemonstration der Feyka-Kurdistan, die eine befreundete Organisation von uns ist und Opfer der letzten Polizeischikanen, am 7. Jahrestag des faschistischen Putsches durch Beteiligung zu unterstützen, um den Staatsorganen zu zeigen, daß die betroffenen Kurden nicht alleine stehen.

Als letztes möchten wir Euch danken, daß ihr uns die Möglichkeit gegeben habt, unsere Informationen zu verbreiten.



Haushalt 1988

Am 9. September beginnt der Bundestag seine Beratungen über den Haushalt 1988. Weiterer Anstieg der Rüstungsausgaben, weiterer Anstieg der Zuschüsse und Subventionen zugunsten der Kapitalisten und erstmals seit 1983 auch wieder ein Anstieg der Kreditaufnahme des Bundes (von 22,7 Mrd. DM 1987 auf 29,9 Mrd. DM) –

mit diesem Programm geht die Regierung in die Beratungen. Angriffe auf den Lohnstandard im öffentlichen Dienst und rabiater „Subventionsabbau“ zu Lasten der Lohnabhängigen – das soll erst nach den Landtagswahlen in Schleswig-Holstein und Bremen im einzelnen festgelegt werden. Welche Angriffspläne der Regierung sind bereits jetzt erkennbar und wie wollen SPD und Grüne darauf reagieren?

Gaza-Streifen: Zionisten planen Vertreibung der Palästinenser

In dem Gaza-Streifen, den Israel seit 1967 besetzt hält, leben über 600000 Palästinenser, 60000 von ihnen beuten die Zionisten außerhalb des Gaza-Streifens zu Niedriglöhnen aus. Planmäßig haben sie die Infrastruktur dieses Gebietes zerstört, verhindern den Aufbau palästinensischer Industrie und die Selbstversorgung mit Nahrungsmitteln. Die palästinensische Bevölkerung des Gaza-Streifens kämpft gegen die israelische Besetzung und ihren Terror mit Streiks, Demonstrationen und bewaffneten Aktionen der PLO. Jetzt diskutieren die Zionisten – nicht nur Mitglieder der reaktionärsten Siedlerparteien – offen über die Entvölkerung des Gaza-Streifens und seine vollständige Annektion.



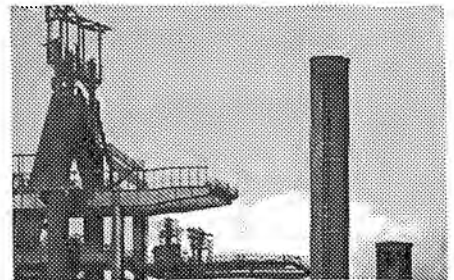
Tiefkühl-Heimservice

Seit dem 1. Januar gilt bei der bo-frost GmbH & Co. KG, Besitzer ist Josef H. Boquoi, tarifvertraglich für alle Kolleginnen und Kollegen die 38,5-Stunden-Woche. Die alltägliche Praxis sieht für die Verkaufsfahrer des weltweit größten Direktvertriebs-Unternehmens für Tiefkühlkost aber ganz anders aus. Hier gibt es zur Zeit keine

Arbeitszeitverkürzung und auch keine 40-Stunden-Woche. Anhand des Arbeitstages eines Fahrverkäufers und der Modellrechnung eines Monatslohnes soll aufgezeigt werden, unter welchen Bedingungen in dieser Branche und speziell bei bo-frost gearbeitet wird und mit welchen Verkaufsthesen der Kapitalist Boquoi versucht, die Lohnabhängigen auf den Kurs seiner Expansionsinteressen zu bringen.

Strukturkrise Ruhrgebiet

Die Strukturkrise, in der sich die Montanindustrie des Ruhrgebiets befindet, hat sich in den letzten Jahren verschärft. Konzepte der Krisen-Bewältigung haben Konjunktur. Die großen Konzerne, CDU und FDP verlangen immer entschiedener die Senkung des Lohnstandards und die Aufhebung tariflicher und gesetzlicher Rechte der Lohnabhängigen. Die SPD-Landesregierung unterwirft ihre Politik ebenfalls dem Streben nach imperialistischer Expansion. Die Unterwerfung der Entwicklung der Region unter die Expansionsinteressen der Konzerne ist jedoch die wesentliche Ursache der Strukturkrise. Wie kann dem gegenüber Interessen der Lohnabhängigen Geltung verschafft werden?



Politische Berichte

Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten
– erscheint vierzehntäglich, Preis 2.50 DM

Nachrichtenhefte erscheinen vierzehntäglich, Preis pro Heft:

- Chemie und übrige Industrien 0,50 DM
- Handel, Banken, Versicherungen 0,80 DM

Herausgeber

Bundesvorstand des Bundes Westdeutscher Kommunisten (BWK)

5 Köln 1, Zulpicher Straße 7

Tel 0221/21 64 42

Sie erscheinen im Verlag GNN Verlagsgesellschaft

Politische Berichte m.b.H.

5 Köln 1, Zulpicher Straße 7

Tel 0221/21 16 58

Im Verlag GNN erscheint vierzehntäglich

Arbeitsgemeinschaft für Revolutionäre Hochschulpolitik – Nachrichten, Analysen, Protokolle 1,20 DM

Arbeitsgemeinschaft Stahl- und Metallindustrie – Nachrichten Stahl- und Metallindustrie. 1,20 DM

Arbeitsgemeinschaft für Kommunalpolitik – Nachrichten, Analysen, Mitteilungen. 1,20 DM

Mitteilungen der Arbeitsgemeinschaft Medien in der Volksfront. 0,50 DM

Arbeitsgemeinschaft Jugend, Militär, Gefängnisse – Nachrichten Jugend, Militär, Gefängnisse. 1,20 DM

Arbeitsgemeinschaft gegen reaktionäre Gesundheitspolitik – Informationsdienst Gesundheitspolitik. 1,20 DM

Bezugsbedingungen wie Nachrichtenhefte

Bezugsbedingungen: Ein Halbjahresabonnement Politische Berichte kostet 45,50 DM, ein Jahresabonnement Politische Berichte 91,- DM Preise für Nachrichtenhefte bzw. Politische Berichte und Nachrichtenhefte entsprechend, also Einzelpreise plus 1,- DM Portopauschale mal Anzahl der Lieferungen

Bestellungen sind zu richten an:

GNN Verlagsgesellschaft

Politische Berichte m.b.H.

5000 Köln 1, Zulpicher Straße 7

GNN Verlag Schleswig-Holstein/Hamburg

Güntherstr. 6a, 2000 Hamburg 76

GNN Verlagsgesellschaft Westberlin

Helmstr. 8, 1000 Westberlin 62

GNN Verlag Niedersachsen/Bremen

Große Düwelstr. 55, 3000 Hannover 1

BWK Nordrhein-Westfalen

Zulpicher Straße 7, 5000 Köln 1

GNN Verlagsgesellschaft Baden-Württemberg

Waldparkstr. 9, 6800 Mannheim 1

GNN Verlagsgesellschaft Bayern

Lerchenauer Str. 18a, 8000 München 40

Herausgeber für die Bundesdelegiertenkonferenz des Bundes Westdeutscher Kommunisten: Christoph Cornides, Jörg Detjen, Brigitte Düring, Martin Fochler, Christiane Schneider, 5000 Köln 1 Zulpicher Straße 7, Telefon 0221/21 64 42

GNN Gesellschaft für Nachrichtenverbreitung und Nachrichtenverbreitung, Verlagsgesellschaft Politische Berichte m.b.H., 5000 Köln, Zulpicher Straße 7, Telefon 0221/21 16 58 Verantwortliche Redakteure für Aktuelles aus Politik und Wirtschaft Rüdiger Lötzer, für Auslandsberichterstattung Siegmund Elgehausen, Wolfgang Müller, für Aus Verbänden und Parteien Ulrike Detjen, für Reportagen und Berichte regional Günter Baumann, für Kultur und Wissenschaft – Diskussionsbeiträge Angela Lux, für Sozialstatistik, Spezialberichte Alfred Kustler Druck Graphischer Betrieb Henke, Rollenoffset, Köln – Beilagenhinweis Einem Teil der Auflage liegen Nachrichtenhefte bei Vierteljährlich Gemeinsame Beilage zu den Publikationen von AAU, BWK, FAU-HD(A), FAU-R, KG(NHT), PA, VSP